



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

ASEAN und MERCOSUR  
Gemeinsamkeiten und Unterschiede einer regionalen  
Kooperation in Südostasien und Südamerika

Verfasserin

Michaela Derntl

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im November 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Internationale Entwicklung

Betreuer: Dr. Andreas Schulz



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	3
Danksagung . . . . .	5
Einleitung . . . . .	7
<b>1 Integrationstheorien</b>	<b>13</b>
1.1 Der Alte und Neue Regionalismus . . . . .	14
1.2 Rationale und reflexive Theorieansätze . . . . .	17
1.2.1 Funktionalismus . . . . .	17
1.2.2 Neofunktionalismus . . . . .	19
1.2.3 Transaktionsanalyse . . . . .	22
1.2.4 Neorealismus . . . . .	24
1.2.5 Neoliberaler Institutionalismus . . . . .	28
1.2.6 Konstruktivismus . . . . .	31
1.2.7 Zusammenfassung der Theorien . . . . .	36
1.3 Thesen zum Vergleich der ASEAN und des Mercosur . . . . .	37
1.3.1 AkteurInnen und ihre Ziele . . . . .	37
1.3.2 Anarchie und Macht(un)gleichgewicht . . . . .	38
1.3.3 Institutionalisierung und Integration . . . . .	41
1.3.4 Normen, Identitäten und Interessen . . . . .	43
<b>2 ASEAN und Mercosur</b>	<b>47</b>
2.1 ASEAN . . . . .	47
2.1.1 Rahmenbedingungen . . . . .	47
2.1.2 Entstehung . . . . .	50
2.1.3 Organisationsstruktur . . . . .	52

2.1.4	Entwicklungsprozess . . . . .	53
2.1.5	Aktuelle Entwicklungen . . . . .	57
2.1.6	Zusammenfassung . . . . .	57
2.2	Mercosur . . . . .	58
2.2.1	Rahmenbedingungen . . . . .	58
2.2.2	Entstehung . . . . .	60
2.2.3	Organisationsstruktur . . . . .	61
2.2.4	Entwicklungsprozess . . . . .	63
2.2.5	Aktuelle Entwicklungen . . . . .	67
2.2.6	Zusammenfassung . . . . .	68
<b>3</b>	<b>Vergleich der ASEAN und des Mercosur</b>	<b>69</b>
3.1	Die Tradition des südostasiatischen und lateinamerikanischen Regionalismus . . . . .	69
3.2	AkteurInnen und Ziele . . . . .	72
3.3	Anarchie und Macht(un)gleichgewicht . . . . .	73
3.4	Institutionalisierung und Integration . . . . .	81
3.5	Normen, Interessen, Identitäten . . . . .	102
<b>4</b>	<b>Schlusswort</b>	<b>107</b>
	Literaturverzeichnis . . . . .	111
	Abbildungs- und Tabellennachweis . . . . .	121
	Abstract . . . . .	123
	Lebenslauf . . . . .	127

# Abkürzungsverzeichnis

AEC	ASEAN Economic Community
AEM	ASEAN Economic Ministers
AFMM	ASEAN Finance Ministers Meeting
AFTA	ASEAN Free Trade Area
ALADI	Asociación Latinoamericana de Integración
ALALC	Asociación Latinoamericana de Libre Comercio
AMM	ASEAN Ministerial Meeting
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
ARF	ASEAN Regional Forum
ASA	Association of South East Asia
ASC	ASEAN Security Community
ASCC	ASEAN Social and Cultural Community
ASEAN	Association of South East-Asian Nations
ASEAN + 3	ASEAN-Staaten + Japan, China und Südkorea
ASEM	Asia-Europe-Meeting
BSP	Bruttosozialprodukt
CAN	Comunidad Andina de Naciones, Andengemeinschaft
CARICOM	Caribbean Community
CARIFTA	Caribbean Free Trade Association
CCM	Comisión de Comercio del Mercosur, Handelskommission
CEPAL	Comisión Económica Para América Latina
CER	Closer Economic Relations
CMC	Consejo Mercado Común, Rat des Gemeinsamen Marktes
CPC	Comisión Parlamentaria Conjunta, Gemeinsame Parlamentarische Kommission
CRPM	Comisión Representantes Permanentes del Mercosur
ECOWAS	Economic Community of West African States
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
FCES	Fondo Consultivo Económico-Social,

	Wirtschafts- und Sozialforum
FOCEM	Fondo De Convergencia Estructural del Mercosur
GATT	General Agreement on Terms of Trade
GMC	Grupo Mercado Común, Gruppe des gemeinsamen Rates
IB	Internationale Beziehungen
ISI	importsostituierende Industrialisierung
IWF	Internationaler Währungsfond
JIV	Joint Industrial Venture
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LAFTA	Latin American Free Trade Area
MALPHILINDO	Gemeinschaft aus Malaysia, den Philippinen und Indonesien
MCCA	Mercado Común Centroamericano
Mercosul/Mercosur	Mercado Común do Sul/del Sur
NAFTA	North American Free Trade Agreement
OAS	Organization of American States
OAU	Organization of African Unity
PAU	Pan American Union
PMC	Post Ministerial Conference
PTA	Preferential Trading Arrangement
SACU	South African Customs Union
SADC	South African Development Community
SAM	La Secretaría Administrativa del Mercosur, Verwaltungssekretariat
SEANWFZ	Southeast Asia Nuclear Weapon-Free Zone
SEATO	South East Asian Treaty Organization
TAC	Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia
UNO	United Nations Organization
WTO	World Trade Organization
ZOPFAN	Zone of Peace, Freedom and Neutrality

# Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei einigen Personen für ihre Unterstützung bedanken.

## **Ein Dankeschön...**

...an meine Eltern, nicht für ihre finanzielle Unterstützung während des Studiums, sondern auch dafür, dass sie mich immer ermutigt haben, meine Ideen und Wünsche zu verwirklichen.

...an meine Geschwister Elisabeth, Birgit, Judith und Stefan und deren Anhang, die meine (Erholungs-)Heimreisen – vor allem während der Schreibzeit – wert gemacht haben und noch immer machen.

...an meinen Betreuer Dr. Andreas Schulz, für die intensive und konstruktive Zusammenarbeit.

...an Fritzl, für den technischen Support und natürlich auch für das mühsame Korrekturlesen.

...an das Trio Transfernale des ZTW: Belli Bellack, Pinky Penkner und Schlaue Schlachi, das mich in die Welt des gendergerechten Formulierens eingeführt und mit seinem linguistischen Wissen meine Arbeit verbessert hat.

...an meine Freundinnen und Mitbewohnerinnen Chrilli und Karo.



# Einleitung

Die vorliegende Arbeit behandelt Gemeinsamkeiten und Unterschiede der regionalen Kooperation ASEAN in Südostasien und des Mercosur in Südamerika. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob es Parallelen und Gemeinsamkeiten im Integrationsprozess der beiden Organisationen gibt, wenn ja, welche das sind und welche Unterschiede zwischen den beiden Kooperationen auszumachen sind? Dabei soll besonders hinterfragt werden, was zur Entstehung der regionalen Kooperation führte und welche AkteurInnen und Motive dahinter steckten. Es wird auch untersucht, ob die HauptakteurInnen die gleichen geblieben, oder ob neue dazugekommen sind oder sogar ersetzt wurden. Dadurch ergibt sich die Frage, ob mit neuen AkteurInnen oder veränderten Rahmenbedingungen die Ziele der Kooperation umformuliert wurden und wie stark ausgeprägt aus heutiger Sicht die Integration an sich ist.

Auf den ersten Blick scheinen beide Regionen und Organisationen kaum bis keine gemeinsamen Merkmale zu besitzen. Sie unterscheiden sich bereits durch den Zeitpunkt ihrer Gründung. Die ASEAN wurde 1967 geschaffen, in einer Zeit, in der sich der Kommunismus in Südostasien auszubreiten begann. Der Mercosur wurde 1991 ins Leben gerufen, kurz nach dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion und der Diskreditierung des Kommunismus. Unterschiede ergeben sich auch aus dem historischen Kontext. Südostasien wurde mit Ausnahme Thailands – dem es gelungen war, sich den europäischen Kolonialbestrebungen zu widersetzen – ab dem 16. Jahrhundert kolonialisiert. Die westlichen Mächte: Portugal, die Niederlande, Spanien, Großbritannien und Frankreich, waren vor allem an den asiatischen Gewürzen und Rohstoffen und an strategisch günstig gelegenen Handelsknotenpunkten interessiert. Nach der Unabhängigkeitsbewegung in den 1950er Jahren setzten sich autoritäre Regime durch. Obwohl sich die meisten südostasiatischen Länder heute offiziell von diesen Herrschaftsformen abgewendet haben, weisen einige noch immer (semi-)autoritäre Strukturen auf.<sup>1</sup>

Die Kolonialisierung Südamerikas hingegen begann sofort nach seiner Entdeckung. Schon 1494 wurde es durch einen Vertrag zwischen Spanien und Portugal aufgeteilt. Zu Be-

---

<sup>1</sup> Vgl. Gaer Jurien van [Gaer:1999]: Unter Europas Herrschaft, S. 141ff. und Dahm Bernhard [Dahm/Ptak:1999]: Der Dekolonisierungsprozeß, S. 168ff. In: Dahm Bernhard, Ptak Roderich: Südostasien-Handbuch. Geschichte, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. München: Verlag C.H.Beck, 1999

ginn des 19. Jahrhunderts begannen die SüdamerikanerInnen für ihre Unabhängigkeit zu kämpfen, Spanien und Portugal mussten sich vom südamerikanischen Kontinent zurückziehen. Südamerika hatte jedoch einen hohen Preis zu bezahlen. Die Politik der Kolonialmächte hatte zu einem Rückgang der indigenen Bevölkerung und der Kultur geführt. Südamerika wurde viel stärker als Südostasien von den westlichen Mächten durchdrungen und beeinflusst. Ohne die Ausbeutung des Kontinents und den dabei freigewordenen finanziellen Mitteln wäre z.B. Spaniens Großmachtspolitik in Europa nicht möglich gewesen. Nach der Dekolonialisierung setzten sich in einigen Ländern demokratische Strukturen durch, anderen wiederum gelang es nicht, mit der neu gewonnenen Unabhängigkeit umzugehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann mit Ausnahme Guyanas in allen Ländern eine Periode der (Militär-)Diktaturen. Seit den 90er Jahren herrschen in allen südamerikanischen Ländern demokratische Strukturen.<sup>2</sup>

Lange Zeit herrschte in Südamerika zudem ein Wettkampf zwischen Argentinien und Brasilien um die Vormachtstellung in Südamerika bzw. im Cono Sur.<sup>3</sup> Erst nach dem die beiden Länder ihre Rivalität abgebaut hatten, war eine regionale Kooperation möglich. Südostasien war zwar ebenfalls lange Zeit von zwischenstaatlichen Konflikten geprägt, dennoch gelang es den Ländern einen gemeinsamen Nenner zu finden und darauf aufbauend eine regionale Kooperation einzugehen. Auf Grund dieser unterschiedlichen historischen Bedingungen, den Wertvorstellungen und Mentalitäten ist klar, dass sich die konkrete Ausformung der regionalen Kooperation und Integration in Südostasien von derjenigen in Südamerika unterscheiden muss. Aber es stellt sich die Frage, ob nicht trotzdem Parallelen oder sogar Gemeinsamkeiten zwischen der ASEAN und dem Mercosur existieren. Immerhin handelt es sich bei beiden Kooperationen um Organisationen, die bis jetzt noch keine supranationale Institution zugelassen haben und die gekennzeichnet sind durch eine geringe Institutionalisierung.

Als Gemeinsamkeit ist noch zu nennen, dass sowohl Südostasien als auch Südamerika Ende der 1990er Jahren von Finanz- und Währungskrisen heimgesucht wurden. Die Auswirkungen auf die Kooperationen, sowie ihre jeweiligen Reaktionen waren zwar sehr

---

<sup>2</sup> Werz Nikolaus [Wertz:2005]: Lateinamerika. Eine Einführung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2005, S. 107ff.

<sup>3</sup> Der Cono Sur bezeichnet den südlichsten Teil Südamerikas. In seiner weitesten Eingrenzung umfasst er die Staaten, Argentinien, Chile, Paraguay, Uruguay und die südlichen Bundesstaaten von Brasilien.

unterschiedlich, dennoch sind bei beiden, nachdem die Krise überwunden worden war, verstärkte Bemühungen hinsichtlich der Integration auszumachen.

Die zentrale Hypothese, die in dieser Arbeit vertreten wird, ist, dass es sich in beiden Fällen – ASEAN und Mercosur – um einen integrationsgerichteten Prozess handelt, der von den Regierungen bzw. den Staatsführungen ausging. Der Einfluss und die Partizipation anderer AkteurInnen sind bis dato noch gering. Obwohl es sowohl in der ASEAN als auch im Mercosur zu zunehmender Verflechtung und Integration gekommen ist, gibt es auf Grund von noch immer bestehender Konflikten und Rivalitäten zwischen den Mitgliedsländern und wegen unterschiedlicher Interessen keine supranationale Institution. Unterschiede zeigen sich vor allem im institutionellen Aufbau der Kooperation und im Umgang mit ihr.

Das Ziel dieser Arbeit ist es Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede dieser zwei von einander unabhängigen Organisationen aufzuzeigen. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Faktoren gelegt, die zur Gründung führten gelegt, sowie auf den Integrationsaspekt und die damit verbundene Institutionalisierung und schließlich noch auf in den jeweiligen Gemeinschaften eventuell entstandene gemeinsame Identitäten und Interessen.

Um die Hypothese zu untersuchen wird als Methode auf eine Literaturstudie und die vergleichende Politikfeldforschung zurückgegriffen. Vorrangig wird Sekundärliteratur verwendet. Literatur zum Thema Integration in der ASEAN und im Mercosur ist leider nur spärlich vorhanden. Auch in Bezug auf mögliche Interpretation der beiden Organisationen aus konstruktivistischer Sicht existiert nicht viel sekundär-literarisches Material. Aus diesem Grund beschränkt sich die Auswertung und Analyse vorrangig auf formale Dokumente und auf eine Analyse der Informationen auf den Homepages der beiden Organisationen.

Die vergleichende Methode geht von einer bestimmten Anzahl von Fällen und genau definierten Variablen aus. Bei den Variablen werden drei Arten unterschieden: 1) einfache Indikatoren, z.B. statistische Messgrößen, 2) komplexe Indikatoren, z.B. die Stabilität politischer Institutionen, 3) multidimensionale Konzepte, z.B. die politische Kultur. Meist wird eine beschränkte Anzahl von Fällen mit einer großen Anzahl von Variablen verwendet. Lijphart z.B. verwendet in seinen Analysen jedoch nur eine geringe Anzahl von Fällen, dafür Variablen. Allerdings müssen nicht alle Variablen tatsächlich

angewendet werden, sondern können entsprechend der gewählten Fälle auch ausgelassen werden. Einen anderen Ansatz bildet die Weltsystemanalyse von Immanuel Wallenstein. Er versucht dabei alle Variablen und mögliche Fälle unter einen Hut zu bringen. Die Mehrdeutigkeit ist dabei ein wesentliches Charakteristikum.

Die Erkenntnisse nun, die durch den Vergleich gewonnen werden, müssen geordnet werden. Die einfachste Art sie zu ordnen besteht in der Klassifikation. Dabei wird eine einzige Variable herausgegriffen und damit eine Reihenfolge in die Fälle gebracht. Bei der Typologie werden hingegen mindestens zwei Variablen miteinander gekreuzt. Huntington verwendete bei seiner Typologisierung politischer Systeme die zwei Variablen Institutionalierungsgrad und politische Partizipation, wobei er diese wiederum in hoch, mittel und niedrig einteilte. Eine weitere Möglichkeit, Erkenntnisse einzuordnen sind Modelle. Dabei werden meist nur wenige Variablen verwendet, diese aber miteinander verknüpft und dadurch Wirkungszusammenhänge hergestellt. Modelle sind damit im Gegensatz zu Typologien nicht statisch, sondern betonen die Dynamik im Zeitablauf.<sup>4</sup>

Die vorliegende Arbeit orientiert sich an Lijpharts Ansatz. Die Anzahl der Fälle in dieser Arbeit ist zwei: ASEAN und Mercosur. Um nicht Gefahr zu laufen zu viele Variablen wenigen Fällen gegenüberzustellen und dabei zu viele Erklärungsmöglichkeiten in Bezug auf die betrachteten Fälle zu erhalten, werden „Schlüsselvariablen“ verwendet, die von besonderer Relevanz sind. Diese Variablen sind: AkteurInnen und ihre Ziele, Anarchie, Macht(un)gleichgewicht, Institutionalisierung, Normen – Identitäten – Interessen. Zur Einordnung der Erkenntnisse wird auf Modelle zurückgegriffen.

Die Arbeit gliedert sich in vier Kapitel. Der Einleitung folgt eine Einführung in die Integrationstheorien der Internationalen Beziehungen (IB). Dabei werden die Theorie des Alten und des Neuen Regionalismus und Theorien zu regionalen Integrationsprozessen vorgestellt. Danach werden die Thesen erläutert, anhand derer später der Vergleich vollzogen werden soll. Im dritten Kapitel werden die ASEAN und der Mercosur kurz vorgestellt, um es wird ein Überblick gegeben wer bzw. was sie sind. Im darauffolgenden Kapitel werden schließlich beide Organisationen mit Hilfe der Thesen verglichen. Das

---

<sup>4</sup> Vgl. Aarebrot Frank H., Bakka Pal H. [A/B: 2003]: Die vergleichende Methode in der Politikwissenschaft. In: Berg-Schlosser Dirk, Müller-Rommel Ferdinand. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2003, S. 58ff.

letzte Kapitel bildet eine Zusammenfassung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten des Integrationsprozesses sowie möglicher zukünftiger Entwicklungen.



# Kapitel 1

## Integrationstheorien

In den IB spricht man von Regionalismus, wenn sich mehrere Staaten einer Region zusammenschließen, um z.B. ihre gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu stärken, oder um sich vor einer möglichen Gefahr gemeinsam zu schützen. Regionalismus ist kein neues Phänomen. Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde in Europa versucht, mit regionalen Abkommen den internen Handel zu steigern, wodurch gleichzeitig die europäische Integration gefördert wurde. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden ausgehend von Europa eine Vielzahl solcher Abkommen geschlossen. Nach dem Ersten Weltkrieg jedoch änderten sich die Beweggründe, aus denen heraus Vereinbarungen getroffen wurden. Staaten schlossen nunmehr vorwiegend präferentielle Handelsabkommen, um ihre nationale Wirtschaft zu schützen. Diskriminierende Handelsblöcke und bilaterale Verträge schränkten den Welthandel ein und verstärkten die Große Depression der Zwischenkriegszeit. Die Bedingungen und der Kontext aus dem heraus Regionalismus nach dem Ersten Weltkrieg stattfand, war somit ein ganz anderer als noch im vorigen Jahrhundert. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges setzten Staaten den Handel auf regionaler Basis fort. Statistiken zeigen, dass ab den 1950er Jahren regionale Handelsflüsse stark zugenommen haben.

Regionalismus nach dem Zweiten Weltkrieg wird in zwei Wellen unterteilt, die sich sowohl durch den politischen als auch den wirtschaftlichen Kontext auf globaler Ebene voneinander unterscheiden. Die erste Welle dauerte von den 1950ern bis zur Mitte der 70er Jahre, seit Ende der 80er Jahre wird von der zweiten Welle des Regionalismus gesprochen. Analog dazu unterscheiden sich auch die regionalen Integrationstheorien. In

den 1950er und 1960er Jahren wurde in den Theorien davon ausgegangen, dass durch Integration, hervorgerufen durch Regionalismus, nationale Souveränität aufgegeben wird und politische Gemeinschaft entsteht. Dadurch würden Frieden, Wohlstand und Sicherheit gewährleistet. In den 70er Jahren verlor die Integrationstheorie an Beachtung, da viele regionale Abkommen zum Stillstand gekommen oder gescheitert waren. Mit dem Bestreben, den Europäischen Binnenmarkt zu vollenden und durch neu aufkommende regionale Abkommen wurde jedoch die Integrationstheorie wieder zum Thema. Der *Neue Regionalismus* wird seitdem vorwiegend mit großen Paradigmen wie Neorealismus oder Neoinstitutionalismus erklärt. Seit kurzem wird neben diesen rationalen Theorien Integration mit dem Konstruktivismus in Verbindung gebracht – der im Gegensatz zu rationalen Theorien – die AkteurInnen und die Struktur des internationalen Systems nicht als getrennt betrachtet, sondern von einer Interaktion zwischen AkteurInnen und Struktur ausgeht.<sup>1</sup>

In diesem Kapitel wird nach einer kurzen Einführung in den *Alten* und den *Neuen Regionalismus* auf sechs verschiedene Integrationstheorien eingegangen. Danach werden anhand der eingangs erwähnten Variablen die Hauptthesen dieser Arbeit vorgestellt.

## 1.1 Der Alte und Neue Regionalismus

In der Theorie IB unterscheidet man zwei Wellen von Regionalismus. Die erste Welle, auch als *Alter Regionalismus* bezeichnet, begann in den 1950ern und dauerte etwa bis zur Mitte der 1970er Jahre. Sie spielte sich vor dem Hintergrund des beginnenden Ost-West-Konflikts ab und betonte vor allem Sicherheits- und Friedensaspekte. Ausgehend von Westeuropa kam es weltweit zu Integrationsversuchen. In Entwicklungsländern, besonders in jenen die gerade ihre Autonomie erhalten hatten, setzte sich die Überzeugung durch, dass sich Autonomie nur durch regionale Solidarität längerfristig durchsetzen könne.<sup>2</sup> Mit Hilfe regionaler Abkommen hofften sie eine Entwicklungsstrategie gefunden

---

<sup>1</sup> Vgl. Mansfield Edward D., Milner Helen V. [Ma/Mi:1999]: The New Wave of Regionalism. In: International Organization, Vol. 53, No. 3, 1999, S. 601ff.

<sup>2</sup> Vgl. Mols Manfred [Mols:1993]: An Stelle einer Einleitung: Zur Genese und Begründungslogik des modernen, internationalen Regionalismus in Lateinamerika und Südostasien. In: Mols Manfred u.a.: Regionalismus und Kooperation in Lateinamerika und Südostasien. Ein politikwissenschaftlicher Vergleich. Politikwissenschaftliche Perspektiven Bd. 7. Münster, Hamburg: Lit, 1993, S. 1ff.

zu haben, mit der sie eine importsostituierende Industrialisierung<sup>3</sup> durchsetzen und die für sie negativen Konsequenzen des Welthandels abschirmen könnten.

Da sich in Europa die optimistischen Integrationsprognosen nicht erfüllten, nahm Mitte der 1970er die Diskussion rund um die Prozesse der regionalen Integration ab. Auch andere Integrationsprojekte wie z.B. die Latin American Free Trade Area (LAFTA), die Organization of American States (OAS), die Organization of African Unity (OAU), die Economic Community of West African States (ECOWAS) und die Association of South East-Asian States (ASEAN) stagnierten oder scheiterten sogar.

Das änderte sich Ende der 1980er Jahre, als von Europa eine neue Dynamik zur Gründung eines Gemeinsamen Marktes ausging. Diese zweite Welle der regionalen Integration wird auch als *Neuer* oder *Offener Regionalismus* bezeichnet. Neben der Europäischen Union (EU) kam es verstärkt in Entwicklungsländern zu neuen Integrationsprozessen oder zu Versuchen, bestehende Kooperationen wiederzubeleben und zu vertiefen. Dazu zählen unter anderem der Mercado Común del Sur (Mercosur), die North American Free Trade Agreement (NAFTA), die Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC), die ASEAN, die South African Development Community (SADC) oder die Caribbean Community (CARICOM). In der Frage, was genau den *Neuen Regionalismus* ausmacht, gehen die Meinungen jedoch auseinander. James H. Mittelman z.B. betont „The most important features of the new regionalism are its worldwide reach, extending to more regions, with greater external linkages“.<sup>4</sup>

Eines der Hauptziele des *Neuen Regionalismus* ist ökonomisches Wachstum durch Teilnahme auf dem globalen Markt. Im Unterschied zum *Alten Regionalismus*, der sich im Kontext der bipolaren Weltordnung entwickelte, wird die neue Regionalismus-Debatte im Rahmen einer neuen Weltordnung nach dem Kalten Krieg geführt – welche abhängig von der Autorin oder vom Autor – als uni-, tri- oder multipolar betrachtet wird. Für viele Entwicklungsländer stellt regionale Kooperation eine effektive Möglichkeit dar, auf

---

<sup>3</sup> In dieser Zeit verfolgten viele Entwicklungsländer Strategien der Importsstitution. Der Wunsch, die nationale Industrie aufzubauen wurde vor allem in Lateinamerika und Afrika durch sehr hohe tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse und starke Marktverzerrungen begleitet. Vgl. Skala Martin [Skala:2004]: Südostasien im Globalisierungsprozess. Entwicklung und Perspektiven der regionalen Integration der ASEAN-Länder. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag, 2004, S. 62

<sup>4</sup> Mittelman: *The Globalization Syndrome*, S. 113, zitiert nach: Söderbaum, Fredrik [Söderbaum:2003]: *Theories of New Regionalism*. In: Söderbaum Frederik, Shaw Timothy (Hrsg.): *Theories of New Regionalism*. Hampshire; New York: Palgrave MacMillan, 2003, S. 4

die steigenden globalen Disparitäten und asymmetrischen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses zu reagieren.<sup>5</sup>

Da regionale Handelsabkommen jedoch an sich präferentielle Abkommen sind und die Möglichkeit besteht, Dritte zu diskriminieren, entbrannte bald eine Debatte bezüglich des *Neuen Regionalismus* als „stepping stone“ oder „stumbling block“ im Zusammenhang mit Globalisierung. Dabei geht es vor allem darum, ob der *Neue Regionalismus* mit dem multilateralen Handelssystem der World Trade Organization (WTO) vereinbar ist.

Für einige AutorInnen (u.a. Thurow, Bhagwati, Hirst/Thompson, Senti) stellen die neuen regionalen Integrationsprozesse eine Bedrohung der multilateralen Handelsordnung der WTO dar. Da die neuen regionalen Kooperationsabkommen protektionistisch seien und dem globalen Handel entgegenstünden, würden sie die Strukturen der Weltwirtschaft gefährden. Bhagwati stellt sich die Frage, ob es durch die zweite Welle des Regionalismus zur Expansion regionaler Blöcke kommen könnte und dadurch zu multilateralem Freihandel – das Ziel der WTO. Seine Antwort darauf lautet, dass die neuen Integrationsprozesse den Ausbau globaler Wirtschaftsstrukturen eher behindern.

In der neueren Literatur wird mittlerweile auch einer zweiten Meinung Beachtung geschenkt. Dabei wird die wirtschaftliche Liberalisierung durch regionale Integration als ein Schritt auf dem Weg zur Globalisierung gesehen, sozusagen als Zwischenschritt zur globalen Liberalisierung. Zusätzlich gestärkt wird dieses Argument durch das Aufkommen des Inter- und Transregionalismus. Dabei handelt es sich um Zusammenarbeit zwischen schon bestehenden regionalen Integrationsabkommen. Dazu zählen unter anderem die Verhandlung über eine Freihandelszone zwischen der EU und dem Mercosur, zwischen dem Mercosur und der South African Customs Community (SACU) und schließlich der Closer Economic Relations (CER)<sup>6</sup> und der ASEAN. Darüber hinaus gibt es auch noch Beziehungen zwischen der EU und der ASEAN + 3<sup>7</sup>. Dazu wurde das Asia-Europe-Meeting (ASEM) gegründet, ein informelles Dialogforum, zur Beratung zwischen den beiden Partnern.<sup>8</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. [Skala:2004]: S. 63ff.

<sup>6</sup> Die CER ist ein Freihandelsabkommen zwischen Australien und Neuseeland.

<sup>7</sup> ASEAN + 3 ist ein Zusammenschluss der ASEAN mit China, Japan und Südkorea.

<sup>8</sup> Vgl. Spindler Manuela [Spindler:2005]: Regionalismus im Wandel. Die neue Logik der Region in einer globalen Ökonomie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 13ff.

## 1.2 Rationale und reflexive Theorieansätze

Im Übergang von der ersten auf die zweite Welle änderten sich die Ziele und Hintergründe des Regionalismus weitgehend. Parallel dazu änderten sich auch die Theorien zu den regionalen Integrationsprozessen. Grob lassen sich die neuen Theorien in rationale und reflexive Ansätze einteilen. Rationale Theorien werden in der Regel mit Neorealismus und Neoliberalismus verbunden, reflexive Theorien u.a. mit Kritischer Theorie, Feminismus und Strukturalismus. Der Sozialkonstruktivismus von Alexander Wendt, der dem reflexiven Lager zugerechnet wird, soll einen „middle ground“<sup>9</sup> zwischen den beiden Ansätzen bilden.

Während für RationalistInnen die rationale Entscheidungsfindung im Vordergrund steht und Interessen, Ideen und Identitäten der AkteurInnen als gegeben angesehen werden, betonen reflexive Theorien die Handlungen unter den AkteurInnen und die Arte, wie Interessen, Ideen und Identitäten im Prozess der sozialen Interaktion entstehen und umgeformt werden können.

Ältere Integrationstheorien der 1960er und 1970er Jahre gehören dem rationalistischen Lager an. VertreterInnen dieser Theorien betonen, dass es zu einer Kooperation nur auf Grund von rationalen Kosten-Nutzen-Kalkülen der AkteurInnen kommt. AkteurInnen versuchen dabei, ihren Nutzen so gut als möglich zu maximieren.<sup>10</sup>

Im Folgenden wird kurz auf ältere Integrationstheorien eingegangen, da diese teilweise die Basis bilden auf der neuere Konzepte aufgebaut wurden. Anschließend werden die für diese Arbeit relevanten Ansätze des Neorealismus, neoliberalen Institutionalismus und Konstruktivismus diskutiert.

### 1.2.1 Funktionalismus

Als Gründer des Funktionalismus gilt David Mitrany<sup>11</sup>. „Sein Kernargument lautete, dass die Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse (...) durch staatliche Ordnung eher be-

---

<sup>9</sup> Christiansen Thomas, Jorgensen Knud Eric, Wiener Anjte [C/J/W:1999]: The Social Construction Of Europe. In: Journal of European Public Policy, Volume 6, Number 4, 1999, S. 535

<sup>10</sup> [Söderbaum:2003] S. 9f.

<sup>11</sup> „Delusion of Regional Unity“, in: Haas Ernst B.: Limits and Problems of European Integration, „The functional Theory of Politics“, „The Road to Security“, „A Working Peace System“ „World Unity and the Nations“.

hindert als befördert werde“.<sup>12</sup> Daraus folgt, dass der Nationalstaat die „politische“ Bearbeitung von Sachfragen zugunsten aufgabenbezogener transnationaler Kooperation in den Hintergrund stellen sollte. Anstatt eines internationalen Systems, das auf staatlicher Machtpolitik basiert, soll eine funktional organisierte Friedensordnung treten, die aus gesellschaftlichen Gruppen besteht. In diesen Gruppen arbeiten jeweils bereichsspezifische ExpertInnen und Verwaltungsfachleute. Durch die Kooperation zwischen den funktionalen Agenturen entsteht ein Lernprozess, der einen Anreiz hervorruft, auch in anderen Bereichen gemeinsam zu arbeiten. Das Ergebnis dieses Prozesses ist die Bildung gemeinsamer politischer Institutionen. Damit könnte erklärt werden, warum sich die Zusammenarbeit sowohl bei der ASEAN als auch beim Mercosur im Laufe der Jahre weiterentwickelte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die europäische Integration vorangetrieben um einen ökonomischen und politischen Gegenpol zu den USA, vor allem aber zur ehemaligen Sowjetunion zu bilden. Bemerkenswerter Weise stand Mitrany der späteren Europäischen Union kritisch gegenüber. Er stellte sich die Frage, wie weit die europäische Integration gehen kann, ohne die Möglichkeit einer universalen Integration und einer internationalen Friedensordnung zu zerstören. „(...) [I]f they are to be closed and exclusive unions, the more fully and effectively integrated they are, the deeper must in fact be the division they would cause in the emergent unity of the world“.<sup>13</sup> Seiner Meinung nach besitzen regionale Kooperationen, wie auch die spätere Europäische Gemeinschaft (EG), ein zu starres Institutionengerüst und können dadurch nicht den Erfordernissen einer funktionalen Kooperation gerecht werden. Neue Kooperationsmöglichkeiten und -erfordernisse werden unmöglich, da sich die kooperierenden Länder nach außen abgrenzen. Das führt dazu, dass neue Rivalitäten entstehen und weitere regionale Abkommen getroffen werden, die erst recht in Konkurrenz stehen. Mitrany sieht im Konzept des Regionalismus keinen neuen Internationalismus, sondern die Erweiterung des alten Nationalismus.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Conzelmann Thomas [Conzelmann:2003]: Die neofunktionalistische Theorie regionaler Integration von Ernst B. Haas. In: Schieder Siegfried, Spindler Manuela: Theorien der internationalen Beziehungen. Opladen: Leske + Budrich, 2003, S. 144

<sup>13</sup> Mitrany David [Mitrany:1963]: Delusion of regional unity. In: Haas Ernst B. et al.: Limits And Problems of European Integration. The conference of May 30 – June 2, 1961. Stichting Grotius Seminarium. Papers by Ernst Haas et al. The Hague: Nijhoff, 1963, S. 41

<sup>14</sup> Vgl. [Mitrany:1963] S. 41ff.

An Mitrany's Konzept wird kritisiert, dass sich der Prozess der Interaktion und somit die Übertragung der Zusammenarbeit auf andere Bereiche als langwierig herausstellt. Gegner des Funktionalismus stellen sich die Frage, auf welche Weise sich die Kooperationserfahrung einzelner AkteurInnen in die Entscheidung zu weiteren Kooperationen übertragen soll. Außerdem sei für diese Art von Integration eine gewisse gemeinsame kulturelle Basis notwendig, da ansonsten keine Konsensfindung möglich ist.<sup>15</sup>

## 1.2.2 Neofunktionalismus

Wichtigster Vertreter des Neofunktionalismus ist Ernst B. Haas.<sup>16</sup> Sein Konzept des Neofunktionalismus versucht zu erklären, unter welchen Bedingungen ökonomische Integration zu politischer Kooperation und schließlich zu einer politischen Gemeinschaft wird. „We are interested in tracing progress toward a terminal condition called *political community*“.<sup>17</sup>

Im Gegensatz zu Mitrany's Konzept bezieht der Neofunktionalismus die sozialwissenschaftliche Theorie stärker mit ein und fragt nach der Bedeutung beobachtender Integrationsprozesse für friedensstiftende Instanzen. Dabei geht es aber nicht um mögliche Handlungsanleitungen, sondern um eine intersubjektiv nachvollziehbare Analyse realweltlicher Integrationsprozesse. Integration basiert für Haas nicht nur auf technokratischen Fundamenten, sondern es spielen auch politische und soziale Strukturen, ökonomische und industrielle Entwicklung und ideologische Muster eine Rolle. Mittels supranationalen Organisationen wird die Integration abgesichert und es werden weitere Integrationsprozesse erleichtert.

„The process of attaining this condition among nation-states we call *integration*, the process whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations and political activities toward a new and larger center, whose institutions possess or demand jurisdiction over the pre-existing national states“.<sup>18</sup>

---

<sup>15</sup> Vgl. [Conzelmann:2003] S. 146f.

<sup>16</sup> „Limits and Problems of European Integration“, „The Uniting of Europe“, „Beyond the Nation State“, „Nationalism, Liberalism and Progress“.

<sup>17</sup> Haas Ernst B. [Haas:1963]: International Integration. The European and the Universal Process. In: Haas Ernst B. et al.: Limits And Problems of European Integration. The conference of May 30 – June 2, 1961. Stichting Grotius Seminarium. Papers by Ernst Haas et al. The Hague: Nijhoff, 1963, S. 7

<sup>18</sup> [Haas:1963] S. 7

Integration ist ein Prozess, bei dem Loyalitäten, Erwartungen und politische Aktivitäten auf eine supranationale Ebene gehoben werden. Die friedliche interne Veränderung in den Gemeinschaften führt schließlich zu einer „political community“, die den Endzustand dieses Prozesses darstellt. Eine politische Gemeinschaft zeichnet sich dadurch aus, dass trotz widerstreitender Forderungen der verschiedenen Gruppen innerhalb der Gemeinschaft eine friedvolle interne Veränderung gewährleistet ist.

Ausgehend von einer zunächst technischen Kooperation, die in einem wirtschaftlichen Bereich beginnt, kommt es zu weiteren Kooperationen in anderen Sektoren. Danach folgen eine politische Zusammenarbeit und die Bildung einer politischen Gemeinschaft. Der Grund, dass eine Kooperation ihren Ausgangspunkt im wirtschaftlichen Bereich hat, liegt für Haas darin, dass hier die Nationalstaaten am ehesten eine gewinnbringende Zusammenarbeit sehen. Außerdem sind die einzelnen ökonomischen Sektoren bereits stark miteinander verflochten, so dass hier die Möglichkeit zur Entstehung weiterer Kooperationen am größten ist.

Analog zum Funktionalismus gibt es auch im Neofunktionalismus den Effekt des „spill-over“. Er bedeutet zum einen das Übergreifen einer Kooperation von einem Bereich auf andere Bereiche. Zum anderen steht er als Zeichen für Integrationserfolge. Im Gegensatz zu Mitrany unterscheidet Haas drei verschiedene Formen des „spill-over“: funktionaler, politischer und erzeugter „spill-over“. Ausschlaggebend für die Integrationseffekte sind aus diesem Grund nicht nur die funktionalen Verflechtungen zwischen den einzelnen wirtschaftlichen Bereichen, sondern auch geänderte Erwartungshaltungen gesellschaftlicher Gruppen sowie die Aktivitäten supranationaler Institutionen. Die dabei entstehenden Integrationsprozesse sind linear, weil AkteurInnen von ihren ökonomischen Nutzenerwartungen getrieben werden und ihre Handlungen dem laufenden Integrationsprozess folgen.

Haas entwickelte seine Thesen anhand des Beispiels der Europäischen Gemeinschaft. Kritiker sehen darin die größte Schwäche des Neofunktionalismus. Das Konzept sei somit nur auf die westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten anwendbar. Da auch Haas selbst sich mit der Frage der Übertragbarkeit seiner Theorie auf andere Regionen beschäftigte, entwarf er ein Set von Variablen, dem gemäß sich der Integrationsprozess entweder erfolgreich oder erfolglos entwickeln wird. Das Set besteht aus Hintergrundvariablen (das

Ausmaß des gesellschaftlichen Pluralismus), Prozessvariablen (die Reaktionsfähigkeit von Regierungen gegenüber Enttäuschungen und Krisen des Integrationsprozesses) und der erreichten Dichte der Kooperation im Rahmen der ersten Stufe der ökonomischen Zusammenarbeit (die Komplementarität der von den Regierungen verfolgten Ziele und Delegation von Aufgaben an die supranationale Ebene). Wenn diese Variablen schlechte Werte aufweisen dann sei ein Übergreifen von der wirtschaftlichen auf die politische Kooperation eher unwahrscheinlich.

Nach dem Rückschritt der europäischen Integration warfen NeorealistInnen und AnhängerInnen des Intergouvernementalismus dem Neofunktionalismus vor, „[e]r tendiere zu überoptimistischen Prognosen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit von Integration“.<sup>19</sup> Haas und andere NeofunktionalistInnen reagierten darauf, in dem sie die „spill-over“-Effekte von bestimmten Voraussetzungen abhängig machten. Staatsoberhäupter – Haas erwähnte explizit Charles de Gaulle – und Eliten erschweren mit ihrer antiintegrativen Haltung den Integrationsprozess.

In neueren Diskussionen wird kritisiert, dass der Neofunktionalismus das Zusammenspiel von inter- und supranationalen Organisationen nicht beachtet. Genauso wenig Aufmerksamkeit kommt dem Verhältnis zwischen Nationalstaaten und ihren internen Untergliederungen und privaten AkteurInnen im Kontext eines „Mehrebenenregierens“ zu. Allerdings dreht sich die Debatte hier nicht mehr um die Frage welche Faktoren den Integrationsprozess forcieren, sondern um diejenige aus welchen Kräften und Faktoren das existierende System der Entscheidungsfindung und Politikgestaltung in Europa besteht.<sup>20</sup>

Von spill-over-Effekten – ob in funktionaler oder neofunktionaler Sichtweise – kann sowohl bei der ASEAN als auch beim Mercosur gesprochen werden. Yake<sup>21</sup> zufolge kam es in der südostasiatischen Gemeinschaft von einer zunächst politischen Integration zu einer ökonomischen und zu Erweiterungsprozessen auf Nachbarstaaten.<sup>22</sup> Beim Mercosur wurden lange Zeit keine spill-over Effekte beobachtet. Noch 2002 schrieb Susanne Gratius, dass beim Mercosur „(...) kein politisches spill-over zugunsten einer Konsolidierung

---

<sup>19</sup> [Conzelmann:2003] S. 156

<sup>20</sup> Vgl. [Conzelmann:2003] S. 147ff.

<sup>21</sup> Yake ist Experte auf dem Gebiet Weltwirtschaft und beschäftigt sich intensiv mit der Theorie und Praxis regionaler Integration.

<sup>22</sup> Yu Yake [Yu:2008]: Theorie und Praxis regionaler Integration: Eine vergleichende Studie des Gulf Cooperation Councils und der ASEAN Staatengemeinschaft. In: Südostasien aktuell 2/2008, S. 42

bzw. Vertiefung der Integration erkennbar [sei]<sup>23</sup>. 2007 jedoch wurde im Mercosur ein Parlament eingeführt, ein Beweis dafür, dass sich die wirtschaftliche Kooperation auf eine politische übertragen hat.

Allerdings fehlt beiden Organisationen eine supranationale Institution, die die Integration im Sinne des (Neo)Funktionalismus beschleunigen und erleichtern würde.

### 1.2.3 Transaktionsanalyse

Der Ansatz der Transaktionsanalyse stammt von Karl W. Deutsch.<sup>24</sup> Das Hauptziel jeder Integration ist für ihn die Herstellung einer stabilen Friedensordnung.

Viel stärker als andere IntegrationstheoretikerInnen bezieht Deutsch in sein Konzept kommunikations- und systemtheoretische Ansätze mit ein. Unter Kommunikationsprozessen versteht er sämtliche Formen von Transaktionen. Durch Transaktionen entsteht ein System und damit das Gefühl der Zugehörigkeit zu diesem System. Regionale politische Integration stellt ein aus Transaktionen entstandenes System dar.<sup>25</sup> Damit würden sich die neuesten Entwicklungen in der ASEAN als auch beim Mercosur erklären lassen. Durch gemeinsame Handlungen sind gemeinsame Interessen entstanden und das Zusammengehörigkeitsgefühl stieg und steigt weiter an.

Die Hauptaufgaben der Integration fasst Deutsch in vier Punkten zusammen:

1. Erhaltung des Friedens: Die Aussicht auf Frieden ist daran erkennbar, dass es keinen Krieg gibt bzw. dass es selten zu Kriegsvorbereitungen kommt.
2. Erlangung eines größeren Mehrzweckpotentials: An der Steigerung des Bruttosozialprodukts (BSP) (absolut und per capita), und an der Vielfalt und am Wirkungsbereich „gerade verfolgte[r] Unternehmungen“<sup>26</sup> lässt sich eine Zunahme des Mehrzweckpotentials erkennen.

---

<sup>23</sup> Gratius Suanne [Gratius:2002]: Warum stagniert der Mercosur? Die politisch-institutionelle Dimension der Krise. In: Lateinamerika Analysen 1, Februar 2002, S. 142

<sup>24</sup> „Analyse internationaler Beziehungen“, „Nationalism and Social Communication“, „Nationalism and Its Alternatives“, „The Nerves of Government“, „Politics and Government“.

<sup>25</sup> Vgl. Dosch Jörn [Dosch:1997]: Die ASEAN: Bilanz eines Erfolges. Akteure, Interessenlagen, Kooperationsbeziehungen. Hamburg: Abera Verlag, 1997, S. 51f.

<sup>26</sup> Deutsch Karl W. [Deutsch:1968]: Analyse internationaler Beziehungen. Konzeptionen und Probleme der Friedensforschung. Kritische Studien zur Politikwissenschaft. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, 1968, S. 273

3. Lösung einer spezifischen Aufgabe: Erkennbar an der Existenz und evtl. am Wachstum gemeinsamer Funktionen, Institutionen und Ressourcen.
4. Gewinnung eines neuen Selbstverständnisses und einer neuen Rollenidentität: Wenn neue gemeinsame Symbole geschaffen werden und parallel zu den älteren häufig gebraucht werden bedeutet das, dass die Mitglieder einer Gemeinschaft eine neue Rollenidentität gewonnen haben.<sup>27</sup>

Damit Integration tatsächlich realisierbar ist und gelingt, sind für Deutsch zusätzlich vier Hintergrundbedingungen ausschlaggebend:

1. Gegenseitige Relevanz der zu integrierenden Einheiten.
2. Vereinbarkeit der Werte mit zumindest einem Teil des gemeinsam erzielbaren Gewinns der Integration.
3. Gegenseitige Ansprechbarkeit.
4. Ein gewisses Maß an gemeinsamer Identität oder Loyalität.<sup>28</sup>

In Deutsch' Verständnis ist Integration letztendlich die Errichtung einer Sicherheitsgemeinschaft. Er unterscheidet dabei zwischen einer amalgmierten politischen Gemeinschaft und einer pluralistischen Gemeinschaft. In einer amalgmierten politischen Gemeinschaft ist das Hauptziel nicht nur die Herstellung des Friedens, sondern es spielen alle vier Aufgaben der Integration eine Rolle. Daneben verfügt sie über gemeinsame Regierungsinstitutionen. Eine pluralistische Gemeinschaft übernimmt nur die Aufgabe Frieden zu bewahren und hat mindestens zwei souveräne nicht verschmolzene politische Einheiten.

Jörn Dosch stuft die ASEAN als pluralistische Sicherheitsgemeinschaft ein. Dafür sprechen die gestiegenen Transaktionen wie z.B. die Zahl der offiziellen Zusammenkünfte, Verträge zur Regelung der Beziehungen in Südostasien oder wirtschaftliche Transaktionen zwischen den Mitgliedsstaaten.<sup>29</sup>

Ein erst vor kurzem durchgeführtes Forschungsprojekt, unter der Führung von Michael Radseck, zur Untersuchung der Sicherheitspolitiken in Lateinamerika ergab, dass auch

---

<sup>27</sup> Vgl. [Deutsch:1968] S. 273

<sup>28</sup> Vgl. [Deutsch:1968] S. 273

<sup>29</sup> Vgl. [Dosch:1997] S. 294ff.

der Mercosur auf dem Weg ist, eine Sicherheitsgemeinschaft zu bilden. Besonders Argentinien und Brasilien erfüllen dafür am ehesten die Kriterien. Deshalb kann bei ihrer Beziehung auch von einer losen pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft gesprochen werden.<sup>30</sup>

Deutsch erkannte erstmals in seiner Analyse „(...) die Bedeutung von Kommunikationsvorgängen und transnationaler Verklammerung in politischen Vereinigungsprozessen (...)“.<sup>31</sup> Er konnte jedoch keine Erklärung für die Integrationsdynamik geben und ließ den Faktor Macht – sowohl zwischen den AkteurInnen als auch ihrer Umwelt gegenüber – weitgehend außer Acht. Die Bedeutung externer Einflüsse auf die Bildung einer Gemeinschaft unterschätzte Deutsch ebenso wie die Rolle des Staates.<sup>32</sup>

#### 1.2.4 Neorealismus

Hauptvertreter des Neorealismus ist Kenneth N. Waltz.<sup>33</sup> In seinem Hauptwerk „*Theories of International Politics*“ versucht Waltz eine umfassende Theorie zur Erklärung der internationalen Politik zu formulieren. Für ihn besteht die internationale Politik aus drei Ebenen: dem Individuum, dem politischen System und dem internationalen System. Seiner Meinung nach beschränken sich die meisten Theorien der IB auf die erste oder zweite Analyseebene. „They examine international politics in terms of what states are like and how they interact, but not in terms of how they stand in relation to each other. (...) It is not possible to understand world politics simply by looking inside of states“.<sup>34</sup> Er stellt sich auch gegen die Forderung, möglichst viele empirische Daten zu verwenden und plädiert für eine Vereinfachung oder Schlantheit der Theorie. Auf dieser Grundlage

---

<sup>30</sup> Vgl. Radseck Michael u.a. [Radseck:2004]: Auf dem Weg zu einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft? Eine vergleichende Untersuchung der nationalen Sicherheitspolitiken im südlichen Lateinamerika. Vorläufiger Arbeits- und Forschungsbericht zu einem DFG-geförderten Forschungsprojekt. April 2003 – November 2004, S. 6ff

<sup>31</sup> [Dosch:1997] S. 56

<sup>32</sup> Vgl. [Dosch:1997] S. 56f.

<sup>33</sup> „Theory of International Politics“, „Man, the State and War“, „Anarchic Orders and Balances of Power“, in: Keohane Robert O.: Neorealism and Its Critics, „Political Structure“, in: Keohane Robert O.: Neorealism and Its Critics, „Reductionist and Systemic Theories“, in: Keohane Robert O.: Neorealism and Its Critics.

<sup>34</sup> Waltz Kenneth N. [Waltz:1986b]: Reductionist and Systemic Theories. In: Keohane Robert O. (Hrsg.): Neorealism and its Critics. New York: Columbia University Press, 1986, S. 51f.

verlagert Waltz seine Analyse auf die Ebene des internationalen Systems, um dadurch eine Theorie für die internationale Politik entwerfen zu können.<sup>35</sup>

Das internationale System besteht aus AkteurInnen („units“) und der Struktur des Systems („structure“). Diese müssen getrennt voneinander untersucht werden.

AkteurInnen im Neorealismus sind einheitliche Staaten. Ihre innere Gestaltung, z.B. das politische System, ist für die Untersuchung nicht relevant. Dadurch werden diejenigen Eigenschaften, die Staaten voneinander unterscheiden, weggelassen und es wird davon ausgegangen, dass im Kern alle Staaten ident sind. Daraus leiten Waltz und andere NeorealistInnen drei Annahmen ab. Erstens ist das zentrale Bedürfnis der Staaten „das Überleben“. Zweitens folgen die Staaten in der Umsetzung ihrer zentralen Präferenz einer Zweck-Mittel-Rationalität. Da das internationale System anarchisch ist, herrscht stets Unsicherheit bezüglich der Absichten der anderen Staaten. Ein Staat kann jederzeit von anderen Staaten bedroht werden und muss daher diese Möglichkeit in sein rationales Denken miteinbeziehen. Schließlich gibt es drittens dennoch einen Punkt, in dem Staaten unterschieden werden können: ihr Machtpotential.<sup>36</sup>

Die Struktur des Systems wird unabhängig von den AkteurInnen und ihren Eigenschaften, ihrem Verhalten und ihren Interaktionen definiert. Für die Definition der Struktur konzentriert sich der Neorealismus darauf, wie Staaten in Beziehung zu einander stehen, wie sie sich positionieren. Die Struktur ist somit die Anordnung von Teilen des Systems. „Structure is not a collection of political institutions but rather the arrangement of them“.<sup>37</sup> Analog zu dieser Definition gibt es drei Faktoren um die politische Struktur zu bestimmen. Erstens das Ordnungsprinzip (ordering principle), zweitens die Funktionsspezifizierung der AkteurInnen (character of the units) und drittens die Verteilung des Potenzials zwischen den AkteurInnen (distribution of capabilities).

- *Ordering principle.* Waltz betrachtet das nationale politische System als zentralisiert und hierarchisch, das internationale System als dezentralisiert und anarchisch. Es gibt im Gegensatz zu nationalen Systemen keine übergeordnete Instanz.

---

<sup>35</sup> Vgl. Schörnig Niklas [Schörnig:2003]: Neorealismus. In: Schieder Siegfried, Spindler Manuela: Theorien der internationalen Beziehungen. Opladen: Leske + Budrich, 2003, S. 64ff.

<sup>36</sup> Vgl. [Schörnig:2003] S. 66ff.

<sup>37</sup> Waltz Kenneth N. [Waltz:1986a]: Political Structure. In: Keohane Robert O. (Hrsg.): Neorealism And Its Critics. New York: Columbia University Press, 1986, S. 71

Es gibt keine Anordnung oder Organisation. Das internationale System existiert durch das Zusammenwirken von auf sich selbst gestellten AkteurInnen. Neben dem Hauptziel, ihr Überleben sicherzustellen, können Staaten noch andere Ziele verfolgen, z.B. Expansion, oder Zusammenschluss mit anderen Staaten um das eigene Überleben zu sichern.

- *Character of units.* Staaten bzw. AkteurInnen differenzieren sich nicht durch die Aufgaben die sie durchführen. Auf Grund der herrschenden Anarchie im internationalen System muss sich jeder Staat um seine zentrale Präferenz – Überleben – kümmern und daraus folgt für Waltz, dass AkteurInnen gleich sind. Staaten unterscheiden sich hinsichtlich der Fähigkeit gleiche Aufgaben zu erfüllen.
- *Distribution of capabilities.* Die Struktur eines Systems ändert sich mit der Veränderung der Verteilung von Fähigkeiten der AkteurInnen. Im Vergleich der Fähigkeiten der Staaten spiegelt sich ihre Machtrelation wider. Die Macht eines Staates ist jeweils ein Attribut, die Verteilung von Macht ist jedoch eine Eigenschaft der Struktur des Systems. Die Machtverteilung kann uni-, bi- oder multipolar strukturiert sein.<sup>38</sup>

Aus den oben genannten Eigenschaften des internationalen politischen Systems folgt die Annahme, dass Staaten im anarchischen System gezwungen sind, ihre Sicherheit zu maximieren um überleben zu können. Sicherheit besteht nur bei einem Machtgleichgewicht. Ein Machtungleichgewicht muss austariert werden – *balance of power* –, da die anderen Staaten ansonsten überlegen wären. Daher besteht im internationalen System eine Grundtendenz in Richtung Machtgleichgewicht.

„A self-help system is one in which those who do not help themselves (...) will fail to prosper, will lay themselves open to danger, will suffer. Fear of such unwanted consequences stimulates states to behave in ways that tend toward the creation of balances of power“.<sup>39</sup>

---

<sup>38</sup> Vgl. [Waltz:1986a] S. 70ff.

<sup>39</sup> Waltz Kenneth N. [Waltz:1986]: Anarchic Orders And Balances Of Power. In Keohane Robert O. (Hrsg.): Neorealism And Its Critics. New York: Columbia University Press, 1986, S. 117

Wenn ein Staat versucht, durch seine Machtmittel seine Position im internationalen System zu verbessern, werden die anderen Staaten versuchen, diese Machtverschiebung auszugleichen. Sie können entweder selbst aufrüsten, oder eine Allianz bilden. Eine Allianz stellt im Neorealismus eine der wenigen Möglichkeiten dar, auf internationaler Ebene zusammenzuarbeiten. Eine zweite Option bestünde in einer hegemonial induzierte Kooperation.<sup>40</sup>

Für Jürgen Rüländ beispielsweise ist die Gründung der ASEAN genau eine solche Reaktion auf eine externe Bedrohung. Der Kalte Krieg und der Kommunismus waren ausschlaggebende Gründungsmotive. Die ASEAN lag im Spannungsfeld zwischen den Großmächten USA, der ehemalige Sowjetunion und China. Die Gemeinschaft nahm eine vorsichtig pro-westliche Haltung ein, um den Einfluss des Kommunismus in der Region zu schwächen. Bernd Rosenbusch meint zur Gründung der ASEAN: „Um erfolgreich handeln zu können, war die ASEAN auf externe Probleme angewiesen. Ohne diese gab es keine eigentliche Existenzberechtigung der Gemeinschaft, jedenfalls nicht auf der niedrigen Stufe der Zusammenarbeit, wie sie Ende der achtziger Jahre erreicht war“.<sup>41</sup>

Parallel dazu sieht Susanne Gratius die Motive, die zur Gründung des Mercosur geführt haben, u.a. in der Bedrohung durch die USA. Für die Staaten des Cono Sur ging von den USA und der bevorstehenden Gründung der NAFTA die Gefahr aus, ökonomisch in den Hintergrund gedrängt zu werden. Durch den Zusammenschluss erhofften sie sich eine stärkere Position im Welthandelssystem.

Kritisiert wird am strukturellen Neorealismus von Waltz nun, dass er in seiner Analyse davon ausgeht, dass alle Staaten in ihrem Kern gleich wären und dadurch zentrale Elemente vernachlässigt, die aber wichtig wären, um politische Prozesse auf internationaler Ebene zu verstehen. Theorie-interne Kritik betrifft das *balance-of-power*-Konzept. Randall Schweller meint, dass sich schwächere Staaten eher den Stärkeren anschließen (*bandwagoning*), anstatt sich mit schwachen Staaten zu verbünden um das Machtungleichgewicht auszugleichen. Eine andere Frage die sich AnhängerInnen des Neorealismus – u.a. Stephen Walt, John Mearsheimer – stellten, war, ob Staaten tatsächlich versuchen ihre Sicherheit zu maximieren und nicht ihre Macht. An dieser Stelle teilte sich das

---

<sup>40</sup> Vgl. [Schörnig:2003] S. 70ff.

<sup>41</sup> Rosenbusch Bernd [Rosenbusch:2003]: Die Bedeutung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte für die Kooperation und Integration der ASEAN-Staaten. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 10. Münster (u.a.): Lit Verlag, 2003, S. 46

Lager in defensive und offensive NeorealistInnen, wobei offensive NeorealistInnen davon ausgehen, dass Staaten versuchen, ihre Sicherheit zu maximieren indem sie ihre Macht maximieren.

Von TheoretikerInnen anderer Schulen wird am Neorealismus bemängelt, dass er bei zentralen Entwicklungen auf internationaler Ebene, z.B. dem Ende des Ost-West-Konfliktes, große Erklärungsschwächen aufweist, da er Dynamiken, die auf der Ebene der Subsysteme liegen, nicht beachtet.

Nach dem Rückgang der Vormachstellung der USA in den 1980er Jahren und dem Erstarken des *General Agreement on Terms of Trade* (GATT) und des Internationalen Währungsfond (IWF) wurde der Neorealismus vom neoliberalen Institutionalismus herausgefordert. AutorInnen wie Robert Keohane, die diesem Paradigma angehören, argumentierten, dass auch bei internationaler Anarchie Kooperation möglich und für alle daran beteiligten Staaten positiver absoluter Nutzen zu erwarten ist.

Stark kritisiert wird der Neorealismus von Anhängerinnen des Konstruktivismus. Sie gehen von der Annahme aus, dass sich AkteurInnen und Struktur gegenseitig beeinflussen. Die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen ist nicht ein für allemal vorbestimmt. Weshalb es für KonstruktivistInnen nicht logisch zwingend ist, anzunehmen, dass unter Anarchie ein Selbsthilfesystem entsteht.<sup>42</sup>

### 1.2.5 Neoliberaler Institutionalismus

Der neoliberale Institutionalismus oder Neoliberalismus wurde von Robert O. Keohane<sup>43</sup> begründet und gilt als der große Gegenspieler des Neorealismus. Der Fokus des neoliberalen Institutionalismus liegt auf der zwischenstaatlichen Kooperation und deren Institutionalisierung. Er geht davon aus, dass internationale Institutionen die Eigeninteressen von Staaten verändern können.

„If the theories of institutionalists have any validity, by contrast the rich tapestry of institutions should both constrain states, through the operation of rules, and provide them with opportunities to cooperate, thus enabling

---

<sup>42</sup> Vgl. [Schörnig:2003] S. 67ff.

<sup>43</sup> „After Hegemony“, „International Institutions and State Power“, „International Theory and the Realist Challenge After the Cold War“, in: Baldwin David A.: Neorealism and Neoliberalism.

them to pursue their own interests without posing the threats to other states that are so characteristic of realist anarchy“.<sup>44</sup>

Dadurch könnte erklärt werden, warum sich, nachdem erst einmal die ASEAN oder der Mercosur institutionalisiert worden waren, die Kooperation verstärkte, was wiederum zu weiterer Institutionalisierung führte und wodurch die einzelnen Staaten eigennützige Interessen in den Hintergrund stellten und statt dessen gemeinsame Interessen zu verfolgen begannen.

Wie der Neorealismus geht auch der Neoliberalismus von Anarchie im internationalen System aus. Unter Anarchie wird hier wiederum das Fehlen einer supranationalen Regierung verstanden. Gemeinsam ist den beiden Schulen auch die Annahme, dass Staaten die Hauptakteure sind und entsprechend ihres rationalen Eigeninteresses handeln. Staaten gehen Kooperationen ein, um ihre Ziele zu erreichen. Die errichteten Institutionen helfen Staaten nicht dadurch, dass Regeln durchgesetzt werden, sondern sie stellen Informationen zu Verfügung, reduzieren Transaktionskosten und erleichtern damit das Zustandekommen von Verträgen und Abkommen. Institutionen werden von Staaten errichtet und genutzt, so lange durch sie Ziele erreicht werden können, die über uni- oder bilaterale Abkommen nicht möglich wären. Staaten versuchen in der Kooperation ihre Gewinne zu maximieren. Ausschlaggebend dafür sind ihre materiellen Fähigkeiten und die Regeln und Praktiken der internationalen Institutionen.<sup>45</sup>

Dem neoinstitutionalistischen Ansatz liegt die ökonomische Annahme zu Grunde, dass AkteurInnen nur für ihren eigenen Nutzen sorgen und kein Interesse hinsichtlich des Wohlbefindens der anderen haben. „Under condition of severe competition, which is characteristic of power conflicts and particularly of arms races ... gains for one side are seen as losses for the other“.<sup>46</sup> Keohane erkannte jedoch zumindest an, dass relative Gewinne Kooperationen erschweren.<sup>47</sup> Aber nur bis zu einem bestimmten Aus-

---

<sup>44</sup> Keohane Robert O. [Keohane:1993]: Institutional Theory and the Realist Challenge After the Cold War. In: Baldwin, David A.: Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate. New York: Columbia University Press, 1993, S. 273

<sup>45</sup> Vgl. [Keohane:1993] S. 269ff.

<sup>46</sup> Keohane Robert O.: After Hegemony, S. 123n9, zitiert nach: [Keohane:1993] S. 274

<sup>47</sup> Bei der Frage um relative Gewinne geht es darum, ob ein Staat auf die Vorteile einer Kooperation verzichtet, wenn seinE KooperationspartnerIn, der/die in der Regel ein konkurrierender Staat ist, einen größeren Vorteil aus der Zusammenarbeit zieht.

maß – wenn etwa Gewinne in einer bestimmten Periode Machtverhältnisse in einem anderem Zeitabschnitt verändern oder die Wahrscheinlichkeit besteht, dass die darauf folgenden Machtvorteile gegen den/die KooperierendeN selbst verwendet werden. Ist die Wahrscheinlichkeit, dass einem/einer KooperationsteilnehmerIn die verschobenen Machtvorteile Schaden zufügen gering, dann wird trotz asymmetrischer Gewinne eine Kooperation eingegangen, und die relativen Gewinne aus dieser Zusammenarbeit tragen nur eine geringe Bedeutung. Darüber hinaus nimmt Keohane an, dass mit steigender Anzahl von involvierten AkteurInnen die negative Bedeutung von relativen Gewinnen abnimmt. Im Gegenteil, bei mehr beteiligten AkteurInnen würden Bedenken bezüglich relativer Gewinne institutionalisierte Zusammenarbeit fördern, anstatt zu hindern. Wie NeorealistInnen schätzen auch neoliberale InstitutionalismInnen, dass ohne das Fundament einer Hegemonie oder gemeinsamer Interessen internationale Institutionen nicht lange bestehen. NeoliberalistInnen gehen jedoch noch einen Schritt weiter und argumentieren, dass auf Grund bestimmter Faktoren Institutionen weiter existieren können, auch wenn die Situation nicht mehr der Ausgangslage entspricht. Durch den schon existierenden Organisationsgrad und den Willen der Regierungen die Institutionen weiterzuführen, bleiben diese erhalten. Gleichzeitig wirken Institutionen auf die Politik von Staaten – sowohl von Mitgliedern als auch Nicht-Mitgliedern – ein und können die Interessen und somit die Regierungspolitik beeinflussen.<sup>48</sup>

Ab Anfang der 1990er Jahren machen beispielsweise Dirk Nabers und Andreas Ufer innerhalb der südostasiatischen Gemeinschaft einen Trend zu verstärkter wirtschaftlicher Kooperation aus, von welcher sich die einzelnen Staaten Wohlstandsgewinne erhofften. Beim Mercosur lässt sich Ähnliches feststellen. Er war von Beginn an auf die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes ausgerichtet. Mit der Einführung der Freihandelszone und einer gemeinsamen Zollunion wurde der interne Handel gesteigert und die einzelnen Länder erzielten Gewinne aus dieser Kooperation.

Der neoliberale Institutionalismus nun bemängelt zwar die strukturalistische Analyse von Waltz' Neorealismus, aber letztlich blendet auch er „die außenpolitische Infrastruktur als wichtige Voraussetzung und Begrenzungsnorm internationaler Kooperation

---

<sup>48</sup> Vgl. [Keohane:1993] S. 273ff.

weithin [aus]<sup>.49</sup>. Die NeoliberalistInnen geben keine Erklärung, warum und wie internationale Institutionen Geltung für staatliches Handeln erlangen können.

## 1.2.6 Konstruktivismus

Gemeinsamer Ausgangspunkt der verschiedenen konstruktivistischen Ansätze ist die Tatsache, dass Realität sozial konstruiert wird. Einer der wichtigsten Vertreter des Konstruktivismus und Kritiker des Neorealismus ist Alexander Wendt<sup>50</sup>. Wie Waltz arbeitet er auf der systemischen Ebene, Wendt geht jedoch davon aus, dass AkteurInnen nicht unabhängig von ihrer sozialen Umwelt existieren, sondern dass sich Strukturen und AkteurInnen gegenseitig konstituieren. Durch ihre Handlungen reproduzieren und verändern AkteurInnen die Strukturen. Strukturen geben dabei die „Spielregeln“ vor, die die AkteurInnen auf bestimmte Handlungsmöglichkeiten einschränken. Indem AkteurInnen Regeln folgen, versuchen sie – in Abgrenzung zu strategisch geleitetem Verhalten, bei dem AkteurInnen ihre Prioritäten maximieren wollen, – das „Richtige“ zu tun. Sie versuchen, die angemessenen Regeln in einer gegebenen Situation herauszufinden.<sup>51</sup>

Aus diesen Annahmen ergibt sich für Wendt die Schlussfolgerung, dass Institutionen die Identitäten und Interessen der Staaten verändern können, und dass Anarchie im internationalen System nicht zwingend ein Selbsthilfesystem ergeben muss, wie der Neorealismus behauptet, sondern, dass das Selbsthilfesystem das Ergebnis eines Prozesses ist, nicht die Struktur an sich. „Self-help and power politics are institutions, not essential features of anarchy. *Anarchy is what states make of it*“.<sup>52</sup>

Eine Grundannahme der konstruktivistischen Theorie ist, dass AkteurInnen gegenüber Objekten und anderen AkteurInnen entsprechend der Bedeutung handeln, die diese Objekte und AkteurInnen besitzen. Staaten verhalten sich gegenüber FeindInnen anders als gegenüber FreundInnen. Den Objekten und AkteurInnen kommt eine kollektiv geteil-

---

<sup>49</sup> Siedschlag Alexander [Siedschlag:1997]: Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik. Beispiel internationale Sicherheit – Theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation. Studien zur Sozialwissenschaft. Band 169. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997, S. 171

<sup>50</sup> „Anarchy Is What States Make Of It“, „Collective Identity Formation and the International State“, „Social Theory of International Politics“.

<sup>51</sup> Vgl. Risse Thomas [Risse:2004]: Social Constructivism and European Integration. In: Wiener Antje, Diez Thomas: European Integration Theory. Oxford, New York: Oxford University Press, 2004, S. 160ff.

<sup>52</sup> [Wendt:1992]: Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics. In: International Organization 46, 2, Spring 1992, S. 395

te Bedeutung zu. Dadurch erlangen AkteurInnen ihre Identität, da auch sie kollektive Bedeutung innehaben.

„The commitment to and the salience of particular identities vary, but each identity is an inherently social definition of the actor grounded in the theories which actors collectively hold about themselves and one another and which constitute the structure of the social world“.<sup>53</sup>

Identitäten stellen die Basis von Interessen dar. Ihre Interessen bestimmen die AkteurInnen über den Prozess in dem sie die Situation definieren. Eine Institution, z.B. das Selbsthilfesystem, ist ein relativ stabiles Set bzw. eine Struktur dieser Identitäten und Interessen. Strukturen wiederum werden oft in formellen Regeln und Normen festgeschrieben. Institutionen kann es nicht geben, ohne die Annahme der AkteurInnen, wie die Welt funktioniert. Sie sind kollektives Wissen. Identitäten und Institutionen existieren nicht unabhängig voneinander, sie konstituieren einander. Das Selbsthilfesystem ist eine mögliche Institution die sich unter Anarchie bilden kann, aber nicht muss.<sup>54</sup>

Das Ziel einer vollkommenen gemeinsamen Identität ist jedoch schwer zu erreichen, es würde bedeuten, dass Staaten ihre Eigeninteressen jenen der Gemeinschaft unterordnen. Dennoch lassen die Eigeninteressen der Staaten die Möglichkeit zur Bildung gemeinsamer Interessen zu. Wendt zufolge lassen sich auf dem systemischen Level drei Mechanismen ausmachen, die gemeinsame Identitäten fördern: *structural contexts, systemic processes und strategic practice*.

*Structural Contexts*. Die Strukturen eines Systems können konfliktgeladen oder kooperativ ausgerichtet sein. Die Interaktionen die sich daraus ergeben, können – je nach dem – die Entstehung von kollektiven Identitäten behindern oder fördern. Intersubjektive Strukturen geben an, wie viel Raum in einem System existiert, in dem sich gemeinsame Identitäten herausbilden können. In konfliktgeladenen Systemen, in denen Staaten einander fürchten, werden diese versuchen ihre Eigeninteressen und egoistischen Identitäten durchzusetzen, wie etwa im Naturzustand von Hobbes.<sup>55</sup> In einem System in dem jeder Staat die Souveränität der anderen anerkennt und nicht um seine Existenz

---

<sup>53</sup> [Wendt:1992] S. 398

<sup>54</sup> Vgl. [Wendt:1992] S. 394ff.

<sup>55</sup> Hobbes beschrieb in seinem Werk Leviathan einen Naturzustand, in dem ausschließlich das Prinzip der Selbsterhaltung regiert. Es folgt ein Krieg aller gegen alle, der im Sinne der Selbsterhaltung gerechtfertigt ist. Vgl. Etzersdorfer Irene [Etzersdorfer:2007]: Krieg. Eine Einführung in die Theorien bewaffneter Konflikte. Wien u.a.: Böhlau Verlag, 2007, S. 86

fürchten muss, entsteht genug Raum für positive Identifikation mit anderen.

Neben intersubjektiven Strukturen können auch materielle Strukturen kollektive Identitäten erzeugen, wenn durch sie gemeinsame Probleme gelöst werden, oder wenn die materielle Struktur in dem Sinn asymmetrisch ist, dass ein starker Staat Schwächere zwingen kann, sich mit ihm zu identifizieren.

*Systemic Processes.* Interdependenz kann kollektive Identität stimulieren. Zum einen erhöht sich dadurch die Dichte der Interaktionen, z.B. durch Handels- und Kapitalströme, zum anderen wird oft ein „common other“ kreiert, das sich in einem personifizierten externen Aggressor zeigen kann oder in einer abstrakten Bedrohung wie etwa Nuklearwaffen. Durch beide Dynamiken wird die Sensibilität für die anderen geschärft, bzw. werden die Strukturen verdichtet. Dadurch werden Identitäten und Interessen beeinflusst. Durch die steigende Interdependenz ändern sich die Identitäten und Staaten beginnen sich mit anderen zu identifizieren.

*Strategic Practice.* Strukturen und AkteurInnen werden durch Interaktion (re)produziert und (re)produzieren dadurch Identitäten und Interessen. Hinsichtlich Interaktion kann zwischen Verhaltenskommunikation und rhetorischer Kommunikation unterschieden werden.

Die Produktion von Identität auf Grund von Verhaltenskommunikation nimmt das Gefangenendilemma der Spieltheorie von Axelrod als Ausgangspunkt.<sup>56</sup> Die Hauptaussage lautet, dass durch wiederholte Handlungen gegenseitiger Kooperation AkteurInnen gegenseitige Erwartungen entwickeln, die es ihnen erlauben, weiter zusammenzuarbeiten. Wendt geht noch einen Schritt weiter und zeigt, wie durch wiederholte Zusammenarbeit Identitäten und Interessen beeinflusst werden.

„(...) actors form identities by learning, through interaction, to see themselves as others do.(...) By showing others through cooperative acts that one expects them to be cooperators too, one changes the intersubjective knowledge in terms of which their identities are defined. (...) by engaging in cooperative behavior, an actor will gradually change its own beliefs about who it is, helping to internalize that new identity for itself. By teaching

---

<sup>56</sup> In einem Zwei-Personen-Spiel haben beide SpielerInnen den Anreiz sich gegenseitig zu verraten, sich anti-kooperativ zu verhalten, da ein einseitiger Verrat für jedeN SpielerIn aus ihrer/seiner rationalen Sicht das Richtige ist. Es handelt sich aber nicht um ein Null-Summen-Spiel und daher wäre bei beidseitiger Kooperation maximaler Gewinn möglich. Vgl. Axelrod Robert, Keohane Robert O. [A/K:1993]: *Achieving Cooperation Under Anarchy: Strategies And Institutions*, S. 85ff.

others and themselves to cooperate (...) actors are simultaneously learning to *identify* with each other—to see themselves as a „we“ (...)“<sup>57</sup>.

Gemeinsam ist diesen Prozessen, dass die soziale Umwelt aus Verstehen und miteinander geteilten Bedeutungen besteht, die durch rhetorische Praktiken geändert werden können. Über solche Praktiken versuchen Staaten andere im Sinne ihrer Interessen zu verändern. Durch gemeinsame Handlungen soll schließlich Solidarität geschaffen werden.<sup>58</sup>

Die wechselseitige Wirkung von AkteurInnen und Strukturen macht eine weitere zentrale Grundannahme des Konstruktivismus aus.

„Identitäten sind kein starres Gerüst, sie können sich wandeln. Dadurch ändert sich die Sichtweise auf bestimmte Situationen was wiederum einen Wandel der Interessen mit sich bringen kann. Aus diesen Prozessen kann sich die Struktur im internationalen System wandeln“.<sup>59</sup>

Das Bindeglied, über das sich AkteurInnen und Strukturen gegenseitig beeinflussen, sind Regeln und Normen. AkteurInnen sind immer regelgeleitet und erhalten durch die Handlungs- und Wahlmöglichkeiten, die die Regeln vorgeben, ihre Akteursqualität. Regeln und die damit verbundenen Praktiken bilden Handlungsmuster, die den institutionellen Rahmen ausmachen. Souveränität ist eine mögliche Praxis von Staaten und gibt damit ein spezifisches Handlungsmuster vor, da sie durch charakteristische Regeln und Normen gekennzeichnet ist, z.B. das Gebot der Nichteinmischung. Daraus ergeben sich bestimmte Handlungsmuster. Gleichzeitig ist Souveränität ein wichtiges Merkmal, ein kollektives Wissen der Staaten und konstituiert sie als wesentliche Akteure im internationalen System. Sprache und Kommunikation bilden im Prozess der gegenseitigen Konstitution von AkteurInnen und Strukturen die zentrale soziale Handlung, mit Hilfe derer kollektives Wissen geschaffen wird. „Indeed, saying is doing: talking is undoubtedly the most important way that we go about making the world what it is“.<sup>60</sup>

Kritisiert wird an Wendt's Ansatz, dass es ihm nicht gelinge, die Konstruktion staatlicher Interessen und Identitäten ausreichend zu erklären, so lange er dem Neorealismus

---

<sup>57</sup> Wendt Alexander [Wendt:1994]: Collective Identity Formation And The International State. In: American Political Science Review, Vol. 88, No. 2, 1994, S. 390

<sup>58</sup> [Wendt:1994] S. 388ff.

<sup>59</sup> [Wendt:1992] S. 405

<sup>60</sup> Onuf: Constructivism, S. 59, zitiert nach: Ulbert Cornelia [Ulbert:2003]: Cornelia: Sozialkonstruktivismus. In: Schieder Siegfried, Spindler, Manuela: Theorien der internationalen Beziehungen. Opladen: Leske + Budrich, 2003, S. 410

und der Anarchie verhaftet bleibt, daher den Staat als einheitlichen Akteur konzeptualisiert und dadurch den Prozess der Innenpolitik ausblendet.<sup>61</sup>

---

<sup>61</sup> Vgl. [Ulbert:2003] S. 411

### 1.2.7 Zusammenfassung der Theorien

Theorie	VertreterIn	Ziel	These	Kritik
Funktionalismus	D. Mitrany	überstaatliche Friedensordnung	funktionale Gruppen kooperieren miteinander; durch den Lernprozess greift Kooperation auf andere Bereiche aus (spill-over)	langwierige spill-over Effekte und Voraussetzung gemeinsamer kultureller Merkmale
Neofunktionalismus	E.B. Haas	politische Gemeinschaft	supranationale Institutionen sichern Integration ab; ausgehend vom wirtschaftlichen Bereich greift Kooperation auf andere Bereiche über	Theorie zu sehr an EG orientiert
Transaktionsanalyse	K.W. Deutsch	stabile Friedensordnung und Sicherheitsgemeinschaft	durch Transaktionen entstehen ein System und ein Zugehörigkeitsgefühl – amalgierte politische bzw. pluralistische Gemeinschaft	keine Erklärung für Integrationsdynamik; Ausblendung des „Macht“-Faktors
Neorealismus	K.N. Waltz	Machtgleichgewicht im intern. System	Anarchie im intern. System; Zweck-Mittel-Rationalität um Überleben zu sichern	Annahme von gleichen Identitäten der Staaten; balance-of-power Konzept
Neoinstitutionalismus	R.O. Keohane	(supranationale) Institutionen	intern. Politik durch Regeln und Normen geprägt, sind in intern. Institutionen verankert und können Eigeninteressen von Staaten verändern	Unterbewertung der außenpolitischen Infrastruktur
Konstruktivismus	A. Wendt	Erklärung von pol. Handlungsmustern	Realität wird von AkteurInnen und Strukturen sozial konstituiert; Institutionen können Identitäten und Interessen d. Staaten verändern	Annahme der Anarchie

## 1.3 Thesen zum Vergleich der ASEAN und des Mercosur

Im folgenden Abschnitt werden die Thesen vorgestellt, anhand derer die Gemeinschaft der südostasiatischen Staaten und der Gemeinsame Markt des Südens in Kapitel 4 verglichen werden.

### 1.3.1 AkteurInnen und ihre Ziele

Das internationale System besteht aus verschiedenen AkteurInnen. Dazu zählen Nationalstaaten, supra- und internationale Organisationen, transnationale Konzerne, non-gouvernementale Organisationen sowie grenzüberschreitende Massenbewegungen. Das System wird von ihnen, ihren Verhaltensmustern und Herrschaftsstrukturen geprägt. Diese drei Faktoren bedingen sich gegenseitig. Der Nationalstaat stellt im internationalen System den Hauptakteur dar, er wird aber von anderen AkteurInnen in seiner Macht beeinträchtigt oder ergänzt. Dennoch ist er allen anderen überlegen, schon auf Grund seiner ökonomischen und militärischen Machtmittel.<sup>62</sup> Das oberste Ziel der Hauptakteure ist, zu Überleben. In diesem Sinn agieren sie rein nach einer Zweck-Mittel-Rationalität. Um Überleben zu können, müssen sie ihre Sicherheit maximieren. Sicherheit besteht für sie nur bei einem Machtgleichgewicht im internationalen System. Unter bestimmten Voraussetzungen gehen Staaten Kooperationen ein, um ihre Ziele und Eigeninteressen zu erreichen und zu maximieren – z.B. bei einem Machtungleichgewicht. Daneben spielen auch noch gesellschaftliche Gruppen innerhalb der Staaten eine Rolle. Diese können das Verhalten und die Außenpolitik der Staaten beeinflussen. Auf Grund transnationaler Interdependenz und weil sich die AkteurInnen durch Zusammenarbeit größere Gewinne erhoffen als ohne, kann es zu Kooperationen kommen, was schließlich zur Bildung internationaler Institutionen führen kann. Staaten existieren dann nicht mehr unabhängig voneinander, sondern die Institutionen können die Eigeninteressen und auch die Identitäten der Staaten verändern. Dabei kann es vorkommen, dass sie eine gemeinsame

---

<sup>62</sup> Seidelmann Reimund [Seidelmann:2000]: Weltsystem, Weltgesellschaft, Weltstaat – Zugänge zur Theorie internationaler Politik. In: Neumann Franz: Handbuch Politische Theorien und Ideologien 2. Opladen: Leske + Budrich, 2000, S 461ff.

Identität annehmen, ein „Wir-Gefühl“ entwickeln und gemeinsame Interessen verfolgen, die nicht mehr nur rein egoistisch motiviert sind.<sup>63</sup>

### 1.3.2 Anarchie und Macht(un)gleichgewicht

Sowohl im Neorealismus als auch im Neofunktionalismus und im Konstruktivismus von Wendt wird von Anarchie im internationalen politischen System ausgegangen. Ihr kommt eine zentrale Stellung in der internationalen Politik zu. Anarchie hat mehrere Bedeutungen. Sie kann als Mangel an Ordnung interpretiert werden: Chaos und Durcheinander sind die Folge. Oft wird damit auch Krieg verbunden. Es existieren in diesem Sinn Parallelen zum Hobbeschen Naturzustand, in dem jedeR gegen jedeN kämpft. Viele AutorInnen erkennen jedoch in der internationalen Politik Elemente von Ordnung. Für Hedley Bull definiert sich Ordnung als ein Muster von Aktivitäten, die die wesentlichen Ziele einer internationalen Gesellschaft erhalten. Auch Keohane, Waltz und Gilpin sehen eine internationale Gesellschaft im System. „The relationships among states have a high degree of order and that although the international system is one of anarchy (...) the system does exercise an element of control over the behavior of states“.<sup>64</sup>

Waltz definiert Anarchie folgendermaßen:

„Anarchy is seen as one end of a continuum whose other end is marked by the presence of a legitimate and competent government. International politics is then described as being flecked with particles of government and alloyed with elements of community-supranational organizations whether universal or regional, alliances, multinational corporations, networks of trade, and what not“.<sup>65</sup>

Die Frage, die sich VertreterInnen der drei genannten Theorieansätze stellen, lautet: welche Faktoren führen unter Anarchie zu Kooperation? In dieser Arbeit wird der neo-realistische Ansatz als Ausgangspunkt genommen. Staaten sind die zentralen Akteure im internationalen politischen System. Ihr zentrales Bedürfnis ist *zu überleben*. Um dies

---

<sup>63</sup> Siehe 1.1.4, 1.2.5 und 1.2.6

<sup>64</sup> Gilpin: War And Change in World Politics, S. 28, zitiert nach: Milner Helen [Milner:1993]: The Assumption of Anarchy in International Relations Theory: A Critique. In: Baldwin, David A.: Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate. New York: Columbia University Press, 1993, S. 147

<sup>65</sup> Waltz Kenneth N. [Waltz:1979]: Theory Of International Politics. Boston u.a.: Mc Graw-Hill, 1979, S. 114

sicherzustellen, verfolgen sie eine *rational-choice-strategy*. Da immer die Möglichkeit besteht, dass andere Staaten angreifen, können sich die einzelnen AkteurInnen nicht auf andere verlassen. Es entsteht ein „Selbsthilfesystem“. Staaten geben alles um ihre Sicherheit zu maximieren und damit ihre Position zu halten. „The first concern of states is not to maximize power but to maintain their position in the system“.<sup>66</sup> Macht ist dabei nur ein Mittel um das Ziel – Sicherheit – zu erreichen. Für Max Weber bedeutet Macht „(...) jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“.<sup>67</sup> Macht heißt somit, jemandem den eigenen Willen aufzuzwingen. Es kann aber auch als Möglichkeit interpretiert werden, das Verhalten der anderen so zu beeinflussen, dass es mit den eigenen Zielen übereinstimmt.<sup>68</sup> Gelingt es einem Staat, Macht, in welcher Form auch immer, auszuüben, wird das Machtgleichgewicht zerstört und die anderen Staaten sehen sich einer Bedrohung ausgesetzt. Sicherheit ist nur dann gewährleistet, wenn ein Machtgleichgewicht – *balance-of-power* – existiert. Die *balance-of-power-theory* geht davon aus, dass Staaten die zentralen Akteure sind, die wenigstens versuchen ihr Überleben zu sichern und allenfalls universelle Dominanz anstreben. In der Theorie des Selbsthilfesystems sind diejenigen Staaten, die nicht egoistisch oder weniger effektiv als andere handeln, nicht erfolgreich und setzen sich Gefahren aus. AkteurInnen versuchen, diese Konsequenzen zu vermeiden, indem sie ein Machtgleichgewicht herstellen. Das System funktioniert nur so lange Staaten daran teilnehmen. „Obviously the system won't work if all states lose interest in preserving themselves. It will, however, continue to work if some states do, while others do not (...)“.<sup>69</sup> Die konkurrierenden AkteurInnen bemühen sich, ihre Macht auszubauen. Dabei können sie Gewalt anwenden um ihre GegnerInnen zu schwächen und zu zerstören, wodurch für andere die Möglichkeit aus dem Wettbewerbssystem auszusteigen, erschwert wird.

Herrscht im internationalen System ein Machtungleichgewicht, ist das Überleben der Staaten nicht mehr sichergestellt, da ein oder mehrere Staaten anderen gefährlich überlegen sind. Es gilt nun, das Ungleichgewicht auszugleichen. Staaten können entweder im

---

<sup>66</sup> [Waltz:1979] S. 126

<sup>67</sup> Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 38, zitiert nach: Mokken R.J., Stokman F.N. [M/S:1976]: *Power And Influence As Political Phenomena*. In: Barry Brian: *Power And Political Theory. Some European Perspectives*. London u.a.: John Wiley, 1976, S. 34

<sup>68</sup> Vgl. [M/S:1976] S. 36

<sup>69</sup> [Waltz:1979] S. 118

Alleingang aufrüsten oder ein Bündnis eingehen. Dabei geht der Neorealismus davon aus, dass Staaten eher versuchen, durch die Bildung einer Allianz das Gleichgewicht wieder herzustellen, als allein dem überlegenen Staat als Konkurrent gegenüber zu treten. Wird im nächsten Schritt angenommen, dass die Ressourcen um aufzurüsten begrenzt sind und keine Sicherheit gegenüber dem mächtigeren Staat erzielt werden kann, dann folgt, dass sich diese Staaten der schwächeren Seite anschließen, um das Übergewicht der stärkeren Seite auszugleichen.<sup>70</sup>

„In anarchy, security is the highest end. (...) Because power is a means and not an end, states prefer to join the weaker of two coalitions. (...) If states wished to maximize power, they would join the stronger side, and we would not see balances forming but a world hegemony forged. (...) Secondary states, if they are free to choose, flock to the weaker side; for it is the stronger side that threatens them“.<sup>71</sup>

Regionalismus ist in diesem Verständnis eine Antwort auf externe Herausforderungen und Machtungleichgewichte. Durch die regionale Kooperation erhoffen sich Staaten eine Stärkung der eigenen Position im internationalen System. Das bezieht sich sowohl auf eine stärkere Position im regionalen Umfeld als auch auf eine bessere Verhandlungsposition gegenüber anderen regionalen Abkommen und anderen Staaten.

Hegemonialstaaten können bei der Entwicklung von Regionalismus eine bedeutende Rolle einnehmen. Sie versuchen, durch aktive Förderung der regionalen Kooperation ihre Stellung innerhalb der Region abzusichern und eventuell auch ihre Vorherrschaft auszubauen. Auf internationaler Ebene wollen sie ihre Position stärken oder auch eine Gegenmacht zu anderen Staaten und Regionen bilden. Diese Art von Kooperation stellt im Neorealismus von Waltz – neben der Allianzbildung – die zweite Möglichkeit dar eine Kooperation zu bilden. Daneben gibt es in Überarbeitungen des Neorealismus die Politik des *bandwagoning*. Unter bestimmten Voraussetzungen schließen sich schwache Staaten freiwillig stärkeren oder hegemonialen Staaten an. Schwache Staaten erwarten durch die Bindung an einen starken Staat mehr Gewinne als bei einem Zusammenschluss mit mehreren Schwachen.<sup>72</sup>

Die für diese Arbeit relevante Annahme aus dem neorealistischen Ansatz ist diejenige,

---

<sup>70</sup> Vgl. [Waltz:1979] S. 102ff.

<sup>71</sup> [Waltz:1979] S. 126f.

<sup>72</sup> Vgl. Roloff Ralf [Roloff:2001]: Europa, Amerika und Asien zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Das interregionale Konzert und die ökonomische Dimension internationaler Politik. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2001, S. 100ff.

dass Staaten Allianzen bilden, um ein Machtungleichgewicht auszubalancieren. Durch regionale Kooperation soll eine Gegenposition erreicht, sowie die eigene (Verhandlungs-)Position im internationalen System gestärkt werden.

### 1.3.3 Institutionalisation und Integration

Waltz schrieb in seiner *Theory of International Politics*, dass Weltpolitik nicht völlig frei von Institutionen besteht, „(...) world politics, although not formally organized, is not entirely without institutions and orderly procedures“.<sup>73</sup> Der neoliberale Institutionalismus geht davon aus, dass Institutionen Kooperationen erleichtern und die Identitäten der AkteurInnen verändern können.

Keohane, der Begründer des neoliberalen Institutionalismus, unterscheidet zwischen Kooperation und Harmonie. In einem Zustand der Harmonie ist Kooperation nicht notwendig, sie könnte sich sogar schädlich auswirken. Kooperation bedeutet, dass AkteurInnen ihre Handlungen mit denen anderer durch Verhandlungen in Einklang bringen. Dieser Prozess wird oft als *policy coordination* bezeichnet. Mit anderen Worten, „(...) intergovernmental cooperation takes place when the policies actually followed by one government are regarded by its partners as facilitating realization of their own objectives, as the result of process of policy coordination“.<sup>74</sup> Jede Handlung einer Zusammenarbeit beeinflusst das Wissen, die Regeln und Praktiken, die den Kontext für zukünftige Handlungen bilden.

Internationale Institutionen sind „sets of implicit or explicit principles, norms, rules and decision-making procedures around which actors' expectations converge in a given area of international relations“.<sup>75</sup> Normen werden als Verhaltensnormen in Bezug auf Rechte und Pflichten verstanden. Prinzipien oder Grundsätze geben die Absicht wieder, die die Mitglieder verfolgen. Regeln sind detaillierte Rechte und Pflichten und können leichter geändert werden als Normen und Prinzipien. Internationale Institutionen bestehen somit aus den vier Komponenten Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsfindung. Waltz und Keohane gehen beide von einer Anarchie im internationalen System aus. Das

---

<sup>73</sup> [Waltz:1979] S. 114

<sup>74</sup> Keohane Robert O. [Keohane:1984]: *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*. New Jersey, Oxfordshire: Princeton University Press, 1984, S. 51f.

<sup>75</sup> Krasner: *International Regimes*, S. 2, zitiert nach: [Keohane:1984] S. 57

egoistische Selbsthilfesystem und die Souveränität der Staaten – jeder Staat ist für sich selbst und alleine verantwortlich – machen es für Waltz unmöglich Kooperationen einzugehen, es sei denn, es wird versucht, ein Ungleichgewicht auszubalancieren. Auch Keohane sieht dieses Problem, geht aber nicht davon aus, dass Staaten immer gezwungen sind alleine zu handeln. Im Selbsthilfesystem gibt es keine autoritäre globale Institution mit Hilfe derer Konflikte gelöst werden können, bzw. die Schutz bietet. Mögliche zukünftige Probleme und Schwierigkeiten können mehr Angst einflößen als die gegenwärtigen. Um Interessenskonflikte und Risiken zu mindern, versuchen AkteurInnen ihr Verhalten zu koordinieren. Internationale Institutionen sind dann von Selbsthilfe und Eigeninteresse geleitete Organisationen. Sie erleichtern die Zusammenarbeit dezentraler internationaler Systeme und können für Regierungen nützliche Hilfsmittel sein, wenn diese gemeinsame Probleme lösen wollen ohne sich einer supranationalen Kontrolle unterstellen zu wollen. Wenn genügend gemeinsame Interessen existieren und alle Mitglieder einer möglichen Institution von den getroffenen Abkommen profitieren, dann können Institutionen zu Stande kommen.<sup>76</sup> Dabei spielt nicht nur Eigeninteresse eine Rolle, sondern auch die Erwartung positiver Effekte, die von internationaler Kooperation ausgehen können, wie etwa Rechtsverlässlichkeit, Verminderung von Transaktionskosten und existentieller Unsicherheit, Informationsbeschaffung und Behebung kollektiver Defekte.

Internationale Institutionen sind kein Versuch, eine zentrale Autorität in der Weltpolitik zu institutionalisieren. Ihre Rechtsverbindlichkeiten sind nicht so ausgeprägt wie diejenigen innerhalb von Gesellschaften, außerdem werden sie durch die Souveränität der AkteurInnen beeinträchtigt. Ihre Stärke liegt darin, Staaten zu gegenseitigen Gewinnen zu verhelfen. „(...) [T]hey are designed not to implement centralized enforcement of agreements, but rather to establish stable mutual expectations about others' patterns of behavior and to develop working relationship (...)“.<sup>77</sup> So kann besonders in einer Situation von strategischer Interaktion und instabilen Gleichgewichts die Forderung nach einer Institutionen entstehen.<sup>78</sup>

Als rationale AkteurInnen, die entsprechend ihrer Eigeninteressen handeln, erkennen Staaten den Vorteil internationaler Institutionalisierung und versuchen dadurch politisches Marktversagen zu beheben. „Je öfter Staaten in strukturell vergleichbaren

---

<sup>76</sup> Vgl. [Keohane:1984] S. 51ff.

<sup>77</sup> [Keohane:1984] S. 89

<sup>78</sup> Vgl. [Keohane:1984] S. 85ff.

Situationen (settings) interagieren, desto mehr werden sich ihre Verhaltensweisen und -strategien aneinander anpassen“.<sup>79</sup> Internationale Institutionen bieten Information und Verhandlungsgelegenheiten, erleichtern es, die Einhaltung von Regeln zu überwachen und schaffen Erwartungen bezüglich der Solidarität der internationalen Abkommen. Die Internationalisierung der Weltpolitik übt dabei signifikanten Einfluss auf das Verhalten von Staaten aus.<sup>80</sup>

Im heutigen Verständnis, aus neoinstitutionalistischer Perspektive, bezeichnet regionale Kooperation den Versuch, auf staatliche Handlungsunfähigkeit zu reagieren, die aus internationaler Interdependenz und Globalisierung resultiert. Angestoßen durch den Druck den die Globalisierung ausübt, schließen sich Länder zusammen um ihre internationale Position zu stärken bzw. ihre Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen. Der intra-regionale Handel und intra-regionale Kapitalströme bilden zusätzliche Anreize für regionale Zusammenschlüsse.

### **1.3.4 Normen, Identitäten und Interessen**

Alle sozialen Gemeinschaften beruhen auf Verhaltensnormen. Sie stellen Verhaltensrichtlinien dar und tragen zur internationalen Ordnung bei, da sie subversive Handlungen unterbinden, ein Rahmenwerk zur Konfliktbeilegung zur Verfügung stellen und damit das Fundament für Kooperationen und Handlungen mit gegenseitigen Nutzen. Acharya unterscheidet bei den Normen zwischen legal-rationalen und soziokulturellen. In der IB zählen zu den legalen-rationalen Normen die universell gültigen Prinzipien des Westphälischen Systems: Anerkennung der Souveränität, Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten, Nichtgebrauch von Gewalt auf zwischenstaatlicher Ebene und die gewaltfreie Konfliktbeilegung. Diese Normen sind in der UN-Charta verankert, somit alle Organisationen daran gebunden. Soziokulturelle Normen sind gruppen- und regionsspezifisch. Sie reflektieren das historische und kulturelle Milieu der AkteurInnen. Der Konstruktivismus geht nun davon aus, dass diese Normen einerseits das Verhalten von AkteurInnen vorschreiben und regulieren, andererseits aber auch Identitäten definieren

---

<sup>79</sup> [Siedschlag:1997] S. 163

<sup>80</sup> Vgl. Keohane Robert O. [Keohane:1989]: International Institutions and State Power. Essay in International Relations Theory. Boulder, San Francisco, London: Westview Press, 1989, S. 2

und festlegen.<sup>81</sup>

Wendt's Konstruktivismus z.B. teilt mit dem Neorealismus die Analyseebene – die systemische Ebene. Mit dem neoliberalen Institutionalismus hat er gemeinsam, dass Institutionen die Interessen von AkteurInnen beeinflussen können. In seinem Aufsatz *Anarchy is what states make of it* versucht er, eine *via media*, eine vermittelnde Rolle zwischen liberalen und realistischen Theorieansätzen zu finden. Während diese beiden Ansätze davon ausgehen, dass Interessen und Identitäten exogen gegeben sind, betont Wendt, dass sie durch die Interaktion von Struktur und AkteurInnen verändert werden können. Durch Interaktion können Staaten gemeinsame Identitäten und Interessen ausbilden. Wendt's Ausgangspunkt ist die Strukturtheorie. Staaten sind die zentralen Akteure der Analyse, die Strukturen sind intersubjektiv und Identitäten und Interessen der Staaten werden aus den sozialen Strukturen gebildet und sind somit nicht exogen gegeben. Identitäten erfüllen dabei drei wichtige Funktionen:

„(...) [T]hey tell you and others who you are and they tell you who others are. In telling you who you are, identities strongly imply a particular set of interests or preferences with respect to choices of action in particular domains, and with respect to particular actors“.<sup>82</sup>

In Bezug auf die Identitäten von Staaten unterscheidet Wendt zwischen „the corporate and social constitution of state actors, which parallels the distinction between the „I“ and the „me“ in symbolic interactionism“.<sup>83</sup>

Mit *Corporate Identity* werden die eigentlichen, selbst-organisierenden Qualitäten gemeint, die die Individualität der AkteurInnen ausmachen. Für Staaten bedeutet das, dass sie sich in Sicherheit fühlen und stabile Beziehungen im internationalen System gewährleistet haben wollen. Sie wollen von anderen AkteurInnen als solche anerkannt werden und verfolgen das Ziel der Entwicklung. Wie Staaten versuchen, ihre Interessen und Bedürfnisse zu befriedigen, hängt davon ab, wie sie sich selbst in Bezug zu den anderen definieren.

*Social Identity* bezieht sich auf die Bedeutungen die sich einE AkteurIn selbst gibt, während er/sie sich aus Perspektive der/des anderen betrachtet. AkteurInnen können

---

<sup>81</sup> Vgl. Acharya Amitav [Acharya:2001]: *Constructing A Security Community in Southeast Asia. ASEAN And The Problem Of Regional Order*. London: Routledge, 2001, S. 24

<sup>82</sup> Hopf: *The Promise Of Constructivism*. In: *International Relations Theory*, S. 175, zitiert nach: [Acharya:2001] S. 27

<sup>83</sup> [Wendt:1994] S. 385

mehrere soziale Identitäten besitzen und haben sowohl individuelle als auch sozial strukturelle Eigenschaften. Dadurch stellen sie die Hauptverbindung in der gegenseitigen Konstitution von AkteurInnen und Strukturen dar. Durch diese Interaktion können sich Interessen der Staaten ändern. Ob Staaten bereit sind, gemeinsam zu handeln und zu kooperieren hängt davon ab, ob ihre sozialen Identitäten Eigeninteressen oder gemeinsame Interessen generieren. „(...) Self-interest and collective interest [are] effects of the extent to which and manner in which social identities involve an *identification* with the fate of the other (...)“.<sup>84</sup> Fällt die Identifikation mit den anderen negativ aus, werden Interessen vorwiegend eigennützig und ohne Beachtung anderer formuliert. Ein anschauliches Beispiel dazu stellen Allianzen dar. Sie sind zeitlich begrenzte Koalitionen eigennütziger Staaten. Im Gegensatz dazu stehen gemeinsame Sicherheitssysteme, in denen durch gemeinsame Identität eine Basis geschaffen wird, auf der gemeinsame Verhaltensprinzipien festgelegt werden können, welche wiederum in Normen ausgedrückt werden.<sup>85</sup>

---

<sup>84</sup> [Wendt:1994] S. 386

<sup>85</sup> Vgl. [Wendt:1994] S. 385ff.



# Kapitel 2

## ASEAN und Mercosur

In diesem Abschnitt werden die südostasiatische Gemeinschaft und der Gemeinsame Markt des Südens kurz vorgestellt, als Vorbereitung auf Kapitel 3 und als Verständnisgrundlage für die Auswertung des Vergleichs.

### 2.1 ASEAN

#### 2.1.1 Rahmenbedingungen

Südostasien ist derjenige Teil Asiens, der sich östlich von Indien und südlich von China befindet. Der Begriff selber wurde bereits Anfang des 20. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum verwendet, setzte sich aber erst während des Zweiten Weltkrieges durch. Der Raum umfasst heute die Länder Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand, Timor-Leste (ehem. Osttimor) und Vietnam. Mit Ausnahme von Timor-Leste gehören alle Staaten der ASEAN an.



Abbildung 2.1: Südostasien

Südostasien ist durch Vielfalt und Unterschiedlichkeit gekennzeichnet. Indonesien, flächenmäßig das größte Mitgliedsland mit ca. 1.919 000  $km^2$  steht Singapur mit nur ca. 692  $km^2$  gegenüber. Bevölkerungsmäßig liegt ebenfalls Indonesien mit 238 Millionen Einwohner an erster Stelle. Brunei steht an letzter Stelle mit nur 381 000 Einwohner.

Mitgliedsland	Fläche in $km^2$	Bevölkerung	Bev.wachstum in Prozent
Brunei	5.770	381.371	1,785
Indonesien	1.919.440	237.512.355	1,175
Kambodscha	181.040	14.241.640	1,752
Laos	236.800	6.677.534	2,344
Malaysia	329.750	25.274.133	1,742
Myanmar	678.500	47.758.181	0,8
Philippinen	300.000	92.681.453	1,728
Singapur	692,7	4.608.167	1,135
Thailand	514.000	65.493.298	0,64
Vietnam	329.560	86.116.559	0,99

Tabelle 1: Quelle: CIA World Factbook, 2008

Die Bedeutung der enormen Flächen- und Bevölkerungsunterschiede spiegelt sich im politischen Einfluss innerhalb der südostasiatischen Gemeinschaft. So gilt Indonesien, das bevölkerungs- und flächenmäßig größte Land, als der offizielle Führer der ASEAN.

Unterschiede zwischen den Ländern bestehen auch zwischen den jeweiligen politischen Systemen. In Myanmar herrscht eine Militärjunta, Brunei ist ein konstitutionelles Sultanat, Indonesien und die Philippinen sind Republiken, Kambodscha weist eine Mehrparteiendemokratie unter konstitutioneller Monarchie auf, Laos und Vietnam sind kommunistische Staaten, Singapur ist eine parlamentarische Republik und in Malaysia und Thailand herrscht eine konstitutionelle Monarchie.<sup>1</sup> Die offiziellen Regierungssysteme dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei den meisten Ländern immer noch um autoritäre oder semiautoritäre Regierungsformen handelt. Um das Wirtschaftswachstum und die Stabilität in der Region nicht zu gefährden, werden die formaldemokratischen Verfassungskonstruktionen weitgehend nicht beachtet, resp. eingehalten. Die Länder des Westens sehen darin kein Hindernis für wirtschaftliche Verträge und Abkommen. Die (semi)autoritären Regime gelten in den meisten Ländern Südostasiens als Garant für den wirtschaftlichen Aufstieg. Die staatstragenden Eliten versuchen durch Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung diese zu beschwichtigen, wodurch es im Gegensatz zu den lateinamerikanischen Ländern seltener zu Protestbewegungen von Seiten der Bevölkerung kommt. Die Bildung einer Opposition wird dadurch erschwert, dass die strikten Regimestrukturen jegliche Mobilität und Partizipation der Gesellschaft verhindern und ein Großteil der Bevölkerung noch immer auf den staatlich vorgegebenen Entwicklungsweg vertraut. Zu einem Wandel kam es zu Beginn der 90er Jahre, ausgelöst durch das relativ hohe Entwicklungsniveau. Die neu entstandenen, gebildeten Mittelschichten nehmen die autoritären Strukturen nicht mehr widerspruchlos hin. Von der politischen Elite werden solche Protestbewegungen als Gefahr für die Stabilität und die Entwicklung der Region und somit der ASEAN eingestuft. „Paradoxerweise könnte aber gerade eine umfassende Überwindung der Autokratie in Südostasien einen Integrationsschub in der Region auslösen“<sup>2</sup>, da durch die Beteiligung gesellschaftlicher AkteurInnen an der staatlichen Willensbildung die transnationale Kooperation erleichtert und intensiviert werden könnte.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. [World Factbook] <https://www.cia.gov>

<sup>2</sup> [Dosch:1997] S. 119

<sup>3</sup> Vgl. [Dosch:1997] S. 116ff.

Gemeinsam ist den südostasiatischen Ländern die Übernahme von bzw. die Anlehnung an westliche Werte. Dabei geht es jedoch weniger um die Übertragung von Staats- und Gesellschaftskonzepten, sondern von westlichen Modernisierungsprogrammen erhoffen sich die Länder weiteres Wirtschaftswachstum. Ökonomisch betrachtet haben sich die meisten Länder von der Asienkrise 1997 wieder erholt und können teilweise wieder steigende Wachstumsraten verzeichnen. Der Großteil der Bevölkerung bekommt davon aber wenig zu spüren. Neben Hunger und Armut gehören Verletzung der Meinungsfreiheit und der Bürgerrechte zum Alltag.

Die religiöse Vielfalt Südasiens entspricht der politischen. Es gibt AnhängerInnen aller großen Weltreligionen. Die indonesische Insel Bali „gilt heute allgemein als die letzte hinduistische Enklave Südasiens“. <sup>4</sup> Im restlichen Indonesien überwiegt der Islam, wie in Malaysia und in Brunei. Brunei ist damit das letzte unabhängige islamische Sultanat in der Region. Der Buddhismus ist in Kambodscha, Laos, Myanmar, Thailand, Singapur und Vietnam die Hauptreligion. Auf den Philippinen, die während der Kolonialzeit zu Spanien gehörten, ist die Mehrheit der Bevölkerung katholisch. <sup>5</sup>

### 2.1.2 Entstehung

Die *Association of Southeast Asian Nations* wurde 1967 gegründet. Gründungsmitglieder waren Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand. 1984 trat Brunei bei, 1995 Vietnam, 1997 Myanmar und Laos, Kambodscha 1999.

Laos, Kambodscha, Myanmar und Vietnam wurden vor ihrem Beitritt wiederholt eingeladen, an den jährlichen Treffen der AußenministerInnen teilzunehmen, aber bis in die 1990er Jahre hatte keines dieser Länder die Absicht eine Mitgliedschaft zu beantragen. <sup>6</sup>

Die Gründung der ASEAN war bereits der dritte Versuch, eine regionale Organisation einzurichten. Die in den 1960er Jahren geschaffene Association of South East Asia (ASA) und die Malphilindo (Gemeinschaft aus Malaysia, den Philippinen und Indonesien) hielten den starken innerregionalen Spannungen nicht stand und wurden wieder

---

<sup>4</sup> Dahm Bernhard, Ptak Roderich (Hrsg.): Südasiens-Handbuch. Geschichte, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. München: Verlag C.H.Beck, 1999, S. 403

<sup>5</sup> Vgl. [Dahm/Ptak:1999] S. 404ff. und vgl. [World Factbook] <https://www.cia.gov>

<sup>6</sup> Vgl. Lau Teik Soon [Lau:1990]: ASEAN Diplomacy: National Interest and Regionalism. In: Journal of Asian and African Studies XXXV, 1 - 2, 1990, S. 114

aufgelöst. Daher wurde auch die Formierung der ASEAN mit großer Skepsis betrachtet. „Von einer „Gemeinschaft der Ungleichen“ war die Rede – mit Blick auf Landesgröße, Bevölkerung, Wirtschaftskraft und Kultur (...).“<sup>7</sup> Der Gründungszeitpunkt der ASEAN fiel genau in den Höhepunkt des Vietnamkriegs und somit des Ost-West-Konflikts und in die Zeit der Konsolidierung Indonesiens nach Suhartos Putsch.<sup>8</sup> Die *Domino-Theorie* war zu diesem Zeitpunkt in Südostasien ein großes Schlagwort. Die Länder fürchteten, dass nach dem Fall Indochinas der Kommunismus ausgreifen und Staat für Staat kommunistisch werden würde.<sup>9</sup> Daher „betrachteten die autoritär geführten und westlich orientierten Staaten die Schaffung eines Bündnisses als besonders dringlich“.<sup>10</sup>

Der ASEAN liegen zumindest zu Beginn ihres Bestehens primär anti-kommunistische Motive zu Grunde. Ende der 1960er Jahre stand Südostasien im Spannungsfeld zwischen den USA, der ehemaligen Sowjetunion und China. Es bestand die Gefahr in einen langwierigen und kostspieligen Konflikt zwischen Ost und West hineingezogen zu werden. Mit der Gründung der ASEAN, die eine vorsichtig pro-amerikanische Haltung einnahm, konnte die Bedrohung abgemildert und ein Gegenblock zu den kommunistischen Staaten gebildet werden.

„The five original members of ASEAN shared a common vulnerability to internal threats aggravated by external powers taking advantage of a conflict-ridden regional environment. Regional partnership through the creation of ASEAN was intended to control conflict, facilitate management of fragile post-colonial political systems and mitigate the sense of vulnerability“.<sup>11</sup>

Das Gründungsdokument der ASEAN wurde am 8. August 1967 von den fünf Mitgliedern in Bangkok unterzeichnet. Die offiziellen Ziele waren ökonomisches Wachstum,

---

<sup>7</sup> Rüländ Jürgen [Rüländ:1995]: Die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (ASEAN): Vom Anti-kommunismus zum regionalen Ordnungsfaktor. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13 - 14/95, 24. März 1995, S. 4

<sup>8</sup> Indonesiens erster Präsident, Sukarno, regierte von 1945 bis 1967. Sein Wunsch war Indonesiens Vormachtstellung in der Region. Seine sture Haltung gegenüber Malaysia, bekannt als *Konfrontasi*, führte zu Spannungen mit externen AkteurInnen und zu Unruhen im eigenen Land. 1965 kam es zu einem Putsch der fehlschlug. 1967 musste Sukarno dennoch seine Macht abtreten und General Suharto wurde neuer Präsident. Vgl. dazu: [Lau:1990] S. 115f.

<sup>9</sup> Vgl. [Rüländ:1995] S. 3f.

<sup>10</sup> Nabers Dirk, Ufen Andreas [Nabers/Ufen:2004]: Der neue asiatische Regionalismus. In: ASIEN, Nr. 90, 2004, S. 39

<sup>11</sup> Leifer: ASEAN and the Security of Southeast Asia, S. 1, zitiert nach: Batabyal Anindya [Batabyal:2004]: ASEAN's Quest for Security: A Theoretical Explanation. In: International Studies 41, 4, 2004, S. 352

sozialer Fortschritt, kulturelle Entwicklung und Förderung der Stabilität und des Friedens.<sup>12</sup>

### 2.1.3 Organisationsstruktur

Die ursprünglich sehr kleine Organisationsstruktur der ASEAN wurde auf dem Singapur-Gipfel 1992 erheblich ausgeweitet. Ein wichtiger Beschluss stellte die Aufwertung des Generalsekretariats dar. Die Amtszeit der Generalsekretärin oder des Generalsekretärs wurde auf fünf Jahre verlängert und ihm/ihr wurde das Recht zuteil, eigene Initiativen zu ergreifen und Ratschläge zu geben. Er/Sie hat die Koordination und Implementierung der ASEAN-Aktivitäten inne und repräsentiert die Gemeinschaft nach außen, indem er/sie Gespräche mit anderen internationalen Organisationen führt. Die Anzahl der MitarbeiterInnen im Sekretariat wurde erhöht, dabei wurden KarrierediplomatInnen von Fachleuten ersetzt, was die Kompetenz des Sekretariats bedeutend steigerte.<sup>13</sup> Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs wurde institutionalisiert und sollte von da an alle drei Jahre stattfinden, neben der Möglichkeit zwischenzeitlicher informeller Treffen.

Eine supranationale Institution wurde bis heute noch nicht eingerichtet. Die ASEAN-Mitglieder sind noch nicht bereit einen Souveränitätsverlust zu Gunsten besserer Koordination und stärkeren Position nach außen in Kauf zu nehmen. Das erschwert den Ländern, etwa bei GATT-Runden, gemeinsam zu verhandeln und gemeinsam aufzutreten.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Vgl. The ASEAN Declaration. <http://www.aseansec.org>

<sup>13</sup> Vgl. [Rosenbusch:2003] S. 48f.

<sup>14</sup> Vgl. [Rosenbusch:2003] S. 49 und vgl. ASEAN Annual Report 1992 – 1993. <http://www.asean.org>

Gegenwärtig sieht die Struktur der ASEAN wie folgt aus:

## ILLUSTRATIVE ASEAN ORGANIZATIONAL STRUCTURE



Abbildung 2.2: Organisationsstruktur

AEM	ASEAN Economic Ministers
AMM	ASEAN Ministerial Meeting
AFMM	ASEAN Finance Ministers Meeting
SEOM	Senior Economic Officials Meeting
ASC	ASEAN Standing Committee
SOM	Senior Officials Meeting
ASFOM	ASEAN Senior Finance Officials Meeting

### 2.1.4 Entwicklungsprozess

#### *Gründungsphase*

In den ersten Jahren nach der Gründung der ASEAN waren innerregionale Konflikte keine Ausnahme. Singapur und Brunei befürchteten Eingriffe in ihre innenpolitischen

Angelegenheiten seitens der restlichen Mitgliedsstaaten. Besonders Malaysia und Indonesien stellten die größte Bedrohung für die Gemeinschaft dar, da sie immer wieder versuchten sich einzumischen. Es ist daher nicht erstaunlich, dass die zwei kleinsten ASEAN-Staaten – Brunei und Singapur – daran interessiert waren, die langjährige enge Beziehung zueinander zu erhalten. Aus diesem Grund verabschiedeten sie ein gegenseitiges Verteidigungs-Abkommen, das es den beiden Staaten erlaubt, im jeweils anderen Land Trainingsstationen für die eigenen Streitkräfte zu unterhalten. Die Gleichwertigkeit aller Mitglieder und das Prinzip des Nichteinmischens, wie es im Gründungsdokument steht, wurden nicht immer ganz ernst genommen.<sup>15</sup> „Thus, although ASEAN regionalism is based on the theoretical assumption of the equality of states, in practice, the larger ASEAN states have come to exert greater influence over the regional organization“.<sup>16</sup>

#### *Phase der Konsolidierung*

Während in der ersten Phase der ASEAN gemeinsame (sicherheitspolitische) Strategien weitgehend hintangestellt wurden, versuchten die Mitgliedsstaaten der ASEAN in der zweiten Phase (ab Mitte der 70er Jahre) gemeinsam regionalen und internationalen Problemen zu begegnen. Der Ausdruck *national und regional resilience* steht für dieses Vorhaben. „Auf eine Kurzformel gebracht bedeuten diese Begriffe, daß die Erhaltung und Förderung einzelstaatlicher Entwicklung und Stabilität (= national resilience) mit Hilfe einer pragmatischen intergouvernementalen regionalen Zusammenarbeit abgesichert werden soll (= regional resilience)“.<sup>17</sup> Dazu ist es nicht nötig Teile der nationalen Souveränität an eine höhere Instanz abzugeben.

Dass die ASEAN aber dennoch an weiterer Integration interessiert war, zeigt das Vertragswerk das auf dem Gipfeltreffen in Bali 1976 unterzeichnet wurde. Es besteht aus drei wichtigen Dokumenten, der *Declaration of ASEAN Concord*, dem *Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia* (TAC) und dem *Agreement for the Establishment of the ASEAN Secretariat*.

In ökonomischer Hinsicht blieb die Kooperation – trotz der in der Bali Deklaration festgeschriebenen Maßnahmen – eher gering. Zur Förderung der Zusammenarbeit wurden

---

<sup>15</sup> Vgl. [Lau:1990] S. 116f.

<sup>16</sup> [Lau:1990] S. 117

<sup>17</sup> Klein Susanne Nicolette, Dreis Barbara [Klein/Dreis:1993]: Regionalismus und Kooperation im Südostasien der ASEAN. In: Mols Manfred u.a.: Regionalismus und Kooperation in Lateinamerika und Südostasien. Ein politikwissenschaftlicher Vergleich. Politikwissenschaftliche Perspektiven Bd. 7. Münster, Hamburg: Lit, 1993, S. 98

drei Hauptmaßnahmen genannt: Preferential Trading Arrangement (PTA), Joint Industrial Venture (JIV) und ökonomische Beziehungen mit freien Marktwirtschaften (USA, Japan, EG, Australien, Neuseeland und Kanada).

Mitte der 80er Jahre wurde durch den Amtsantritt Michail Gorbatschows eine globale Entspannungsphase eingeleitet. Mit dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion verbesserten sich die Verhältnisse in Indochina. Die *Jarkata Informal Meetings*, in denen die ASEAN eine vermittelnde Rolle einnahm, trugen dazu bei, dass vietnamesische Truppen aus Kambodscha abzogen und 1991 in Paris den Friedensakkord schlossen.<sup>18</sup> Gleichzeitig artikuliert sich innerhalb der ASEAN der Wunsch nach Weiterentwicklung. Trotz der Reformbereitschaft schaffte die südostasiatische Gemeinschaft jedoch keine wesentlichen Neuerungen. Im wirtschaftlichen Bereich einigten sich die Mitglieder, die PTA zu erweitern. Diese reichten aber nicht aus um den innerregionalen Handel zu steigern.<sup>19</sup> Dass seit Ende der 60er Jahren diese Länder wirtschaftlich im Aufschwung waren, lag nicht an der ökonomischen Kooperation. Vielmehr waren es nationale Eigenanstrengungen, die die Wirtschaft antrieben. Das verwundert nicht angesichts der sehr heterogenen Volkswirtschaften, außerdem erwiesen sich die Programme zur wirtschaftlichen Kooperation als nicht tragfähig.<sup>20</sup>

In den 90er Jahren durchlief die ASEAN einen Wandel, der sich vor allem in Form von zunehmender Institutionalisierung zeigte. Die Gemeinschaft bemühte sich, ihre Integration und Kooperation zu intensivieren. Wenn zunächst externe Bedrohungen und der strukturelle Wandel der Weltwirtschaft als ausschlaggebend für den Wandel erschienen, so lassen bestimmte Aspekte die Annahme zu, dass vielmehr Wohlstandsgewinne im Vordergrund standen. Bestätigt wird dieses Argument durch das Bemühen der Gemeinschaft in den 90er Jahren, ihre wirtschaftliche Kooperation zu verstärken. In der Singapur Deklaration 1992 erklärten die ASEAN-Regierungschefs den wirtschaftlichen Integrationsprozess zu beschleunigen, um Wachstum und Wohlstand zu sichern.

#### *Finanzkrise und Stagnation*

Bis Ende der 90er Jahre galt Asien als das Wirtschaftswunder Nummer 1. Die wirtschaftliche Lage der ASEAN-Staaten hatte sich verbessert, wenn auch nicht allein der

---

<sup>18</sup> Vgl. [Rüland:1995] S. 4

<sup>19</sup> Vgl. [Klein/Dreis:1993] S. 104

<sup>20</sup> Vgl. [Rüland:1995] S. 4f.

Kooperation wegen, sondern eher durch nationale Anstrengungen. Die ASEAN-Staaten bemühten sich, die Integration auf einen neuen Level zu heben. Durch weitere Institutionalisierung sollte die ökonomische und sicherheitspolitische Kooperation intensiviert werden. Dazu wurden die ASEAN-Freihandelszone (AFTA) und das ASEAN Regionalforum (ARF) eingerichtet. Das ARF dient dazu, mit DialogpartnerInnen auch über sicherheitspolitische Fragen diskutieren zu können und ist „die wichtigste multilaterale, sicherheitspolitische Institution im asiatisch-pazifischen Raum“.<sup>21</sup>

Mit der Einrichtung einer südostasiatischen atomwaffenfreien Zone (SEANWFZ) 1995 wurde die sicherheitspolitische und ökonomische Kooperation weiter vertieft<sup>22</sup> Das änderte sich schlagartig mit der Finanzkrise, die im Juli 1997 über Asien hereinbrach. Innerhalb weniger Monate wurde die Wirtschaft in Thailand, Malaysia und besonders in Indonesien um Jahre zurückgeworfen. Die Währungen verloren bis zu 80 Prozent ihres Wertes. Unternehmen gingen Bankrott, die Arbeitslosigkeit stieg und die Massenarmut nahm zu. Erschwerend zu den Finanzproblemen kam in Indonesien und Malaysia eine politische Krise hinzu. Mit der Krise und den Reaktionen der betroffenen Länder auf diese Krise verlor die gesamte Region international an Ansehen und der asiatische Regionalismus stand vor einer großen Herausforderung, die er – laut Rüländ – nicht bestand.

„Die Wirren der Krise wurden zum Testfall für den asiatischen Regionalismus. Er bestand diese Bewährungsprobe nicht. Die Virulenz der Krise brachte die ASEAN an den Rand des Zerfalls, während die trans- und subregionalen Kooperationsstrukturen in einen Zustand der Lähmung verfielen“.<sup>23</sup>

### *Neue Integrationsdynamik*

Nach der Asienkrise wurde die Gemeinschaft, auf Grund ihres Unvermögens angemessen auf die Krise zu reagieren, sowohl von außen als auch von den Mitgliedern hinterfragt. Auf dem ASEAN-Gipfel 1998 in Hanoi versuchte sie den Schaden zu begrenzen. Allerdings wurde das Treffen von internen Interessenskonflikten überschattet.

Obwohl die Beschlüsse auf dem Hanoi-Gipfel eher bescheiden ausfielen, ist doch erkennbar, dass der Integrationsprozess neuen Antrieb erhielt. Auf dem dritten informellen

---

<sup>21</sup> [Nabers/Ufen:2004] S. 45

<sup>22</sup> Vgl. Bangkok Summit Declaration of 1995. <http://www.asean.org>

<sup>23</sup> Rüländ Jürgen [Rüländ: 2002]: Regionalismus in Asien – Quo Vadis? In: Birle Peter u.a. (Hrsg.): Globalisierung und Regionalismus. Bewährungsproben für Staat und Demokratie in Asien und Lateinamerika. Opladen: Leske + Budrich, 2002, S. 145

Gipfel in Manila 1999 nahmen erstmals Außen-, Wirtschafts- und FinanzministerInnen gemeinsam teil. Durch das Treffen sollte vor allem eine gemeinsame Position bezüglich transregionaler und globaler Verhandlungsforen gefunden werden. Dieser Gipfel zeugt – gemeinsam mit der Etablierung der ASEAN + 3 und der *Declaration of ASEAN Concord II* – von einer Verstärkung der Institutionalisierung.

### 2.1.5 Aktuelle Entwicklungen

Nach der Jahrtausendwende und nach dem sich die Mitglieder mehr oder weniger von der Asienkrise erholt hatten, waren sie einig, die Integration der Gemeinschaft zu fördern. Dazu wurde ein neues Konzept für die ASEAN entworfen. Seit dem basiert die sie auf den drei Säulen: ASEAN Security Community (ASC), ASEAN Economic Community (AEC) und ASEAN Social and Cultural Community (ASCC).<sup>24</sup>

Spätestens seit dem Bali-Gipfel 2003 zeigt sich für Nabers und Ufen, dass sich die ASEAN, die sich zunächst aus anti-kommunistischen Gründen und dem Versuch ein Machtgleichgewicht herzustellen, formierte, „zu einer hochgradig institutionalisierten, umfassend kooperierenden Organisation entwickelt[e]“. <sup>25</sup> Es bestimmen nicht ausschließlich rationale, nationalstaatliche Eigeninteressen die Politik, sondern durch die institutionalisierte Kooperation, in der die Staaten mehr und mehr bereit waren ihre nationale Politiken aufeinander abzustimmen, identifizierten sich die Mitglieder miteinander. Es entstand eine gemeinsame Identität mit gemeinsamen Interessen und Normen. Am besten kommt dies in der im November 2007 in Singapur beschlossenen ASEAN Charter zum Ausdruck.<sup>26</sup>

### 2.1.6 Zusammenfassung

Die ASEAN wurde 1967 von den fünf Ländern Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand ins Leben gerufen. Brunei trat 1984 bei, 1995 folgte Vietnam, zwei Jahre später Myanmar und Laos. Als letztes Mitglied trat Kambodscha 1999 bei.

---

<sup>24</sup> Vgl. Declaration of ASEAN Concord II. <http://www.asean.org>

<sup>25</sup> [Nabers/Ufen:2004] S. 49

<sup>26</sup> Siehe Kapitel 4.4

In den ersten Jahren kam es zwischen den Mitgliedern immer wieder zu Konflikten, worunter der Integrationsprozess litt. Ende der 70er Jahre versuchte die Gemeinschaft ihre Kooperation zu stärken, was ihr aber sowohl in sicherheitspolitischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht nur in geringem Ausmaß gelang. Eine Wende stellten die 1990er dar. Mit der Freihandelszone und der Einrichtung des ARF gelang es der ASEAN die Integration voranzutreiben und die Beziehungen untereinander zu verbessern. Außerdem wurde die minimale Organisationsstruktur ausgeweitet. Einen Rückschlag erfuhr diese Entwicklung durch die Asienkrise. Obwohl diese die Gemeinschaft beinahe zerbrechen ließ, bekam der Integrationsprozess nach der Krise neuen Antrieb. Seit dem basiert die ASEAN auf den drei Säulen ASC, AEC und ASCC.

## 2.2 Mercosur

### 2.2.1 Rahmenbedingungen

Lange Zeit wurde Lateinamerika als *Extrême Occident* bezeichnet, als eine westliche Verlängerung Europas. Auf keinem anderen Kontinent dauerte die Kolonialzeit so lange an – Beginn 1992 – wie in Lateinamerika. Lateinamerika kann also auf eine lange Beziehung mit dem Westen zurückblicken. Das zeigt sich in der Bevölkerung, dem Staatsaufbau oder den Entwicklungsvorstellungen.

Schon früh wurde versucht, den Kontinent zu vereinen und ein Gegengewicht zu den USA herzustellen. Dabei wurden gemeinsame Elemente hervorgehoben. Trotzdem lassen sich die vielfältigen Unterschiede nicht verbergen. Etwa die unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung, politische Kulturen, uneinheitliche Prozesse der Demokratisierung und zunehmender religiöser Pluralismus.<sup>27</sup>

Der Mercosur bzw. Mercosul (portugiesisch) umfasst die südamerikanischen Länder Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Venezuela hat 2006 seinen Beitritt zwar unterzeichnet, offiziell ist es aber noch nicht aufgenommen.

Brasilien ist mit Abstand das flächen- und bevölkerungsmäßig größte Land. Mit rund 8,5 Millionen  $km^2$  steht es an erster Stelle, Uruguay mißt lediglich rund 180.000  $km^2$ . Ebenso

---

<sup>27</sup> Vgl. [Werz:2005] S. 21ff.



Abbildung 2.3: Südamerika

wie Indonesien in der ASEAN nimmt Brasilien die unangefochtene Führungsposition im Mercosur ein.

Mitgliedsland	Fläche in $km^2$	Bevölkerung	Bev.wachstum in Prozent
Argentinien	2.766.890	40.677.348	0.917
Brasilien	8.511.965	191.908.598	0.98
Paraguay	406.750	6.831.306	2.39
Uruguay	176.220	3,477.778	0.486
Venezuela	912.050	26.414.815	1.498

Tabelle 3: Quelle: CIA World Factbook, 2008

Die 80er Jahre markieren eine Periode der Krisen der Diktaturen und der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Damit wurde eine Re-Demokratisierung eingeleitet, die aber von Land zu Land unterschiedlich verlief. In Argentinien verlor das Militärregime nach dem verlorenen Falkland-Krieg in der Gesellschaft sein Ansehen. Die demokratische Wende wurde dadurch eingeleitet. In Uruguay wurde die Transition von harten Verhandlungen zwischen den Militärs und den Parteien der Opposition dominiert. Dabei konnten die

Streitkräfte juristische Straffreiheit für ihre Verbrechen durchsetzen. In Paraguay wurde das Stroessner-Regime 1989 gestürzt. In Brasilien fiel das Regime ein Jahr später. Nach Chile dauerte dort der Übergang zur Demokratie am längsten. Heute werden mit Ausnahme Kubas alle lateinamerikanischen Länder von demokratisch gewählten PräsidentInnen regiert. Argentinien ist eine Republik, Brasilien und Venezuela sind föderalistische Republiken, Paraguay und Uruguay konstitutionelle Republiken.<sup>28</sup> Das sollte jedoch nicht die Illusion erzeugen, dass die Ex-Militärs keine Macht mehr hätten. In Venezuela wurde Hugo Chávez in freien Wahlen zum Präsidenten gewählt und treibt dennoch eine Militarisierung des politischen Systems voran.<sup>29</sup>

### 2.2.2 Entstehung

Die Gründung des Mercosur fällt genau in die Zeit des *Neuen Regionalismus*. Nicht nur weil die Gemeinschaft 1991 in Kraft trat, sondern weil sie auch das Konzept und die Ziele des *Neuen Regionalismus* verfolgt. Der Gemeinsame Markt des Südens grenzt sich damit von älteren lateinamerikanischen Kooperationsprojekten ab, deren Strategie vor allem auf importsubstituierender Industrialisierung (ISI) basierte.

Zwischen 1985 und 1990 schlossen Argentinien und Brasilien sechs bilaterale Abkommen, die inhaltlich und methodisch die Grundlage für die Gründung des Mercosur bildeten. Uruguay nahm zunächst nicht aktiv an der Annäherung zwischen den beiden Großmächten teil, war aber durch bilaterale Abkommen mit ihnen verbunden. Paraguay wurde wegen der 36 Jahre andauernden und 1989 beendeten Stroessner-Diktatur erst später in den Integrationsprozess miteinbezogen. Aber auch auf Grund der Größenunterschiede - Argentinien und Brasilien sind die größten, Paraguay und Uruguay die kleinsten Staaten Südamerikas – hatten letztere wirtschaftlich und politisch kaum Einfluss.<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> Vgl. Puhle Hans-Jürgen [Puhle:2007]: Zwischen Diktatur und Demokratie. Stufen der politischen Entwicklung in Lateinamerika im 20. Jahrhundert. In: Bernecker Walther L. u.a. (Hrsg.): Lateinamerika 1870 – 2000. Geschichte und Gesellschaft. Wien: Promedia, 2007, S. 26f.

<sup>29</sup> Vgl. [Werz:2005] S. 205

<sup>30</sup> Vgl. Wehner Ulrich [Wehner:1999]: Der Mercosur. Rechtsfragen und Funktionsfähigkeit eines neuartigen Integrationsprojektes und die Erfolgsaussichten der interregionalen Kooperation mit der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1999, S. 48ff.

Am 26. März 1991 unterzeichneten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay den Vertrag von Asunción, der das Fundament des Mercosur bildet.<sup>31</sup>

„Blickt man auf die Entstehungsgeschichte des Mercosur zurück, war er das Ergebnis eines Paradigmenwechsels in der Region zugunsten von Demokratie und liberaler Marktwirtschaft nach einer langen Phase des Autoritarismus und der Importsubstitution. Motiviert wurde das Integrationsvorhaben auf regionaler Ebene einerseits durch die Überzeugung der Mitgliedsstaaten, dass Integration demokratiestabilisierend und wohlstandsfördernd wirke, und andererseits durch die Überwindung der traditionellen Rivalitäten zwischen Argentinien und Brasilien. Im internationalen Kontext entstand das Projekt als südliche Alternative zur Freihandelsinitiative seitens der USA angesichts der Gefahr einer „Vereinnahmung“ durch Nordamerika.“<sup>32</sup>

Der Vertrag von Asunción schrieb die Bildung eines Gemeinsamen Marktes bis Ende 1994 vor, mit freiem Dienstleistungs- und Warenverkehr und der Errichtung eines gemeinsamen Außenzolls.

Rein rechtlich gesehen trat der Gemeinsame Markt erst am 17. Dezember 1994 in Kraft, als das Protokoll von Ouro Preto unterzeichnet wurde. Es stellt für den Mercosur die wichtigste Rechtsquelle dar. Dadurch bekam der Gemeinsame Markt innerhalb des internationalen Rechts eine Rechtspersönlichkeit, wodurch er befähigt ist mit Drittstaaten, Staatenblöcken und internationalen Organisationen in eigenem Namen zu verhandeln.<sup>33</sup>

### 2.2.3 Organisationsstruktur

Grundsätzlich wurde die Organisationsstruktur schon im Vertrag von Asunción rudimentär festgelegt. Im Protokoll von Ouro Preto wurde die Struktur ausgebaut und der institutionelle Rahmen des Mercosur festgelegt. Laut dem Vertrag von Asunción besteht der Gemeinsame Markt aus dem *Consejo Mercado Común* (Rat des Gemeinsamen Marktes – CMC) und der *Grupo Mercado Común* (Gruppe des Gemeinsamen Marktes – GMC). Der CMC ist das oberste Organ des Mercosur und ist für die politische

---

<sup>31</sup> Vgl. [Wehner:1999] S. 63

<sup>32</sup> Gratius Susanne (in Zusammenarbeit mit Horacio Coronado)[Gratius:2001]: Zehn Jahre Mercosur: Der Anfang vom Ende der Erfolgsgeschichte? In: Brennpunkt Lateinamerika. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft. Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg, Nr. 4, März 2001.S. 42f.

<sup>33</sup> Vgl. Cristini Marcela [Cristini:2003]: Mercosur – Europäische Union. Grundlagen und Perspektiven der Verhandlungen. In: Europa América Latina: Analysen und Berichte, Nr. 12. Rio de Janeiro: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2003, S. 12. <http://www.weltpolitik.net>

Leitung sowie für Entscheidungen zuständig, die das Erreichen und Funktionieren des Gemeinsamen Marktes betreffen. Er besteht aus den Außen- und WirtschaftsministerInnen der Mitgliedsländer und trifft sich so oft wie nötig, aber mindestens einmal im Jahr, wobei auch die Staats- und Regierungsoberhäupter teilnehmen müssen. Der GMC ist das Exekutivorgan und besteht aus den AußenministerInnen. Seine vier Aufgaben sind: die Einhaltung des Vertrages zu überwachen; die nötigen Entschlüsse zu fassen um die Entscheidungen des CMC umsetzen zu können; die notwendigen Maßnahmen zu treffen bzgl. des Programms zur Wirtschaftsliberalisierung, der Koordination der makroökonomischen Politiken und den Verhandlungen mit Drittstaaten; sowie das Arbeitsprogramm vorzugeben um das Ziel eines Gemeinsamen Marktes zu erreichen. Um seiner Aufgabe gerecht zu werden, kann der GMC Subgruppen einsetzen. Zusätzlich steht der Gruppe ein Sekretariat zu Verfügung.<sup>34</sup>

Bezüglich der Streitschlichtung zwischen VertragspartnerInnen im Fall von Konflikten wurde im Vertrag nur festgehalten, dass diese durch Verhandlungen gelöst werden sollen. Wenn dadurch keine Einigung erzielt werden kann, wird das Problem der Gruppe des Gemeinsamen Marktes vorgelegt.<sup>35</sup> Mit dem Zusatzprotokoll von Brasilien, welches im Dezember 1991 unterzeichnet wurde, wurde ein ad hoc Tribunal eingerichtet.<sup>36</sup>

Im Protokoll von Ouro Preto wurde die einfache Organisationsstruktur erweitert. Zusätzlich zum CMC und dem GMC wurden *La Secretaría Administrativa des Mercosur* (Verwaltungssekretariat – SAM), *La Comisión Parlamentaria Conjunta* (Gemeinsame Parlamentarische Kommission – CPC), *La Comisión de Comercio* (Handelskommission – CCM) und *El Foro Consultivo Económico-Social* (Wirtschafts- und Sozialforum – FCES) eingeführt.<sup>37</sup>

2004 wurde das *Tribunal Arbitral de Revisión* als Revisionsgericht eingeführt und stellt neben dem CMC und dem GMC das dritte ständige Organ. Eine große Errungenschaft war die Einführung eines Parlaments 2007.

---

<sup>34</sup> Vgl. Tratado de Asunción <http://www.mercosur.int>

<sup>35</sup> Vgl. Tratado de Asunción <http://www.mercosur.int>

<sup>36</sup> Vgl. Protocolo de Brasilia <http://www.mercosur.int>

<sup>37</sup> Vgl. Protocolo de Ouro Preto <http://www.mercosur.int>

Gegenwärtig sieht die Struktur des Mercosur wie folgt aus:

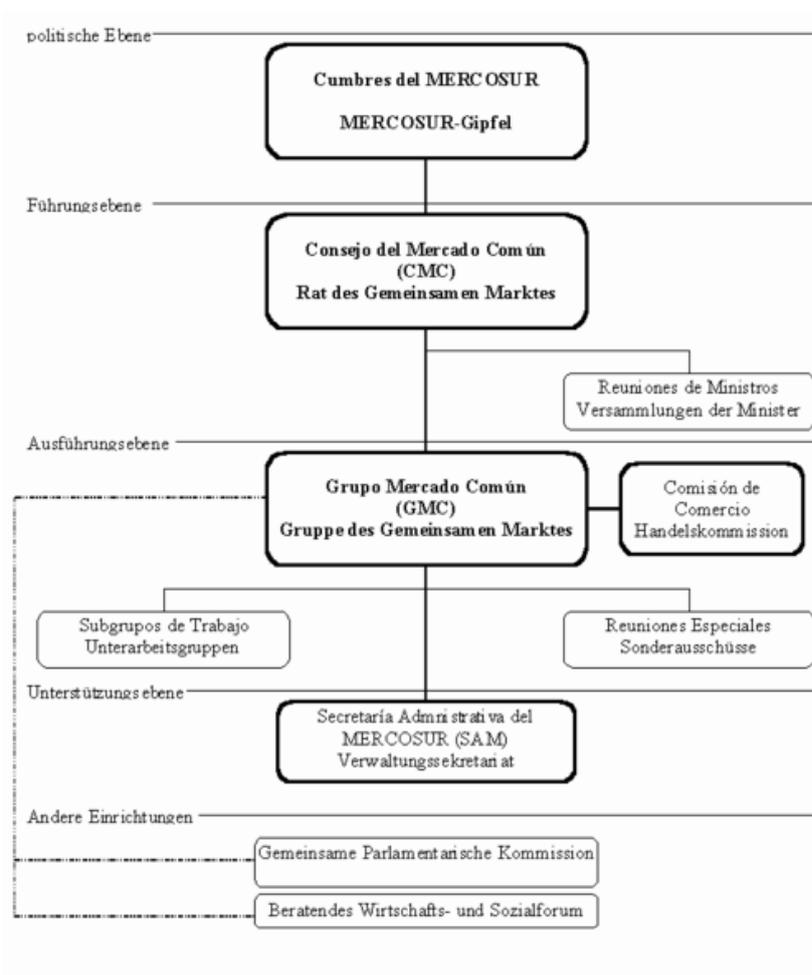


Abbildung 2.4: Organisationsstruktur

## 2.2.4 Entwicklungsprozess

### *Gründungsphase und Konsolidierung*

Zu Beginn des Jahres 1995 war das Ziel des Vertrages von Asunción, eine Freihandelszone zu errichten, weitgehend erreicht. Die Zölle zwischen den Mitgliedsländern wurden gesenkt, wodurch der intraregionale Handel anstieg. Zu Beginn der Kooperation war der Handel zwischen den vier Partnerländern sehr gering gewesen, besonders zwischen Argentinien und Brasilien. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung hatte daher für die Zukunft des Mercosur große Bedeutung.

Die Etablierung einer Zollunion konnte bis 1995 nicht vollständig realisiert werden. Sie

trat zwar mit 1. Jänner 1995 in Kraft, ihre tatsächliche Umsetzung dauerte aber noch an. Ein Grund dafür unter anderem, dass es keinen vollständigen gemeinsamen Außenzoll gab. Wie für die Freihandelszone gab es auch für die Zollunion eine umfangreiche Ausnahmeliste.<sup>38</sup> Dennoch konnte zu diesem Zeitpunkt von einem weiterführenden Integrationsprozess ausgegangen werden, der sich neben der Freihandelszone und der Zollunion in einer zunehmenden Institutionalisierung manifestierte.

Um den Integrationsprozess voranzutreiben und um den Zielen des Vertrages von 1991 gerecht zu werden, unterzeichneten die Mitgliedsstaaten in der zweiten Jahreshälfte von 1995 das *Programa de Acción del Mercosur Hasta El Año 2000* – ein Aktionsprogramm bis zum Jahr 2000. Das Ziel dieses Programms war die Vertiefung der Integration durch Konsolidierung und Verbesserung der Zollunion innerhalb eines offenen Regionalismus. Dazu sollten außerdem Ziele und Richtlinien entwickelt werden, um den Integrationsprozess voranzutreiben. Auffallend ist dabei, dass hier nicht von einem Gemeinsamen Markt die Rede war, sondern lediglich von einer Zollunion.<sup>39</sup>

Die Herstellung und Vertiefung externer Beziehungen wurde im Aktionsprogramm 2000 als explizites Ziel erwähnt. Bis zur Jahrtausendwende lassen sich die Beziehungen des Mercosur nach außen in drei Richtungen einteilen: Mercosur-intern, Nordamerika und die EU.

Zuallererst hatten die Mercosur-Staaten das Ziel, nicht nur intern den Handel zu steigern, sondern auch auf regionaler Ebene den Freihandel auszubauen. Da Chile und Bolivien unmittelbare Nachbarländer waren, wurde mit ihnen als erstes ein Assoziationsvertrag abgeschlossen. Neben wirtschaftlichen Gründen spielten aber auch strategische eine Rolle. Chile unterhielt enge Beziehungen zur NAFTA und Bolivien war Mitglied in der Andengemeinschaft (CAN).<sup>40</sup>

Als zweiten Außenhandelspartner wählte der Gemeinsame Markt – ebenfalls aus geo-

---

<sup>38</sup> Vgl. Schirm Stefan [Schirm:1997]: Kooperation in den Amerikas. NAFTA, MERCOSUR und die neue Dynamik regionaler Zusammenarbeit. Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, Bd. 46. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1997, S. 90ff.

<sup>39</sup> Vgl. Schonebohm Dieter [Schonebohm:1997]: Auf dem Weg zu einem Gemeinsamen Markt? Der Mercosur und seine Institutionen. In: Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation. Sechs Jahre Mercosur – Zwischenbilanz und Zukunft. Nr. 34/35, August 1997, S. 21f.

<sup>40</sup> Vgl. Fischer Thomas [Fischer:1999]: MERCOSUR – Eine Zwischenbilanz. In: Bendel Petra, Fischer Thomas (Hrsg.): Wie erfolgreich ist der MERCOSUR? Das südamerikanische Bündnis aus interdiszi-

politischen Gründen – Nordamerika. Die Mercosur-Länder erhofften sich durch Freihandelsabkommen leichteren Zugang zum nordamerikanischen Markt. Schon 1991 hatten die vier Gründungsmitglieder und der damalige US-Präsident Bush senior den 4 plus 1-Vertrag unterschrieben. Daneben gab es noch einen Vertrag mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank und eine Deklaration, in der beabsichtigt wurde, bis 2005 eine Freihandelszone von Alaska bis Feuerland zu errichten. Ein Vorhaben das nie realisiert wurde. 2003 fand dazu das letzte Treffen der zuständigen MinisterInnen statt, seit dem liegt das Abkommen auf Eis.<sup>41</sup>

Der dritte Pfeiler der Außenbeziehungen bildet die EU. 1995 unterschrieben die Mercosur-Länder und die EU ein Abkommen zur Zusammenarbeit, das 1999 in Kraft trat und aus den drei Elementen: „Politischer Dialog“, „Kooperation“ und „Handelsbeziehungen“ besteht. In der ersten Zeit war die Beziehung aber weniger handelspolitisch, als vielmehr auf technische Hilfe hin angelegt. Erst 1999 wurden beim MinisterInnentreffen in Rio de Janeiro Liberalisierungsmaßnahmen in Angriff genommen.<sup>42</sup>

### *Finanzkrisen und Stagnation*

Der Erfolg des Mercosur bis 1997/98, dem Zeitpunkt als Brasilien in eine Krise schlitterte, kann durchaus als hoch angesehen werden. Neben der wirtschaftlichen Integration machten sich auch auf politischer Ebene Fortschritte bemerkbar. 1996 wurde auf dem Gipfeltreffen eine Deklaration zur demokratischen Entwicklung unterzeichnet. Die Staaten verpflichteten sich, demokratische Prinzipien einzuhalten. Seitdem sind nur noch demokratisch regierte Staaten als Mitglieder zugelassen.<sup>43</sup> Bemerkenswert ist in politischer Hinsicht auch die Beziehung zwischen Argentinien und Brasilien. Die einstigen

---

plinärer Sicht. Forschungen zu Lateinamerika, Band 36. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik, 1999, S. 18

<sup>41</sup> Einer der Gründe für das Scheitern der „Freihandelszone der Americas“ war, dass die USA Brasilien unterschätzten. Brasilien wollte vor allem eine starke industrielle und technologische Basis aufbauen, da seine Produkte in einer gesamtamerikanischen Freihandelszone nicht mit den US-amerikanischen Produkten mithalten hätten können. Auf der anderen Seite weigerten sich die USA ihre Agrarsubventionen abzubauen. Forderungen anderer Länder, wie etwa freie Mobilität für Arbeitskräfte, lehnten die USA ebenfalls ab. Daneben bildeten sich in manchen lateinamerikanischen Staaten US-kritische Strömungen heraus und auch in den USA formierten sich Gewerkschaften oder Nichtregierungsorganisationen gegen eine gesamtamerikanische Freihandelszone, da sie den Verlust von Arbeitsplätzen befürchteten. Vgl. Roßler Peter [Roßler:2008]: Der unerfüllte Traum – zollfrei bis Alaska. In: Das Parlament, Nr. 3/14.01.2008. <http://www.das-parlament.de>

<sup>42</sup> Vgl. Grasser Sebastian [Grasser:2004]: Ring frei zur nächsten Verhandlungsrunde. Vgl. [Grasser:2004a]: EU-Mercosur: Ring frei zur nächsten Verhandlungsrunde II. <http://www.europa-digital.de>

<sup>43</sup> Vgl. Mercosur. Declaración Presidencial Sobre Compromiso Democrático En El Mercosur. <http://www.mercosur.int>

Erzrivalen um die regionale Vorherrschaft hatten es geschafft, ihre Konflikte beizulegen und waren zu Partner geworden.

Institutionell war der Mercosur zur Jahrtausendwende wie auch die ASEAN noch immer intergouvernemental. „Der Nationalstaat ist in Lateinamerika fragiler als in Westeuropa, die materielle Basis der regionalen Integration schwächer. Beides wirkt als Bremse für die Übertragung von Kompetenzen auf die supra-nationalstaatliche Ebene“.<sup>44</sup> Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen hatten nur geringen oder in den meisten Fällen gar keinen Einfluss auf die Mercosur-Politik. Ihre Forderungen bzw. die Formierung sozialer Gruppen wurde schon auf nationalstaatlicher Ebene verhindert.<sup>45</sup>

Bis 1997 jedoch stiegen sowohl die Gesamtexporte aus der Region als auch der intra-regionale Handel rasch an.<sup>46</sup> „Im Durchschnitt der 90er Jahre entfielen auf den MERCOSUR und die beiden seit 1996 dem Integrationsbündnis assoziierten Staaten Bolivien und Chile 58 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung Lateinamerikas“.<sup>47</sup> Danach schlitterte der Mercosur in eine Krise. Da die wichtigsten Barrieren überwunden waren und der Integrationsprozess in Gang, ging es mehr oder weniger nur mehr darum, die bisherigen Errungenschaften zu vertiefen und zu konsolidieren. Die Euphorie über den erfolgreichen Integrationsprozess ließ nach und gemeinsam mit der schwächelnden Konjunktur führte dies zu internen Handelskonflikten, besonders zwischen Argentinien und Brasilien.<sup>48</sup>

Seit 1994 hatte es eine Reihe von Wirtschafts- und Finanzkrisen gegeben, deren Auswirkungen global zu spüren waren. 1994 die Tequila-Krise in Mexiko, gefolgt von der Asienkrise 1997 und der Krise in Russland 1998. Die Mercosur-Länder wurden von einer „Vertrauenskrise“ heimgesucht was zu großen Kapitalabflüssen führte. Mit der Brasilienkrise, die in der zweiten Jahreshälfte von 1998 begann, wurde der Gemeinsame Markt des Südens auf eine ernsthafte Probe gestellt. Neben den direkten Auswirkungen der Finanzkrisen auf den Mercosur-Handel ergaben sich negative Effekte auch auf den In-

---

<sup>44</sup> Becker Joachim [Becker:1998]: Regionale Integration und Regulation: EU und Mercosur im Vergleich. In: Journal für Entwicklungspolitik. Jg. XIV, Heft 2, 1998, S. 133

<sup>45</sup> Vgl. [Becker:1998] S. 132

<sup>46</sup> Vgl. Preusse Heinz G. [Preusse:2004]: The New American Regionalism. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar Publishing, 2004, S. 143ff.

<sup>47</sup> Sangmeister Hartmut [Sangmeister:2001]: Zehn Jahre Mercosur. Eine Zwischenbilanz. In: Ibero-Analysen. Dokumente, Berichte, Analysen aus dem Ibero-Amerikanischen Institut. Heft 9, März 2001, S. 8. <http://www.iai.spk-berlin.de>.

<sup>48</sup> Vgl. [Gratius:2001] S. 43

tegrationsprozess und auf die Einrichtung von Institutionen die das Integrationsprojekt gestärkt und gefestigt hätten. Es gelang den Ländern des Mercosur kein großer Fortschritt in der Errichtung einer Zollunion. Stattdessen wurden unilaterale Änderungen für den gemeinsamen Außentarif eingeführt und noch heute gibt es für jedes Mitgliedsland Ausnahmeprodukte. Handels- und Zollbeschränkungen sind ein großes Hindernis für freien Handel, und 2002 war der Abbau der Barrieren erst im Anfangsstadium. Dementsprechend waren die Errungenschaften bis dahin sehr begrenzt.

### *Neue Integrationsdynamik*

Seit 1999 steckte der Mercosur in einer tiefen Krise und manche WissenschaftlerInnen und AutorInnen sahen bereits das Ende des Gemeinsamen Marktes. Der negativen Vorhersagen zum Trotz begann sich aber Optimismus zu verbreiten. Es wurde vom neoliberalen Wirtschaftsmodell, welches die Gründungsphase und die 90er Jahre markierte, abgegangen und die makroökonomischen Daten der Mercosur-Länder begannen sich zu erholen. Zusätzlich kam es in Argentinien und Brasilien zu einem Regierungswechsel, das ließ weitere Integration plötzlich wieder realistisch erscheinen. Die vier Länder sahen die überstandene Finanzkrise als Chance für einen Neuanfang.<sup>49</sup>

Der Amtsantritt progressiver Regierungen in den Mercosur-Ländern gab Hoffnung auf eine Dynamisierung des Integrationsprozesses:

„Durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch in Argentinien, die politischen Machtwechsel in Argentinien und Uruguay sowie die Wahlen in Bolivien und Venezuela sind in der Region neue Rahmenbedingungen für die Gründung gemeinsamer Institutionen entstanden“.<sup>50</sup>

Die neue Mercosur-Politik bemühte sich die Integration zu fördern. Die Gründung neuer gemeinsamer Institutionen, wie z.B. der Bank des Südens, zeugen davon.<sup>51</sup>

## **2.2.5 Aktuelle Entwicklungen**

Die Krise 2001/02 zeigte die großen Schwächen des neoliberalen Diskurses auf und führte zu einem Bruch mit der bisherigen Entwicklungsstrategie. Der Mercosur ver-

<sup>49</sup> Vgl. Gratius Susanne [Gratius:2008]: Mercosur y NAFTA. Dos Modelos Diferentes de Integración. <http://www.ojosdepapel.com>

<sup>50</sup> Schuster Sandra [Schuster:2008]: Mercosur – Vom Wandel erfasst? In: Lateinamerika Nachrichten. Ausgabe 405, März 2008. <http://www.lateinamerikanachrichten.de>

<sup>51</sup> Vgl. Le Monde diplomatique. <http://www.monde-diplomatique.de>

wendet zunehmend sozial- und wirtschaftspolitische Instrumente, durch die auch lokale Entwicklungsprozesse fördern sollen. Regionale Fonds wurden eingerichtet, um zwischen den Mitgliedsstaaten Asymmetrien in wirtschaftlicher als auch sozialer Hinsicht abzubauen. Claudia Bajo Sánchez sieht in diesen neuen Institutionen eine Abkehr vom ursprünglichen Kurs der Integration.<sup>52</sup> Eine große Errungenschaft stellt jedoch unzweifelhaft die Einführung des Mercosur-Parlaments im Juni 2007 dar.<sup>53</sup>

### **2.2.6 Zusammenfassung**

Der Vertrag zur Gründung des Mercosur wurde 1991 von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay unterzeichnet. Binnen vier Jahren sollten eine Freihandelszone und eine Zollunion errichtet sein um den Gemeinsamen Markt zu realisieren. Allerdings konnte die Zollunion bis dahin nicht vollständig umgesetzt werden und auch die Freihandelszone war mit einer langen Ausnahmeliste behaftet. Dennoch nahm der interne Handel zu. Wie die ASEAN wurde auch der Mercosur von einer Krise heimgesucht, der Brasilienkrise. Die Mitglieder sahen dies jedoch als Chance ihre Integration zu verbessern und bisherige Mängel zu beheben. Dies führte zu einer Reihe von neuen Institutionen, von denen das Mercosur-Parlament sicher die bedeutendste ist.

---

<sup>52</sup> Claudia Bajo Sánchez im Interview mit den Lateinamerika Nachrichten. Vgl. [Schuster:2008]

<sup>53</sup> Vgl. Elsner Gisela [Elsner:2007]: Das neue Mercosur-Parlament. <http://www.kas.de>

# Kapitel 3

## Vergleich der ASEAN und des Mercosur

In diesem Kapitel werden die ASEAN und der Mercosur anhand der im ersten Kapitel vorgestellten Thesen verglichen. Davor werden noch die historischen Kontexte des Regionalismus in Lateinamerika und Südostasien verglichen.

### 3.1 Die Tradition des südostasiatischen und lateinamerikanischen Regionalismus

Im Gegensatz zu Lateinamerika weist der südostasiatische Regionalismus keine lange Tradition auf. Die Heterogenität der Region erschwerte die Bildung regionaler Abkommen. Nach der Kolonialzeit waren die Staaten ethnisch, religiös und sprachlich fragmentiert. „Nationalstaatswerdung war (...) das Projekt politischer Eliten, dem die „Vorleistungen“ einer gemeinsamen staatlichen und kulturellen Historie fast vollständig fehlten“.<sup>1</sup> Außerdem schürte die Politik der Kolonialmächte weiter kulturelle und ethnische Auseinandersetzungen an. Innerstaatliche und intraregionale Konflikte ließen die Chancen zu regionaler Kooperation gering aussehen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Croissant Aurel [Croissant:2002]: Staatlichkeit und liberale Demokratie im pazifischen Asien. In: Birle Peter u.a. (Hrsg.): Globalisierung und Regionalismus. Bewährungsproben für Staat und Demokratie in Asien und Lateinamerika. Opladen: Leske + Budrich, 2002, S. 91

<sup>2</sup> Vgl.[Croissant:2002] S. 91f.

Neben der South East Asian Treaty Organization (SEATO) gab es vor der Gründung der ASEAN noch die ASA und die MALPHILINDO. Die SEATO war ein von den USA organisiertes Militärbündnis, dem aus Südostasien nur die Philippinen und Thailand angehörten. Vorrangiges Ziel war die Abwehr des Kommunismus. Die Organisation wurde 1977 aufgelöst. Der ASA, die 1961 gegründet wurde, gehörten Thailand, Malaysia und die Philippinen an. Ihre Hauptanliegen waren die ökonomische und kulturelle Entwicklung der Region und die Abwehr der Gefahr des Kommunismus. 1966 wurde die ASA aufgelöst. Die MALPHILINDO gilt als die Vorläuferin der ASEAN. Sie wurde 1963 ins Leben gerufen und sollte als Plattform für Beratungen bezüglich regionaler Angelegenheiten fungieren. 1967 wurde schließlich die ASEAN gegründet.<sup>3</sup> Die Gemeinschaft südostasiatischer Staaten war zwar nicht die einzige regionale Organisation Südostasiens. Sie war jedoch lange Zeit die vorherrschende Organisation und besteht im Unterschied zu anderen Kooperationen aus früherer Zeit noch heute. Ein weiteres Charakteristikum des südostasiatischen Regionalismus bzw. der ASEAN ist, dass, obwohl es von Anfang an immer wieder Reformen gab, die Organisationsstruktur bis zum Vierten ASEAN-Gipfel und der dort verabschiedeten Singapur-Deklaration nicht entscheidend verändert wurde. Kennzeichnend ist auch der Widerwillen, eine supranationale Institution einzurichten, zu Gunsten derer Teile der nationalen Souveränität aufgegeben werden müssten.

Verglichen mit dem südostasiatischen Regionalismus kann Lateinamerika auf eine längere Tradition des Regionalismus zurückblicken. Außerdem konzentriert er sich nicht auf eine oder einige wenige Organisationen. „(...) der lateinamerikanische Regionalismus [ist] vielschichtig strukturiert und immer wieder durch neue Komponenten erweitert worden, deren politische Aktualität erheblichen Schwankungen unterworfen war“.<sup>4</sup> D.h. im Laufe der Zeit kamen neue Gremien, Foren oder Institutionen dazu, wodurch der Regionalismus in Lateinamerika lt. Mols – ein Experte auf dem Gebiet des latein- und südostasiatischen Regionalismus – erheblich komplexer und unüberschaubarer ist. Im Vergleich mit dem südostasiatischen Regionalismus fällt weiters auf, dass der lateinamerikanische sowohl eine solide historische Basis, als auch kulturelle Verwurzelung aufweist. Mols nennt den Bolivarismus, Panamerikanismus und den Arielismus.<sup>5</sup> Auf Grund sei-

---

<sup>3</sup> Vgl. Parliament of Australia. <http://www.aph.gov.au>, S.3ff.

<sup>4</sup> [Mols:1993] S. 36

<sup>5</sup> Der Bolivarismus geht auf den südamerikanischen Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar zurück. Er führte die Unabhängigkeitskämpfe gegen die spanischen Kolonialmächte in Venezuela, Kolumbien,

ner langen Tradition ist der Regionalismus in Lateinamerika fest in der Gesellschaft integriert. Regierungen können sich zwar gegen ihn stellen, Integrationsinstitutionen auflösen oder Verträge kündigen, aber sie können den Regionalismus als Prozess nicht aufhalten.<sup>6</sup>

Lateinamerikanische Integrationsprojekte bzw. Versuche regionaler Kooperation können bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgt werden. Ab den 1960er Jahren wurde versucht, Integration auf wirtschaftlicher Basis voranzutreiben, um den subregionalen Handel zu fördern. Auch wenn die meisten dieser Projekte, vor allem bis Mitte der achtziger Jahre, gescheitert sind, sind sie doch wichtige Vorläufer für neuere Kooperationsprojekte. Wichtige Impulse gingen von der 1948 gegründeten Comisión Económica Para América Latina (CEPAL) aus. Dank ihres Leiters Raúl Prebisch wurde sie zum Zentrum für entwicklungsrelevante Fragen und Diskussionen. Die darauf basierende Doktrin des CEPALISMO<sup>7</sup> wurde von den Kooperationsversuchen der 1960er und 70er Jahre aufgenommen.<sup>8</sup>

1960 wurde mit der Unterzeichnung des Vertrages von Montevideo die Asociación Latinoamericana de Libre Comercio (ALALC) gegründet. Gründungsmitglieder waren Argentinien, Brasilien, Chile, Mexico, Paraguay, Peru und Uruguay. Danach traten bis 1967 noch Kolumbien, Ecuador, Venezuela und Bolivien bei. Die Ziele waren einerseits die Errichtung einer Freihandelszone innerhalb von zwölf Jahren und andererseits ein gemeinsamer lateinamerikanischer Markt. Das Vorhaben scheiterte aber an der Heterogenität

---

Panamá, Ecuador, Peru und Bolivien an. Das Ziel des Bolivarismus ist eine gesamtlateinamerikanische Förderung. Auch der Panamerikanismus bzw. Hispanoamerikanismus geht auf Bolívar zurück. Auf der ersten Panamerikanischen Konferenz wollte er den Zusammenschluss der ehemaligen spanischen Kolonien zu den Vereinten Staaten von Südamerika erreichen. Es sollte eine gesamtamerikanische Solidarität geschaffen werden, um vor allem europäische Mächte abwehren zu können. Später nutzten die USA die Gründung der Pan American Union (PAU) zur wirtschaftlichen und politischen Durchdringung Südamerikas. Der Begriff Arielismus geht auf einen 1900 erschienenen Essay zurück, in dem der Autor Rodó eine unüberbrückbare Kluft zwischen dem utilitaristischen Nordamerika und dem geistigen Lateinamerika postuliert. Heute wird damit eine gemeinsame lateinamerikanische Identität betont, um sich von Nordamerika und seinen Einflüssen abzugrenzen. Vgl. Brand Alexander [Brand:2004]: Herausforderung Entwicklung: neuere Beiträge zur theoretischen und praxisorientierten Entwicklungsforschung. Münster, Westfalen: LIT, 2004 S. 59f. und vgl. [Der Spiegel] <http://wissen.spiegel.de>

<sup>6</sup> Vgl. [Mols:1993] S. 35ff.

<sup>7</sup> Zentrale Anliegen des CEPALISMO waren die Änderung der internationalen wirtschaftlichen Austauschverhältnisse, eine stärkere Industrialisierung Lateinamerikas und die Schaffung regionaler Märkte. Vgl. Emmes Manfred, Mols Manfred [Emmes/Mols:1993]: Integration, Kooperation und Konzentration in Lateinamerika. In: Mols Manfred u.a.: Regionalismus und Kooperation in Lateinamerika und Südostasien. Ein politikwissenschaftlicher Vergleich. Politikwissenschaftliche Perspektiven Bd.7. Münster; Hamburg: Lit, 1993, S. 59

<sup>8</sup> Vgl. [Emmes/Mols:1993] S. 59f.

der Mitglieder und mangelnder Kooperationsbereitschaft.

1980 entstand mit der Gründung der Asociación Latinoamericana de Integración (ALADI) aus den elf Mitgliedsstaaten (Kuba trat später bei) die Nachfolgeorganisation der ALALC. Ihr primäres Ziel „(...) war die Ausweitung des Handels und die Entwicklung von Mechanismen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Gebiet der Vertragsstaaten“.<sup>9</sup> Dazu sollte eine Präferenzzone geschaffen werden, die aber nicht zwingend sofort auf alle Mitglieder ausgedehnt werden musste, sondern sie konnte auf einzelne Staaten beschränkt werden. Auch wenn sich die ALADI einigen Problemen und Uneinigkeiten ausgesetzt sah, hat sie es doch, bzw. haben es ihre Mitglieder geschafft bis heute zu existieren.

Erwähnenswert ist schließlich noch der 1969 ins Leben gerufene *Pacto Andino* (Andenpakt). Gründungsmitglieder waren Bolivien, Kolumbien, Chile, Ecuador und Peru. Venezuela trat 1973 bei und Chile schied 1976 wieder aus. 1996 wurde der Pakt reformiert und erweitert und führte dadurch zur Gründung der Andengemeinschaft. Venezuela trat 2006 aus der Gemeinschaft aus. Die Ziele der Gemeinschaft sind ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine gemeinsame Außenpolitik.<sup>10</sup> Allerdings sind in beiden Bereichen die Ergebnisse eher ernüchternd.<sup>11</sup>

Weitere Integrationsprojekte sind der 1960 gegründete Mercado Común Centroamericano (MCCA), die 1968 entstandene Karibische Freihandelszone (CARIFTA), die 1973 durch die CARICOM ersetzt wurde.<sup>12</sup>

## 3.2 AkteurInnen und Ziele

Hauptakteure im internationalen System sind Nationalstaaten. Diese gehen Kooperationen ein und verfolgen dabei ihre Eigeninteressen. Innerhalb der Institution ist sowohl bei der ASEAN als auch beim Mercosur die Regierung bzw. Staatsführung die dominante Akteurin. Von diesen ging der erste Schritt in Richtung Kooperation aus. Gesellschaftliche Gruppen hatten dabei zunächst keinen Einfluss bzw. keine Partizipationsmöglichkeit. Im Gegensatz zur ASEAN ist der Mercosur mittlerweile auch für gesell-

---

<sup>9</sup> [Wehner:1999] S. 32

<sup>10</sup> Vgl. [Wehner:1999] S. 31ff.

<sup>11</sup> Vgl. [Franz.Außenmin.] <http://www.diplomatie.gouv.fr>

<sup>12</sup> Vgl. [Wehner:1999] S. 41ff.

schaftliche AkteurInnen offen. Als Beispiel ist der Dachverband der Gewerkschaften des Cono Sur zu erwähnen. Zuerst nur als offizielle Beobachter, gaben die Gewerkschaften Vorschläge an den Mercosur. In arbeitsmarktpolitischer Hinsicht sind ihre Errungenschaften noch heute ziemlich bescheiden. Aber immerhin ist es ihnen gelungen, soziale Aspekte der Arbeitsbedingungen in einer Deklaration zu verankern, die vom Mercosur unterzeichnet wurde. Die Einführung des Mercosur-Parlaments zeugt davon, dass der Gemeinsame Markt daran interessiert ist, mehr Partizipation und Demokratie zu schaffen.<sup>13</sup>

In der ASEAN lassen solche Entwicklungen noch zu wünschen übrig. Die Gesellschaft hat kaum Einflussmöglichkeit auf die Politik der ASEAN. Nicht zu letzt liegt es an den politischen Systemen und der politischen Vergangenheit der südostasiatischen Staaten, auf Grund derer gesellschaftliche Gruppen es nicht gewöhnt sind, Meinungen frei zu äußern, bzw. an der Politik teilzunehmen.

### **3.3 Anarchie und Macht(un)gleichgewicht**

Sowohl in Südostasien als auch in Lateinamerika wurde versucht, mit der Gründung der ASEAN bzw. des Mercosur einer aufkommenden Macht Einhalt zu gebieten und einen Gegenpol zu bilden. In Südostasien verkörperte der sich ausbreitende Kommunismus diese Gefahr, in Lateinamerika waren es die USA und die bevorstehende Gründung der NAFTA.

Die ASEAN ist ein Produkt des Kalten Krieges. Der Vietnamkrieg befand sich auf dem Höhepunkt und angesichts der Tatsache, dass Nordvietnam von der ehemaligen Sowjetunion und China unterstützt wurde, befürchteten die restlichen Staaten Südostasiens, dass sich der Kommunismus in der Region weiter ausbreiten würde. Die Schaffung eines anti-kommunistischen Bündnisses wurde also als immer dringlicher angesehen. Durch die ASEAN sollten innerregionale Konflikte eingedämmt und dadurch das fragile post-koloniale politische System gestärkt werden. Die größte Chance, die Gefahr des Kommunismus abwenden zu können, sahen die ASEAN-Länder im ökonomischen Wachstum, in der gerechten Verteilung von Vermögen und in höherem Lebensstan-

---

<sup>13</sup> Portella de Castro Maria Silvia [Portella:2001]: Einfluss der Gewerkschaften im Mercosur. In: Lateinamerika Nachrichten. Ausgabe 323, Mai 2001. <http://www.lateinamerikanachrichten.de>\cite

dard. Dazu waren politische Stabilität und eine Laissez-faire-Politik notwendig.<sup>14</sup> Im Gründungsdokument der ASEAN, der Bangkok Erklärung, wurde diesen Punkten Rechnung getragen. Nach außen hatte es den Anschein als würden wirtschaftliche und kulturelle Kooperation an oberster Stelle stehen. Tatsächlich war es aber ein lockeres Bündnis zur sicherheitspolitischen Stabilisierung der Region.<sup>15</sup>

In den ersten Jahren des Bestehens der südostasiatischen Gemeinschaft kam es, trotz des Bündnisses gegen einen gemeinsamen Feind immer wieder zu internen Konflikten zwischen den Mitgliedsländern. Besonders Indonesien hatte zu Beginn Auseinandersetzungen mit Malaysia und Singapur um die Führerrolle innerhalb der ASEAN. Die beiden kleinsten ASEAN-Länder Singapur und Brunei wurden oftmals von den restlichen Mitgliedern kritisiert und sahen sich ständig der Bedrohung der Einmischung in ihre nationale Politik ausgesetzt.<sup>16</sup>

Entgegen pessimistischer Annahmen führten die Interessenskonflikte nicht zur Auflösung der Organisation. Es kam aber auch zu keiner institutionellen Verankerung oder zu einer Festigung der Politik nach außen. Erst mit Beginn der Nixon-Doktrin,<sup>17</sup> dem Rückzug Großbritanniens und der USA aus Südostasien und der Erfahrung der Ersten Ölkrise, änderte sich die Einstellung der ASEAN-Staaten. Südostasien verlor externe Sicherheitsgarantien und war gezwungen, die Gestaltung der regionalen Sicherheit in die eigene Hand zu nehmen. Durch gezielte wirtschaftliche Kooperation wollten sich die Mitgliedsländer nach außen hin stärken und eine bessere Position erreichen. Darüber hinaus galt es, regionale Sicherheit zu schaffen, da sich die ASEAN-Staaten in den Anfangsjahren immer wieder von innerstaatlichen und intraregionalen Konflikten bedroht sahen, also keine Einheit darstellten, die einer Bedrohung geschlossen entgegen treten hätte können.<sup>18</sup> Deshalb wurde die Errichtung einer *Zone of Peace, Freedom and Neutrality* (ZOPFAN) beschlossen.<sup>19</sup> Durch die Bewahrung der Neutralität sollten die Auswirkungen der Auseinandersetzung zwischen den USA und den kommunistischen Ländern

---

<sup>14</sup> Vgl. [Batabyal:2004] S. 352f.

<sup>15</sup> Vgl. ASEAN. The ASEAN Declaration. <http://www.aseansec.org>

<sup>16</sup> Vgl. [Lau:1990] S. 116f.

<sup>17</sup> Die Nixon-Doktrin wurde von Richard Nixon im Juli 1969 auf Guam verkündet. Sie besagt insbesondere, dass die USA ihren Verbündeten wirtschaftlich und militärisch helfen, diese aber die finanziellen Mittel selber dafür aufbringen müssen. Vgl. [Der Spiegel II] <http://wissen.spiegel.de>

<sup>18</sup> Vgl. Feske Susanne [Feske:1991]: ASEAN: Ein Modell für regionale Sicherheit. Ursprung, Entwicklung und Bilanz sicherheitspolitischer Zusammenarbeit in Südostasien. Militär, Rüstung, Sicherheit, Bd. 68. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1991, S. 143f.

<sup>19</sup> Vgl. [Klein/Dreis:1993] S. 101

China und der ehemaligen Sowjetunion auf die Region möglichst gering halten werden. Außerdem hoffte die ASEAN, durch die ZOPFAN den Verlust externer Sicherheitsgarantien ausgleichen zu können.

Die Errichtung der ZOPFAN wurde erst nach breiter Diskussion in einer Deklaration verankert. Den Kernpunkt der Auseinandersetzung bildete die Frage, ob es überhaupt möglich sei, Südostasien Neutralität zuzusprechen. Um dem Neutralitätsanspruch gerecht zu werden, hätten alle ASEAN-Länder ausländische Militärbasen verbieten und aufrechte Bündnisse kündigen müssen. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, befürworteten die ASEAN-Länder zwar ihre regionale Autonomie, aber sie erkannten auch, dass sie unter den gegebenen Umständen eigenständig nicht überleben konnten. Thailand, die Philippinen und Singapur sahen nur durch Sicherheitsbündnisse mit westlichen Mächten ihre nationale Sicherheit und die regionale Ordnung gewährleistet.<sup>20</sup> Die ASEAN-Staaten „(...) are pragmatic enough to realize the imperative of maintaining the balance of power in die Asia-Pacific region“.<sup>21</sup> Ohne den Einfluss der USA in Südostasien wäre ein Machtungleichgewicht entstanden, da die ehemalige Sowjetunion zu dem Zeitpunkt die einzige Supermacht in der Region geblieben wäre. Dennoch zeigte sich in der ZOPFAN das Bemühen der Staaten regionale Probleme und Bedrohungen alleine zu bearbeiten<sup>22</sup> Die Realisierung der Zone ist bis heute nicht durchgeführt.

Nach dem Ende des Vietnamkrieges 1975 übernahmen in Kambodscha, Laos und Vietnam kommunistische Parteien die Macht. Die veränderte Machtkonstellation führte dazu, dass sich die anti-kommunistischen Länder untereinander stärker solidarisierten um dem Kommunismus die Stirn zu bieten und den Einfluss konkurrierender externer Großmächte abzuwehren. Die Gemeinschaft der südostasiatischen Staaten verstärkte deshalb ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Sie erklärte wieder einmal ihre Absicht in der Errichtung der ZOPFAN. Es sollten aktive Schritte zu Einrichtung der Zone unternommen werden, aber „(...) der Neutralitätsbegriff [wurde] darin recht vage gefasst, da mehrere Mitgliedsländer an einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit insbesondere mit den USA durchaus interessiert waren“.<sup>23</sup> Um auch intern die Möglichkeit für Konflikte möglichst gering zu halten und die Gemeinschaft zu stärken, was insofern

---

<sup>20</sup> Vgl. [Acharya:2001] S. 54

<sup>21</sup> [Lau:1990] S. 121

<sup>22</sup> Vgl.[Lau:1990] S. 121

<sup>23</sup> [Nabers/Ufen:2004] S. 43

wichtig war, um der Macht des Kommunismus entgegenstehen zu können, schlossen die Länder der südostasiatischen Gemeinschaft einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit – Treaty Of Amity And Cooperation (TAC). Er ist ein Leitfaden zur Zusammenarbeit der Mitglieder, in dem sie fortwährenden Frieden, Freundschaft und Kooperation fördern und dadurch zu einer starken, solidarischen und engen Beziehung untereinander beitragen wollen.<sup>24</sup> Im Wesentlichen ist der Vertrag eine Fortführung des Gründungsdokuments.<sup>25</sup> Neu am TAC ist die Tatsache, dass es sich nicht mehr um eine Deklaration handelt – wie beim Gründungsvertrag –, sondern, dass die Ziele und Aufgaben in einem Vertrag festgelegt wurden. Zum einen hatten die Grundsätze nun verbindliche Wirkung, zum anderen zeigte die ASEAN nach außen ihre Entschlossenheit zu regionaler Kooperation.<sup>26</sup>

Grundsätzlich wurde durch den Vertrag die Kooperation stark ausgeweitet. Von Bedeutung ist die Betonung der politischen Koordinierung und die Ausdehnung des Verhaltenskodex auf ganz Südostasien.<sup>27</sup> „[The treaty] shall be ratified in accordance with the constitutional procedures of each signatory State. It shall be open for accession by other States in Southeast Asia“.<sup>28</sup> Mit Bezug auf die 1977 verkündete Fukuda-Doktrin<sup>29</sup> galt der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit auch als Versuch, Indochina in die Organisation miteinzubeziehen. Diese offene Politik änderte sich schlagartig mit dem Einmarsch Vietnams in Kambodscha Ende 1978. Südostasien wurde erneut zum Spielfeld externer Großmächte.<sup>30</sup> Die kommunistische Bedrohung schweißte die

---

<sup>24</sup> Vgl. [Nabers/Ufen:2004] S. 43f.

<sup>25</sup> Vgl. Treaty Of Amity And Cooperation. <http://www.asean.org>

<sup>26</sup> Vgl. [Feske:1991] S. 144ff.

<sup>27</sup> Vgl. [Klein/Dreis:1993] S. 103

<sup>28</sup> Treaty Of Amity And Cooperation. <http://www.asean.org>

<sup>29</sup> Die Fukuda-Doktrin steht für Japans Orientierung in Richtung Südostasien, auf der Suche nach rohstoffreichen Märkten nach der ersten Ölkrise 1973. Die Doktrin enthält drei Kernelemente. 1) Japan verzichtet auf eine militärische Rolle in Südostasien und trägt auf diese Weise zu Frieden und Wohlstand in der Region bei. 2) Japan arbeitet mit den Mitgliedern der ASEAN „von Herz zu Herz“. 3) Japan arbeitet gleichberechtigt mit der ASEAN und den Staaten in Indochina zur Gewährleistung von Frieden in der Region zusammen. Vgl. Kevenhörster Paul, Loewen Howard [K/L:2007]: Japan und die EU. In: Ehrhart Hans-Georg u.a. (Hrsg.): Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S. 216

<sup>30</sup> Die ehemalige Sowjetunion schloss im November 1978 einen Freundschafts- und Beistandspakt mit Vietnam und war dessen Waffenhauptlieferant im Bestreben die Rote Khmer zu stürzen. Die Rote Khmer intensivierte ihre Beziehungen mit der Volksrepublik China und begann Vietnam anzugreifen, was als Stellvertreterkrieg zwischen der UdSSR und der VR China galt. Daraufhin besetzte die vietna-

südostasiatische Gemeinschaft stärker zusammen und sie versuchte, eine gemeinsame Strategie zu finden.<sup>31</sup> Ihr standen dabei drei Optionen zur Verfügung: den Einmarsch Vietnams zu ignorieren, ein Militärbündnis gegen Vietnam zu bilden oder eine diplomatische und politische Kampagne gegen Vietnam zu führen. Im Kampf gegen die externen Machtkonstellationen entschied sich die ASEAN für die dritte Option. Dabei spielten aber nicht nur Macht- und Bedrohungsszenarien eine ausschlaggebende Rolle, sondern vor allem stand eine diplomatische und politische Strategie gegen Vietnam im Einklang mit den Verhaltens- und Verfahrensnormen der ASEAN.

Obwohl die Gemeinschaft jedoch nach außen hin geschlossen auftrat, gab es innerhalb der Mitglieder differenzierte Wahrnehmungen bezüglich der Bedrohung ihrer Sicherheit. Thailand und Singapur sahen in Vietnam die größte unmittelbare Bedrohung ihrer Sicherheit und befürworteten eine Allianz mit China gegen Vietnam. Für Indonesien und Malaysia hingegen stellte Peking längerfristig die größere Bedrohung dar.

ASEAN's Vermittlerrolle im Vietnamkrieg trug dazu bei, dass sich Vietnam aus Kambodscha zurückzog. Sie spielte dabei jedoch nur eine kleine Rolle und trat nicht alleine auf, sondern war Teil einer internationalen Gemeinschaft. Dies stand im Konflikt mit den Prinzipien der ZOPFAN und zeigt, dass die ASEAN zumindest zu Beginn ihre Deklarationen und Ziele nicht all zu Ernst nahm.<sup>32</sup>

Im Gegensatz zur ASEAN fiel die Initiierung des Mercosur – er wurde zu Beginn der 1990er Jahre gegründet – nicht mehr in die Zeit des Ost-West-Konfliktes, sondern in die post-bipolare Periode und in die Zeit des *Neuen* oder *Offenen Regionalismus*. Die Gründungsmitglieder betonten deshalb auch, dass das Abkommen als ein Projekt zu offener und tiefer regionaler Integration zu interpretieren sei. Lateinamerika folgte dabei einem globalen Trend, wobei die regionale Integration im Fall vom Mercosur auch auf die abnehmenden Rivalitäten zwischen Argentinien und Brasilien zurückzuführen war.<sup>33</sup> Beide Staaten kämpften seit ihrer Unabhängigkeit<sup>34</sup> um die regionale Vorherrschaft. Verschärft wurde diese Situation zusätzlich durch den Wettlauf um die Entwicklung von

---

mesische Armee Kambodscha. Mit Unterstützung der VR China, Thailands und der USA begann die Rote Khmer einen Guerillakrieg gegen Vietnam.

<sup>31</sup> Vgl. [Rüland:1995] S. 4

<sup>32</sup> Vgl. [Batabyal:2004] S. 357ff.

<sup>33</sup> Vgl. [Preusse:2004]: *The New American Regionalism*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar Publishing, 2004, S. 134

<sup>34</sup> Brasilien wurde 1822 unabhängig, Argentinien erlangte 1810 provisorisch seine Unabhängigkeit, 1816 erklärte sich das gesamte Vizekönigreich Río de la Plata für unabhängig.

Kernwaffen. In den 70er Jahren hatte Brasilien begonnen seine Außenhandelspolitik auf die lateinamerikanischen Nachbarn auszurichten und konnte sich so auch Argentinien annähern. Argentinien andererseits hatte eingesehen, dass es niemals die regionale Vormachtstellung erreichen würde, angesichts der brasilianischen Wachstumserfolge in den 1960er und 70er Jahren.<sup>35</sup>

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre schlossen Argentinien und Brasilien mehrere wirtschaftliche Abkommen. Gleichzeitig verbesserten sich auch ihre Beziehungen in sicherheitspolitischer Hinsicht. Brasiliens Nuklearprogramme scheiterten, weshalb Argentinien seine Befürchtungen aufgab, Brasilien könnte damit die Region destabilisieren. Für beide Länder schien eine Kooperation im sicherheitspolitischen Bereich als sinnvoll und steigerte das gegenseitige Vertrauen. Diesem plötzlichen Sinneswandel, weg von der langjährigen Rivalität hin zu einer Zusammenarbeit, lagen zunehmend gemeinsame außenpolitische Interessen zu Grunde. Nach dem Kalten Krieg tendierte Lateinamerika zu einer Politik des *constraint balancing*.<sup>36</sup> Es galt, sich von den USA zu diversifizieren. Für Brasilien, und zu einem bestimmten Ausmaß auch für Argentinien, wurde dies zum Hauptanliegen der Außenpolitik. Aber Bemühungen, sich vom Einfluss der USA zu befreien scheiterten. Im Gegenteil, die Präsenz der Großmacht nahm sogar noch zu, denn die USA wollten Lateinamerika vom Kommunismus befreien. Die Abhängigkeit von den USA als Handelspartner nahm sogar noch zu und der nördliche Nachbar stellte sich im Versuch die Schuldenkrise zu bewältigen als Hauptpartner heraus. Zusätzlich fühlten sich lateinamerikanische Länder vom US-amerikanischen Vorhaben, eine Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA)<sup>37</sup> mit Kanada und Mexiko zu gründen, bedroht.<sup>38</sup> Die südamerikanischen Staaten sahen in der Freihandelszone die Gefahr, gegenüber den mitwirkenden Staaten zurückzufallen und ohnmächtig deren wirtschaftlicher Erstarkung zusehen zu müssen. Abhilfe konnte nur die Bildung eines wettbewerbsfähigen Blocks schaffen. „(...) Mercosur (against USA) cannot be understood except against the background of their respective regional balances of power and the policies of the regionally

---

<sup>35</sup> Vgl. [Schirm:1997] S. 80f.

<sup>36</sup> Unter *constraint balancing* versteht man u.a. den Versuch, nach dem Ende des Kalten Kriegs die Macht der USA auszugleichen.

<sup>37</sup> Die drei Länder unterzeichneten 1992 das Abkommen zur NAFTA, das 1994 in Kraft trat.

<sup>38</sup> Vgl. Hurrell Andrew [Hurrell:1995]: Regionalism in Theoretical Perspective. In: Fawcett Louise, Hurrell Andrew: Regionalism in World Politics. Regional Organization and International Order. New York: Oxford University Press, 1995, S. 253ff.

dominant power“.<sup>39</sup>

Eine weitere Bedrohung stellte die mögliche Bildung einer wirtschaftlichen Triade dar. Die drei Großregionen Nordamerika, Westeuropa und Asien-Pazifik hatten 1990 einen Anteil von 85 % am Welthandel. Alleine waren die Staaten gegen diese Triade chancenlos.<sup>40</sup>

Das GATT wirkte sich für Entwicklungsländer negativ aus. Liberale Präferenzbedingungen für Dritte-Welt-Länder wurden abgebaut, und Lateinamerika geriet unter großen Druck. Es musste Maßnahmen ergreifen um die Produktivität zu steigern und dadurch wettbewerbsfähiger zu werden.<sup>41</sup>

Eine Lösung dieser bevorstehenden Probleme konnte für Argentinien und Brasilien nur in einem regionalen Zusammenschluss bestehen.

Daneben spielten auch noch machtpolitische Faktoren eine Rolle, die eine regionale Kooperation erleichterten. Die Beziehungen zwischen Argentinien und Chile standen wegen gegenseitiger Gebietsansprüche ständig unter Spannungen. Auf der anderen Seite zog sich das brasilianische Militär – das an der Grenze zu Argentinien stationiert war – in das brasilianische Amazonas Gebiet zurück und stellte von nun an für Argentinien keine unmittelbare Bedrohung mehr dar.

Der einsetzende Demokratisierungsprozess in Argentinien und Brasilien hatte zudem einen stabilisierenden Effekt auf ihre Beziehung und erleichterte ihre Annäherung.<sup>42</sup>

Aus diesem Kontext heraus sah das Gründungsdokument des Mercosur, im Gegensatz zu jenem der ASEAN, die Bildung eines Gemeinsamen Marktes vor. Es hatte weniger sicherheitspolitische Aspekte, sondern bezog sich vielmehr auf wirtschaftliche Ziele. Neben einer Freihandelszone und einer Zollunion wurde auch noch die Harmonisierung der Gesetzgebung in jenen Bereichen angestrebt, die die Integration betrafen.<sup>43</sup>

Die 90er Jahre und die veränderten Rahmenbedingungen hinterließen jedoch auch in Südostasien Spuren. Sie stellten für die Region eine Zeit des Wandels dar, sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene. Die große Bedrohung des Kommunismus hatte sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts scheinbar aufgelöst. Mit dem Zerfall

---

<sup>39</sup> [Hurrell:1995] S. 50

<sup>40</sup> Vgl. [Roloff:2001] S. 82

<sup>41</sup> Vgl. [Fischer:1999] S. 13

<sup>42</sup> Vgl. [Hurrell:1995] S. 256

<sup>43</sup> Vgl. [Fischer:1999] S. 15

der Sowjetunion und Vietnams sinkendem Einfluss in Indochina, verlor Südostasien sein externes Hauptrisiko. Hinzu kam noch die wirtschaftliche Stagnation. Der neorealistischen Annahme zufolge, hätte dies zur Auflösung der ASEAN führen müssen. Allerdings sorgte der strukturelle Wandel der Weltwirtschaft dafür, dass sich neue Bedrohungsszenarien auftraten. Die Formierung der NAFTA, des Mercosur und der EU bedeuteten für die ASEAN eine handelspolitische Blockbildung und eine Bedrohung für ihr Wachstum. Außerdem sahen die Mitglieder darin und in den gescheiterten GATT-Verhandlungen eine Hinwendung der Industriestaaten zum Protektionismus und damit zum Verlust von Exportmärkten. Parallel dazu bemühten sich die USA und Australien innerhalb der APEC ihre Liberalisierungspläne durchzusetzen, wodurch die Binnenmärkte zunehmend unter Druck gerieten. In China, Indien und Vietnam entstanden neue Billiglohnzentren, die als globale Konkurrenten zur ASEAN auftraten. Und Lateinamerika wurde nach einem katastrophalen Jahrzehnt, mit Projekten wie dem Mercosur, wieder interessant. Alles in allem schien die wirtschaftspolitische Lage für Südostasien zunehmend unter Druck zu geraten.

Mit dem Abbau US-militärischer Stationen tauchten neue sicherheitspolitische Fragen auf. Es wurde befürchtet, dass die Großmächte China, Indien oder Japan ihre Macht auf Südostasien ausweiten würden und sich die ASEAN wieder einem Hegemon unterstellen müsste. Aufrüstungsmaßnahmen in China und Indien führten zu einem wahren Rüstungswettlauf in Asien, an dem sich besonders kleinere Staaten der Region beteiligten. „Dabei werden enorme Mittel in die Modernisierung der Luft- und Seestreitkräfte gesteckt – ein eindeutliches Indiz dafür, dass es (...) zwischenstaatliche Bedrohungsperzeptionen sind, die das Sicherheitsverhalten bestimmten“.<sup>44</sup> Alte Konflikte lebten wieder auf. So hatte beinahe jeder ost- und südostasiatische Staat Gebietsansprüche gegenüber einem Nachbar. Mit den unstrittenen Hoheitsansprüchen im Südchinesischen Meer und dem Nuklearprogramm Koreas taten sich neue Konfliktfelder auf. Daneben gab und gibt es regionale Probleme wie Drogenhandel, Kriminalität, AIDS/HIV oder den internationalen Terrorismus.<sup>45</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass die ASEAN ab den 90er Jahren versuchte ihre sicherheitspolitische Kooperation zu intensivieren. Der damalige malaysische

---

<sup>44</sup> [Rüland:1995] S. 6

<sup>45</sup> Vgl. [Rüland:1995] S. 5f.

Verteidigungsminister rief zu einer regionale Verteidigungsgemeinschaft auf und auch der philippinische Verteidigungsminister forderte, die ASEAN in einen *powerful bloc* zu verwandeln, mit gemeinsamer Waffenproduktion, um externe Bedrohungen schlagkräftig abwehren zu können.<sup>46</sup>

Auf Grund seiner politischen Geschichte musste sich Südostasien viel stärker mit sicherheitspolitischen Aspekten auseinandersetzen als die Mercosur-Länder, die sich ganz der wirtschaftlichen Kooperation und Integration widmeten. Ein Aspekt, der bei der südostasiatischen Gemeinschaft lange vernachlässigt oder sogar ignoriert wurde.

Die ASEAN-Länder versuchten also auf die regionalen und globalen Veränderungen zu reagieren. Neben dem Beschluss, eine ASEAN-Freihandelszone einzuführen, sollte auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit vertieft und ausgeweitet werden. Dazu wurden Postministerielle Konferenzen (PMC) eingeführt. Die PMC stellen ein multilaterales Forum dar, in dem als Dialogpartner Australien, China, die EU, Indien, Japan, Kanada, Neuseeland, die USA, Südkorea und Russland teilnehmen. Diese Treffen, die zu Beginn im Wesentlichen auf wirtschaftliche und politische Diskussionen beschränkt waren, wurden zunehmend auch für sicherheitspolitische Themen wichtig. Darin zeigt sich die neue (sicherheits-)politische Ausrichtung der Gemeinschaft, die sich nicht mehr nur alleine auf die Region Südostasien beschränkt, sondern weiter ausgreift und auch globale Problem und Konflikte anspricht.<sup>47</sup>

### 3.4 Institutionalisation und Integration

Das Gründungsdokument der ASEAN wurde am 8. August 1967 unterzeichnet. Das besondere daran ist, dass es sich dabei nicht um einen Vertrag handelt, sondern um eine Deklaration, obwohl sie für die Mitgliedsstaaten die Gültigkeit eines solchen hat. In völkerrechtlicher Hinsicht ist diese Tatsache nicht von Bedeutung, da die festgeschriebenen Bestimmungen genauso bindend sind, wie die eines Vertrages. Der Unterschied wird erst in der politischen Praxis relevant. Durch die Festlegung auf eine Deklaration

---

<sup>46</sup> Vgl. [Dosch:1997] S. 161ff.

<sup>47</sup> Vgl. Dreis Barbara [Dreis:1994]: Die Zukunft der Assoziation südostasiatischer Staaten (ASEAN) aus europäischer Sicht. In: ASIEN 53, Oktober 1994, S. 13

sollte eine gewisse Informalität sowie unverbindlicher Charakter demonstriert werden, in der Praxis selber ist konkret erkennbar, dass die Mitgliedstaaten nicht bereit waren, ihre gerade erst erkämpfte Souveränität an eine übergeordnete Instanz abzugeben. „Die ASEAN war von Beginn an nicht als Instrument regionaler Integration, sondern als Mittel zur Absicherung nationaler Unabhängigkeit konzipiert.“<sup>48</sup> Die Vagheit der Deklaration zeigt sich auch in ihrer Organisationsform. Das oberste Entscheidungsgremium ist das jährliche ASEAN Ministerial Meeting (AMM), das eigentliche Verhandlungsforum bildet das ständige Komitee. Ein zentrales Sekretariat gab es bis 1976 nicht. Entscheidungen müssen auf Konsensbasis getroffen werden. Auf diese Weise müssen Staaten ihre nationalen Interessen nicht der gemeinsamen Politik unterordnen. Die Folge davon ist, dass kontroverse Fragen und Themen entweder nicht behandelt werden oder die gemeinsame politische Aussage so schwammig formuliert ist, dass sie nur noch geringe Aussagekraft hat. Durch diese Form der Organisation und den Verhaltenskodex wurde zunächst verhindert, dass sich eine gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Handlungsstrategie bilden konnte. Gleichzeitig bot diese Herangehensweise jedoch eine Möglichkeit, die heterogene Struktur der Mitglieder unter ein Dach zu bringen.<sup>49</sup>

Im Unterschied zur ASEAN handelt es sich beim Gründungsdokument des Mercosur nicht um eine Deklaration sondern um einen Vertrag. Er stellt die Grundlage zur Bildung des Mercosur dar, ist aber nicht als Gründungsdokument anzusehen, sondern muss vielmehr als Vorstufe zur Gründung betrachtet werden. Sogar der Vertragstitel – *Tratado para la constitución de un mercado común*/Vertrag **zur** Gründung des Gemeinsamen Marktes – gibt an, dass es sich dabei um einen Vertrag zur späteren Gründung eines Gemeinsamen Marktes handelt. Dementsprechend kurz und knapp ist der Vertrag selbst, der eine Vielzahl an programmatischen Festsetzungen und nur eine geringe Zahl an konkreten Normen beinhaltet und deshalb sogar von einem der Vertragsunterzeichner selbst als primitiv und einfach bezeichnet wurde.<sup>50</sup>

Die unterzeichneten Staaten verpflichteten sich, den Gemeinsamen Markt mit der Bezeichnung Mercosur bis zum 31. Dezember 1994 zu errichten. Während der Übergangsphase wurden vier Instrumente eingeführt um die Ziele zu erreichen: 1) ein Programm zur Wirtschaftsliberalisierung, 2) die Koordination der Wirtschaftspolitik, 3) ein ge-

---

<sup>48</sup> [Feske:1991] S. 142

<sup>49</sup> [Feske:1991] S. 141ff.

<sup>50</sup> Vgl. [Wehner:1999] S. 73f.

meinsamer Außenzoll, 4) sektorale Abkommen um den Gebrauch und die Mobilität der Produktionsfaktoren zu optimieren.<sup>51</sup> Die Ziele des Vertrages waren zwar sehr ehrgeizig, es zeigte sich aber, dass ein angemessener Plan zur Umsetzung fehlte. Nach der vierjährigen Frist waren die Binnenzölle erst zu 85 % gefallen und auch bei den Außenzöllen waren sich die Mitgliedsländer nicht immer einig. Besonders Brasilien – oder vielmehr die brasilianische Unternehmerschaft – wehrte sich gegen eine Annäherung an die niedrigen argentinischen Tarife und blockierte damit öfters den Integrationsprozess.<sup>52</sup>

Dem Vertrag von Asunción zufolge besteht der Mercosur aus dem CMC und dem GMC. Der CMC ist das oberste Organ des Mercosur und für die politische Leitung sowie für Entscheidungen zuständig, die zu treffen sind um den Gemeinsamen Markt funktionsfähig zu machen. Er besteht aus den Außen- und WirtschaftsministerInnen der Mitgliedsländer und trifft sich so oft wie nötig, aber mindestens einmal im Jahr, wobei auch die Staats- und Regierungsoberhäupter teilzunehmen haben. Der GMC ist das Exekutivorgan und besteht aus den AußenministerInnen. Seine vier Aufgaben sind: die Einhaltung des Vertrages zu überwachen; die nötigen Entschlüsse zu fassen um die Entscheidungen des CMC umsetzen zu können; die notwendigen Maßnahmen bezüglich des Programms zur Wirtschaftsliberalisierung zu treffen, die Koordination der makroökonomischen Politiken und Verhandlungen mit Drittstaaten; das Arbeitsprogramm vorzugeben um das Ziel eines Gemeinsamen Marktes zu erreichen. Um seiner Aufgabe gerecht zu werden, kann der GMC Subgruppen einsetzen.

Darüber hinaus wurde im Vertrag erwähnt, ein Verwaltungssekretariat und eine Gemeinsame Parlamentarische Kommission einzurichten. Die Einführung eines Streitschlichtungsorgans war nicht vorgesehen. Sollte es zwischen den Vertragspartnern zu Konflikten kommen, sollten diese durch gemeinsame Verhandlungen gelöst werden. Wird dadurch keine Einigung erzielt, wird das Problem der Gruppe des Gemeinsamen Marktes vorgelegt.<sup>53</sup>

Vier Jahre später, am 17. Dezember 1994 wurde das Protokoll von Ouro Preto unterzeichnet. Für den Mercosur stellt dieses Protokoll die wichtigste Rechtsquelle dar. Da der Vertrag von Asunción jedoch nur ein Vertrag *zur* Gründung des Gemeinsamen

---

<sup>51</sup> Vgl. Tratado de Asunción. <http://www.mercosur.int>

<sup>52</sup> Vgl. [Fischer:1999] S. 15

<sup>53</sup> Vgl. Tratado de Asunción. <http://www.mercosur.int>

Marktes ist, hätte laut Magariños ein Gründungsvertrag aufgesetzt werden müssen, der den Vertrag von Asunción ersetzt, und die Ziele, Normen und Verfahren klar benennt.

„Nach Ablauf der Übergangsphase, und obwohl eine seiner Klauseln eine unbegrenzte Gültigkeit festlegt, muß der Vertrag von Asunción notwendigerweise durch einen anderen ersetzt werden, der die ausdrücklich provisorischen Regelungen fast aller Artikel aufhebt“.<sup>54</sup>

Das Protokoll von Ouro Preto ist aber lediglich eine Weiterentwicklung der vier genannten Ziele.<sup>55</sup>

Ein wichtiger Bestandteil des Protokolls ist der Ausbau der Organstruktur des Mercosur. Es ist vorgesehen, dass der Mercosur aus sechs Organen besteht. Zwei davon wurden schon mit dem Vertrag von Asunción eingeführt:

- El Consejo del Mercado Común – Rat des gemeinsamen Marktes (CMC)
- El Grupo Mercado Común – Gruppe des gemeinsamen Rates (GMC)

Die Schaffung zweier weiterer Organe wurde im Vertrag von 1991 schon erwähnt:

- La Secretaría Administrativa del Mercosur – Verwaltungssekretariat (SAM)
- La Comisión Parlamentaria Conjunta – Gemeinsame Parlamentarische Kommission (CPC)

Zwei neue Organe wurden hinzugefügt:

- La Comisión de Comercio – Handelskommission (CCM)
- El Foro Consultivo Económico-Social – Wirtschafts- und Sozialforum (FCES)<sup>56</sup>

An der Ausweitung der Organe und ihrer funktionalen Differenzierung lässt sich der zunehmende Integrationsprozess erkennen. Zusätzlich wurde im Artikel 47 des Protokolls angeführt, dass die Möglichkeit besteht die Struktur zu überarbeiten und auszubauen.

---

<sup>54</sup> Magariños: Uruguay en el Mercosur, S.103, zitiert nach: [Schonebohm:1997] S. 16

<sup>55</sup> Vgl. [Schonebohm:1997] S. 16

<sup>56</sup> Vgl. Protocolo de Ouro Preto. <http://www.mercosur.int>

Beim strukturellen Aufbau lehnte sich der Mercosur an das Vorbild der EU an, blieb aber im intergouvernementalen Bereich. Dadurch gab es wie bei der ASEAN keinen Transfer nationaler Kompetenzen auf eine höhere Ebene. Die drei wichtigsten Organe sind der CMC, der GMC und die CCM. Sie haben intergouvernementale Entscheidungskapazität. Hierarchisch folgt dem CMC der GMC und ihm wiederum die CCM<sup>57</sup>.

#### *El Consejo del Mercado Común*

Dem Protokoll von Ouro Preto zufolge ist der Rat das höchste und wie der GMC ein ständiges Organ des Mercosur. Ihm obliegt die politische Leitung des Integrationsprozesses und er hat Entscheidungsgewalt, um Ziele und Verfassung des Gemeinsamen Marktes zu erreichen und einhalten zu können. An der Zusammensetzung des Rates, so wie sie im Vertrag von Asunción angeführt wurde, änderte sich nichts, allerdings müssen die Versammlungen von da ab an mindestens einmal im Halbjahr stattfinden.

Die Befugnisse und Aufgaben, die im Vertrag von 1991 noch relativ vage und ungenau definiert waren, wurden teilweise konkretisiert und erweitert. Der CMC überwacht die Einhaltung des Vertrages von Asunción und seiner Protokolle und entscheidet über Anträge des GMC. Er unternimmt die notwendigen Schritte, den Gemeinsamen Markt zu errichten und vertritt ihn nach außen. MinisterInnenrunden können vom CMC einberufen werden und er hat das Recht, neue Organe einzuführen, zu reformieren oder abzuschaffen. Es steht ihm zu, den Direktor des SAM zu ernennen, er hat Befugnisse in Finanz- und Haushaltsfragen und genehmigt die Geschäftsordnung des Gemeinsamen Marktes. All diesen Aufgaben kommt der Rat durch die Verabschiedung von Entscheidungen nach, die für alle beteiligten Staaten zwingend sind.<sup>58</sup> Im Zuge der MinisterInnen-treffen kommen die PräsidentInnen der vier Staaten zusammen. Dadurch gibt der Rat „(...) entscheidende Impulse für den Fortgang des Projektes (...). In dem Rat wird daher zu Recht das dynamischste und einflußreichste Organ des Mercosur gesehen“.<sup>59</sup>

#### *El Grupo del Mercado Común*

Der GMC ist, wie auch schon im Vertrag von Asunción angeführt wurde, das Exekutivorgan des Mercosur. Er besteht aus jeweils vier ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern pro Land, die aus dem Außen- und Wirtschaftsministerium und von der

---

<sup>57</sup> [Schirm:1997] S. 87

<sup>58</sup> Vgl. Protocolo de Ouro Preto. <http://www.mercosur.int>, Art. 3-9

<sup>59</sup> [Wehner:1999] S. 86

Zentralbank kommen müssen. Um ihre Aufgaben gerecht zu erfüllen, kann die Gruppe RepräsentantInnen der öffentlichen Verwaltung oder der Institutionen des Mercosur zu Hilfe holen. Sie trifft sich so oft wie notwendig in ordentlichen und außerordentlichen Treffen, entsprechend der Geschäftsordnung.

Die Aufgaben des GMC liegen darin, die Einhaltung der Ziele des Vertrags von Asunción und der Protokolle zu gewährleisten und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen um die Entscheidungen des CMC umsetzen zu können. Er kann dazu Entscheidungsvorschläge an den Rat geben und legt Programme fest, um die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes zu fördern. Der GMC kann Arbeitsgruppen einführen und wenn der Rat entsprechende Befugnisse erteilt, kann er auch mit Drittstaaten verhandeln. Er hat Entscheidungsgewalt in Finanz- und Haushaltsangelegenheiten, organisiert die Versammlungen des Rates, wählt den Direktor des SAM und überwacht die Aktivitäten des Sekretariats. Zu seinen weiteren Aufgaben gehört, dass er die Geschäftsordnung der Handelskommission und des Wirtschafts -und Sozialforums genehmigt. Diese Aufgaben und Funktionen erfüllt der GMC mit Resolutionen, sie sind der einzige Rechtsakt zu dem die Gruppe berechtigt ist<sup>60</sup>.

#### *La Comisión de Comercio del Mercosur*

Die Handelskommission wurde vom Rat eingerichtet und hilft der Gruppe des Gemeinsamen Marktes die Anwendung der gemeinsamen handelspolitischen Instrumente, die für das Funktionieren der Zollunion notwendig sind, zu kontrollieren, sowie handelspolitische Angelegenheiten des intraregionalen Handels und den Handel mit Drittstaaten zu überwachen. Wie der GMC setzt sich die Handelskommission aus jeweils vier vollwertigen und stellvertretenden Mitgliedern pro Staat zusammen. Aus welchen Resorts die Mitglieder stammen müssen, wurde im Protokoll nicht festgelegt. Die Kommission trifft sich mindestens einmal im Monat, oder, wenn eine Versammlung von der Gruppe oder einem Mitgliedsland beantragt wird. Neben der Überwachung der handelspolitischen Instrumente, hat sie auch Entscheidungsgewalt in sämtlichen Bereichen die mit der Einführung und Anwendung der Zollunion zu tun haben. Die Kommission hat das Recht, in ihren Zuständigkeitsbereich fallende Vorschläge an die Gruppe zu bringen und kann technische Komitees einrichten, die ihr helfen, ihre Aufgaben gerecht zu erfüllen.

---

<sup>60</sup> Vgl. Protocolo de Ouro Preto. <http://www.mercosur.int>, Art. 10 - 15

Weiters stehen der CCM *Secciones Nacionales*<sup>61</sup> zur Seite, deren Forderungen und Mahnungen sie berücksichtigen muss. Zur Verwirklichung der Aufgaben und Funktionen kann die Kommission Richtlinien vorgeben und Vorschläge machen.<sup>62</sup>

Im Unterschied zu den eben genannten Organen, dem CMC, dem GMC und der CCM, haben die CPC und das FCES keine Entscheidungsbefugnis sondern nur repräsentativen und beratenden Charakter.

#### *La Comisión Parlamentaria Conjunta*

Die Gemeinsame Parlamentarische Kommission ist das Repräsentativorgan der nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten. Sie besteht aus nationalen ParlamentarierInnen, die zu gleicher Anzahl aus jedem Land entsendet werden. Die CPC hat die Aufgabe, die internen Verfahren der beteiligten Staaten bezüglich Einführung und Einhaltung der Normen des Mercosur zu überwachen. Außerdem hilft sie mit, die nationalen Gesetzgebungen zu harmonisieren. Die CPC kann dem Rat über den GMC Empfehlungen zukommen lassen, um ihre Aufgaben wirksam werden zu lassen.<sup>63</sup>

An den Bestimmungen im Protokoll von Ouro Preto wird deutlich, dass es sich bei der CPC nicht wirklich um ein gemeinsames Parlament handelt, sondern es ist vielmehr ein Konsultativorgan ohne Entscheidungsbefugnis, das vor allem die Kommunikation zwischen den nationalen Parlamenten und dem Mercosur fördern soll.<sup>64</sup>

#### *El Foro Consultativo Económico-Social*

Der FCES besteht aus VertreterInnen wirtschaftlicher und sozialer Bereiche und repräsentiert diese. Seine Aufgabe wurde nur insofern genauer definiert, als er eine beratende Funktion innehat und sich mit Empfehlungen an die Mercosur-Gruppe wenden kann.

#### *La Secretaría Administrativa*

Das SAM – das zunächst nur als Stelle zur Archivierung der Dokumente eingerichtet wurde – wurde mit dem Protokoll von Ouro Preto deutlich aufgewertet. Auch wenn es keine Entscheidungsbefugnis hat, wurde es zu einem selbständigen Organ. Da es operati-

---

<sup>61</sup> Eine Sección Nacional besteht aus denjenigen Mitgliedern der Handelskommission, die aus dem selben Staat kommen.

<sup>62</sup> Vgl. Protocolo de Ouro Preto. <http://www.mercosur.int>, Art. 16 - 21

<sup>63</sup> Vgl. Protocolo de Ouro Preto. <http://www.mercosur.int>, Art. 22 - 27

<sup>64</sup> Vgl. [Wehner:1999] S. 93

ve Funktion hat, soll es seine Dienstleistungen allen anderen Institutionen des Mercosur zukommen lassen und wirkt so als Verbindungsbrücke zu den anderen Organen. Zu den Aufgaben gehört die Übersetzung und Archivierung der Normen und Rechtsakte des Gemeinsamen Marktes und deren Publikation im neu geschaffenen *Boletín Oficial del Mercosur*. Das SAM hilft den Versammlungen des Rates, der Gruppe und der Handelskommission in logistischen Aspekten, sofern die Treffen am Sitz des Sekretariats (Montevideo) stattfinden.

Das Verwaltungssekretariat ist einer Direktorin bzw. einem Direktor unterstellt, die/der vom Gemeinsamen Rat bestimmt wird und für zwei Jahre ihr/sein Amt innehat.<sup>65</sup>

Durch die Art der Organisationsstruktur – Wolfram Klein bezeichnet sie als „institutionellen Minimalismus“<sup>66</sup> – nehmen die nationalen Regierungen eine wichtige Position im Entscheidungsfindungsprozess ein. „Die jeweiligen Regierungen besitzen aufgrund der Entscheidungsfindung des CMC ein klares Übergewicht gegenüber den übrigen Institutionen“.<sup>67</sup> Die nationalen Parlamente spielen gegenüber den Regierungen eine vergleichsweise geringe Rolle. Sie fungieren als „Transmissionsriemen“,<sup>68</sup> um Entscheidungen des CMC in den jeweiligen Parlamenten umzusetzen und dadurch eine einheitliche Gesetzgebung zu erreichen. Die einzelnen Parlamente haben jedoch keine Möglichkeit ihre Wünsche und Forderungen an den Rat zu bringen oder diese rechtswirksam werden zu lassen.<sup>69</sup>

„Der Vorteil dieser intergouvernementalen Praxis besteht darin, daß gefaßte Beschlüsse von den Mitgliedstaaten leichter umgesetzt werden können als dies bei einer stärker demokratischen Rückkoppelung der Fall wäre. Die Regierungen der Mitgliedstaaten sind die Hauptakteure; es sind noch keine Kompetenzen an supranationale Institutionen abgegeben worden. (...) Der Nachteil besteht in einem Mangel an Legitimation bei Parteien und Verbänden, die wenig formelle Möglichkeiten haben, um sich auf oberster Ebene Gehör zu verschaffen“<sup>70</sup>.

---

<sup>65</sup> Vgl. Protocolo de Ouro Preto. <http://www.mercosur.int>, Art. 31 – 33

<sup>66</sup> Klein Wolfram [Klein:1991]: Lernprozeß Integration: Unternehmer und Gewerkschaften im Mercosur. In: Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation. Sechs Jahre Mercosur – Zwischenbilanz und Zukunft. Nr. 34/35, August 1997, S. 79

<sup>67</sup> [Schonebohm:1997] S. 17

<sup>68</sup> [Schonebohm:1997] S. 17

<sup>69</sup> Vgl. [Schonebohm:1997] S. 17

<sup>70</sup> [Fischer:1999] S. 17

Bei der Gründung der ASEAN nun war es, wie auch beim Mercosur, nicht vorgesehen, eine supranationale Institution einzurichten, d.h. sie handelte somit auf intergouvernementaler Ebene. Die Motive, die zur Entstehung der südostasiatischen Gemeinschaft führten, waren zumindest zu Beginn vorwiegend sicherheitspolitische. Eine Kooperation im wirtschaftlichen, kulturellen oder sicherheitspolitischen Bereich wurde offiziell angestrebt, aber keiner der Mitgliedstaaten unternahm tatsächlich Bemühungen in diese Richtung. Inoffiziell sollte lediglich eine gemeinsame Strategie gegen externe Bedrohungen verfolgt werden. Demnach unterscheidet sich auch die primäre Organstruktur der ASEAN vom Mercosur. Es wurde ein jährliches Treffen der AußenministerInnen (*ASEAN Ministerial Meetings – AMM*) eingeführt. Das *standing committee* (ständiger Ausschuss) aus den BotschafterInnen unter dem Sitz der Außenministerin oder des Außenministers des Gastgeberlandes sollte die Arbeit in der Zeit zwischen den *ASEAN Ministerial Meetings* weiterführen. Zusätzlich wurden ad-hoc Komitees und ständige Komitees eingerichtet, die aus SpezialistInnen und BeamtInnen für spezifische Fachgebiete bestanden. Daneben sollte in jedem Mitgliedsland ein nationales Sekretariat eingeführt werden, um nationale und gemeinsame Interessen zu koordinieren und die Umsetzung beschlossener Maßnahmen zu überwachen.<sup>71</sup>

Ende der 70er Jahre versuchte die ASEAN, vor dem Hintergrund des kommunistischen Einflusses in der Region, seine geringe Institutionalisierung und Zusammenarbeit zu verstärken. Dazu wurde die Organisationsstruktur erneuert und ausgebaut.

#### *ASEAN-Summit*

Es wurde das Treffen der Staats- und Regierungsoberhäupter (ASEAN Summit) eingeführt, das seither die höchste Verfahrensebene darstellt. Zunächst fand es nicht regelmäßig statt, nur, wenn es nötig erschien.<sup>72</sup> 1992 wurde der ASEAN Summit institutionalisiert und findet seit dem alle drei Jahre statt. In den Jahren dazwischen gibt es informelle Treffen.<sup>73</sup>

#### *ASEAN-Sekretariat*

Ein wichtiger Punkt der Bangkok-Deklaration war die Einführung eines ASEAN-Se-

---

<sup>71</sup> Vgl. The ASEAN Declaration. <http://www.aseansec.org>

<sup>72</sup> Vgl. Declaration of ASEAN Concord. <http://www.asean.org>

<sup>73</sup> Vgl. Singapore Declaration. <http://www.asean.org>

kretariats mit Sitz in Jakarta. Mit der Auswahl von Jakarta sieht sich Lau<sup>74</sup> in seiner Annahme bestätigt, dass Indonesien die Rolle der Führerin oder des Führers der ASEAN eingenommen hat. Dafür spricht auch, dass Indonesien den ersten Generalsekretär stellte und dass das erste Gipfeltreffen auf Bali stattfand.<sup>75</sup> Da das Generalsekretariat lediglich eine Koordinierungs- und Ratgeberfunktion innehatte und keine Entscheidungsbefugnis, waren seine Kompetenz sehr begrenzt.<sup>76</sup> 1992 wurde das Generalsekretariat aufgewertet. Seit dem beträgt die Amtszeit der Generalsekretärin bzw. des Generalsekretärs fünf Jahre. Sie/Er koordiniert und implementiert ASEAN-Aktivitäten und repräsentiert die Gemeinschaft nach außen indem sie/er Gespräche mit anderen internationalen Organisationen führt. Die Anzahl der MitarbeiterInnen im Sekretariat wurde erhöht. Dabei wurden DiplomatInnen von Fachleuten ersetzt, was die Kompetenz des Sekretariats bedeutend steigerte<sup>77</sup>.

Dem ASEAN Summit unterstehen auf gleicher Ebene die *WirtschaftsministerInnen (AEM)*, das *MinisterInnentreffen (AMM)* – in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Handel, Energie, Umwelt, Finanzen, Information, Investment, Arbeit, Gesetzgebung, regionale Smogbildung, ländliche Entwicklung und Armutsbeseitigung, Wissenschaft und Technologie, Sozialhilfe, transnationale Kriminalität, Tourismus, Jugendliche, ASEAN Investment Area<sup>78</sup> und AFTA – , das *Treffen der FinanzministerInnen (ASEAN Finance Ministers Meeting - AFMM)* und „andere“ *MinisterInnen (Others)*. Ihnen sind wieder entsprechende Treffen und Komitees unterstellt.<sup>79</sup>

Zur Streitschlichtung besitzt die ASEAN bisher zwei Instrumente: den *High Council* (Hoher Rat) und die *ASEAN-Troika*.

### *High Council*

Der *High Council* wurde auf dem Gipfeltreffen in Bali 1976 im Rahmen des TAC zum ersten Mal erwähnt. Er besteht aus RepräsentantInnen aller Mitgliedsländer. Mit der

---

<sup>74</sup> Lau ist Professor an der National University of Singapore und Experte für Asienwissenschaften.

<sup>75</sup> Vgl. [Lau:1990] S. 116

<sup>76</sup> Vgl. [Klein/Dreis:1993] S. 103

<sup>77</sup> Vgl. [Rosenbusch:2003] S. 48f.

<sup>78</sup> Vertrag zwischen den ASEAN-Mitgliedsländern um Direktinvestitionen gegenseitig zu fördern.

<sup>79</sup> Siehe Abb. 2.2 Organisationsstruktur

Einführung des Hohen Rates hätten die Staaten erstmals Teile ihrer Souveränität an eine höhere Instanz abgegeben. Seine Rolle wurde aber durch einen Artikel eingeschränkt,<sup>80</sup> der besagt, dass die Bestimmungen des *High Council* nur dann anwendbar sind, wenn alle an dem Disput beteiligten Parteien der Anwendung der Bestimmungen zustimmen. „The foregoing provision of this Chapter shall not apply to a dispute unless all the parties to the dispute agree to their application to that dispute“.<sup>81</sup> Dadurch wurde das Risiko, Souveränitätsverluste hinnehmen zu müssen, stark relativiert. Der High Council wurde bis jetzt noch nie einberufen.

### *ASEAN-Troika*

Als zweites Instrument steht der südostasiatischen Gemeinschaft die ASEAN-Troika zur Verfügung. Sie ist eine ad-hoc Institution und wurde vor allem auf Grund der Handlungsunfähigkeit der ASEAN während der Osttimor-Krise<sup>82</sup> ins Leben gerufen. Das Prinzip der Nichteinmischung wird durch die Troika nicht verletzt. Sie ist überdies an derart viele Auflagen gebunden, dass eher ihre Funktionsfähigkeit in Frage gestellt wird. Außerdem ist nicht klar wie der *High Council* und die Troika ihre Aufgaben voneinander abgrenzen sollen.<sup>83</sup> Konflikte und kontroverse Themen werden weiterhin auf informellen Dialogtreffen zu behandeln versucht, oder einfach nicht weiter beachtet, wenn keine Lösungsfindung möglich scheint. Offene Konfliktaustragung und die damit verbundene Einberufung des High-Council oder der Troika gehört nicht zu den Prinzipien und zum ASEAN-Way.

Anhand dieser Organisationsstruktur ist erkennbar, dass die ASEAN bemüht ist, ihre Kooperation auszuweiten und die Integration zu intensivieren. An der Einführung einer übergeordneten Instanz ist sie nicht interessiert. Das zeigt sich deutlich in den Einschränkungen des High Council und der Troika, aber auch in der immer noch fehlenden Kompetenz des Generalsekretariats, die ihm eigentlich als solches zustehen würde. Aber die Abgabe von Teilen der Souveränität entspricht nicht den Prinzipien der ASE-

---

<sup>80</sup> Vgl.[Feske:1991] S. 144f.

<sup>81</sup> Treaty Of Amity And Cooperation. <http://www.asean.org>

<sup>82</sup> Osttimor wurde 1975/76 von Indonesien völkerrechtswidrig annektiert. Während der 24 Jahre langen Okkupation kamen etwa 200.000 Menschen ums Leben. Nach einem Referendum 1999, das pro Unabhängigkeit ausging, nahm die Gewalt sogar noch zu. Unter der Verwaltung der UNTAET wurde Osttimor 2002 unabhängig.

<sup>83</sup> Vgl.[Rüland: 2002] S. 151f.

AN. Dabei wäre jedoch eine solche Institution, wie später noch gezeigt wird, für die Bewältigung regionaler Krisen und Konflikte von großer Bedeutung.

In ökonomischer Hinsicht wurden Ende der 1970er Jahre erstmals konkrete Vorschläge für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit genannt.<sup>84</sup> Dennoch blieb die Kooperation durch die in der Bali Deklaration festgeschriebenen Maßnahmen eher gering. Die drei Kernpunkte zur Wirtschaftssteigerung waren präferentielle Handelsabkommen (Preferential Trading Arrangement – PTA), gemeinsame Industrien (Joint Industrial Venture - JIV) und ökonomische Beziehungen zu freien Marktwirtschaften (USA, Japan, EG, Australien, Neuseeland und Kanada). Auf die Liste des PTA kamen über zehntausend Güter und Waren. Allerdings wurden die meisten dieser Güter entweder örtlich hergestellt oder die Nachfrage war so gering, dass das Ziel, den intraregionalen Handel auszubauen, nicht erreicht wurde. „In fact, trade between the ASEAN states and other countries has grown appreciably faster than has the intra-ASEAN trade“.<sup>85</sup> Die JIV stellten sich ebenfalls als zu optimistisch eingeschätzt heraus. Auf dem Gipfeltreffen von Bali bot jedes Land ein Industrieprojekt an, das von den anderen übernommen werden sollte. Bis 1990 wurden nur die Projekte Indonesiens und Malaysias fertig gestellt. Die Gründe für die misslungenen Anstrengungen der JIV sind erstens, dass Japan der Hauptinvestor war und nicht die ASEAN-Staaten. Zweitens wurden Projekte angeboten, die die anderen Staaten nicht benötigten. Darüber hinaus stellten die ASEAN-Länder ihre nationalen Interessen über die der Gemeinschaft. Selbst innerhalb der ASEAN konkurrierten die Staaten bis in die 90er noch. „Each ASEAN state aims to foster its own national development (...)“.<sup>86</sup>

Neuen Auftrieb bekam die Integration und Kooperation der Gemeinschaft durch die Gründung der ASEAN-Freihandelszone (AFTA). Innerhalb von fünfzehn Jahren – bis 2008, später auf 2003, dann auf 2002 vorverlegt – sollte die AFTA voll funktionsfähig sein. Der Abbau der Zölle wurde im *Agreement on the Common Effective Preferential Tariff Scheme for the ASEAN Free Trade Area* geregelt. Bis 2008 sollten die Zölle für Industrieprodukte stufenweise abgebaut werden. Auch nichttarifäre Handelshindernisse

---

<sup>84</sup> Vgl. Declaration of ASEAN Concord. <http://www.asean.org>

<sup>85</sup> [Lau:1990] S. 118

<sup>86</sup> [Lau:1990] S. 118

sollten bis dahin weitgehend beseitigt sein.<sup>87</sup> Der AFTA wurde zunächst mangelnder politischer Wille zur tatsächlichen Umsetzung vorgeworfen. Ein Grund dafür war, dass sowohl Agrarprodukte und Dienstleistungen nicht unter die Liberalisierungsmaßnahmen fielen, ein weiter die Ausnahmeliste für besonders konkurrenzanfällige Produkte. Zunächst schienen KritikerInnen recht zu behalten, denn nur Singapur und Malaysia traten der AFTA sofort bei, alle anderen nahmen vom dreijährigen Beitrittsaufschub Gebrauch. Die bevorstehende Ratifizierung der NAFTA und der Druck der von den APEC-Ländern ausging, eine asien-pazifikweite Freihandelszone zu errichten, sorgten dafür, dass Ende 1993 alle Mitglieder beschlossen, sofort mit dem Zollabbau zu beginnen und die Ausnahmeliste zu kürzen. 1994 wurde die Zollabbauphase auf zehn Jahre gekürzt und die Erarbeitung eines Patentregimes angekündigt. Dadurch stieg die Glaubwürdigkeit der AFTA erheblich an.<sup>88</sup>

Der Mercosur, im Gegensatz zur ASEAN, sah schon im Gründungsdokument die Errichtung einer Freihandelszone vor. Dieses Ziel wurde bis 1995 weitgehend erreicht. Die Zölle zwischen den Mitgliedsländern wurden gesenkt, wodurch der innerregionale Handel anstieg. Was insofern eine bemerkenswerte Leistung war, als zu Beginn der Kooperation der Handel zwischen den vier Partnerländern sehr gering war, besonders zwischen Argentinien und Brasilien. Das Ziel, eine Zollunion einzurichten war bis 1995 nicht vollständig gelungen. Sie trat zwar mit 1. Jänner 1995 in Kraft, ihre Umsetzung dauerte aber bis nach der Jahrtausendwende. Noch heute darf jedes Mitgliedsland hundert Produkte auf die Ausnahmeliste setzen. Argentinien und Brasilien müssen bis 2010 diese Liste auflösen, Paraguay und Uruguay bis 2015.<sup>89</sup> Dennoch konnte zu diesem Zeitpunkt – Mitte der 1990er Jahre – von einer zunehmenden Integration gesprochen werden, die sich neben der wirtschaftlichen Kooperation in einer steigenden Institutionalisierung zeigte.

Um den Integrationsprozess voranzutreiben wurde 1995 das *Programa de Acción del Mercosur Hasta El Año 2000* ins Leben gerufen, ein Aktionsprogramm des CMC.

---

<sup>87</sup> Vgl. Framework On Agreements On Enhancing ASEAN Economic Cooperation. Vgl. auch Agreement On The Common Effective Preferential Tariff Scheme For The ASEAN Free Trade Area. <http://www.asean.org>

<sup>88</sup> Vgl. [Rüland:1995] S. 6f.

<sup>89</sup> Vgl. [Schirm:1997] S. 90ff. und Arancel Externo Común. [www.mercosur.int](http://www.mercosur.int)

Die Absicht dieses Programms war die Vertiefung der Integration zwischen den vier Mitgliedsländern. Dafür war es notwendig, die Gebiete, Instrumente und Mechanismen festzulegen, die benötigt werden, um einen Gemeinsamen Markt zu errichten. Das oberste Ziel des Mercosur bis 2000 war eine vertiefte Integration durch Festigung und Weiterbildung der Zollunion. Auffallend ist, dass nur von einer Zollunion die Rede war, und nicht von einem Gemeinsamen Markt, dessen Verpflichtungen Schonebohm zufolge, über die einer Zollunion hinausgehen würden.

Der Hauptteil des Programms – bzw. der am genauesten definierte Teil – bezog sich auf die Konsolidierung des Freihandels und des Wettbewerbs innerhalb des Mercosur und auf die Entwicklung einer gemeinsamen Handelspolitik. Weit weniger ausgeführt, aber dennoch wichtig, war derjenige Teil des Programms über die rechtlich-institutionelle Entwicklung. Bis zum Jahr 2000 sollten die mit dem Protokoll von Ouro Preto neu eingerichteten Institutionen den Integrationsprozess vorantreiben. Danach sollte dieser Prozess ausgewertet werden und eventuell notwendige Handlungen und Änderungen der Funktionen der Organe vorgenommen werden. Dem CCM kommt seit dem Aktionsprogramm eine neue, zusätzliche Aufgabe zu. Neben der Beschäftigung mit handelspolitischen Angelegenheiten sollte er von da an auch als Forum zur Streitschlichtung dienen. Denn: „Weder ist die Schaffung einer supranationalen gesetzgebenden Institution noch die Einrichtung eines Obersten Gerichts des Mercosur vorgesehen“.<sup>90</sup> Vielmehr sahen das Aktionsprogramm, wie auch schon der Vertrag von Asunción und die Protokolle, eine „personelle Zusammensetzung“<sup>91</sup> der Entscheidungsorgane vor. Dadurch wurden aktive Regierungsmitglieder mit der Lösungs- und Entscheidungsfindung betraut.

Der zweite Teil des Programms gibt Auskunft über die Vertiefung der Integration Auskunft und die angestrebten externen Beziehungen zur WTO, der ALADI, der EU, der NAFTA und anderen Drittländern und Integrationsprojekten.<sup>92</sup>

Beim Vergleich der Institutionen der ASEAN mit dem Mercosur fällt auf, dass der Gemeinsame Markt über keine sicherheitspolitische Institution verfügt. Die ASEAN hingegen führte 1993 das ASEAN-Regionalforum (ARF) ein. Es ist

„(...) die wichtigste multilaterale, sicherheitspolitische Institution im asiatisch-pazifischen Raum. Die prominente Rolle der Organisation im ARF sowie die

---

<sup>90</sup> [Schonebohm:1997] S. 22

<sup>91</sup> [Schonebohm:1997] S. 22

<sup>92</sup> Vgl. [Schonebohm:1997] S. 21ff. und vgl. <http://www.mercosur.int>

Etablierung eines regelmäßigen europäisch-asiatischen Treffens – des „Asia-Europe Meeting“ (ASEM) – vergrößerten das Gewicht der Organisation in der internationalen Politik deutlich<sup>93</sup>.

Die zwei Hauptanliegen des ARF sind:

- einen konstruktiven Dialog und Beratungs- und Informationsgespräche in politischen und Sicherheitsanliegen zu fördern
- einen bedeutenden Beitrag zu den Bemühungen, eine vertrauensbildende und vorbeugende Diplomatie in der asiatisch-pazifischen Region zu leisten.<sup>94</sup>

Beide Ziele basieren auf den Prinzipien des TAC. Zu den beteiligten Staaten des ARF zählen die ASEAN, die DialogpartnerInnen der ASEAN (USA, Kanada, Australien, Neuseeland, EU, Japan, Südkorea), China, Russland, Vietnam, Laos, und Papua-Neuguinea. Das ARF grenzt sich bewusst von der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ab. Offizielle Begründung ist, dass die KSZE zu wenig kompetent sei. Inoffiziell gilt allerdings, dass das ARF die mit der KSZE verbundenen Verpflichtungen hinsichtlich der Menschenrechte nicht übernehmen will.<sup>95</sup> Das erste offizielle Treffen des ARF fand im Juli 1994 statt. Die hohen Erwartungen an das Treffen wurden nicht erfüllt. Diskussionen zu aktuellen Konflikten fanden nur oberflächlich statt.<sup>96</sup> Auch das zweite Treffen verlief enttäuschend, wenn auch zumindest mehr Themenbereiche angesprochen wurden.

Zehn Jahre nachdem das ARF eingeführt wurde, erklärten die ARF MinisterInnen, dass trotz der großen Heterogenität vieles erreicht wurde, was Frieden, Sicherheit und Kooperation in der Region förderte. Dazu zählen u.a.:

- Das ARF ist ein Ort multi- und bilateraler Gespräche und ein Ort der Entscheidungsfindung unter Berücksichtigung des Konsensprinzips und der Nicht-

---

<sup>93</sup> [Nabers/Ufen:2004] S. 45

<sup>94</sup> Vgl. [ARF] <http://www.aseanregionalforum.org>

<sup>95</sup> Die KSZE wurde 1995 zur OSZE. Die Staaten der OSZE verpflichten sich, alle Menschenrechte und Rechte auf Freiheit einzuhalten. Vgl. [OSCE] <http://www.osce.org>

<sup>96</sup> Vgl. [Rüland:1995] S. 9

Einmischung.

- Die ARF Mitglieder sind bereit, über sicherheitspolitische Angelegenheiten in multilateralem Rahmen zu diskutieren.
- Gegenseitiges Vertrauen durch gemeinsame Aktivitäten
- Förderung der Transparenz durch Informationsaustausch im Rahmen der Verteidigungspolitik und der Veröffentlichung verteidigungspolitischer Gesetzesvorlagen.
- Die Entwicklung eines Netzwerkes von Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärbeamten.<sup>97</sup>

Trotz der optimistischen Einschätzung der Errungenschaften, weist das ARF noch immer Defizite auf. Es gibt kein ARF-Sekretariat, obwohl schon des öfteren Vorschläge dazu geäußert wurden. Angelegenheiten, die das ARF betreffen, werden auf dem jährlichen Vorsitz des ständigen Ausschusses der ASEAN behandelt. Das Generalsekretariat der ASEAN hat bislang noch keine sicherheitspolitischen Angelegenheiten übernommen und das obwohl auf dem Gipfel 1992 die Aufwertung und Ausweitung des Sekretariats beschlossen wurde. Es zeigt sich auch im ARF die gewohnte Abneigung südostasiatischer Länder gegenüber strenger Institutionalisierung.<sup>98</sup>. Dennoch darf die Bedeutung des nun institutionalisierten Forums nicht unterschätzt werden. Immerhin ist es der Gemeinschaft gelungen, große Mächte wie die EU und China in ein multilaterales Forum miteinzubinden.

Bis Ende der 1990er Jahre war sowohl in der ASEAN als auch im Mercosur eine zunehmende Verflechtung und ein Integrationsprozess beobachtet worden. Bei beiden konnte von einer minimalen Institutionalisierung gesprochen werden und von einer Kooperation, die sich auf intergouvernementalem Level bewegte, jedoch mit Abneigung

---

<sup>97</sup> Vgl. [ARF] <http://www.aseanregionalforum.org>

<sup>98</sup> Vgl. [Acharya:2001] S. 174

gegenüber supranationalen Institutionen. Die Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft waren sowohl bei der ASEAN als auch beim Mercosur nur in geringem Ausmaß, wenn überhaupt vorhanden. Wobei allerdings anzumerken ist, dass es zumindest Gewerkschaften in Südamerika bis Ende der 90er Jahre gelungen ist im Mercosur Einfluss auszuüben.<sup>99</sup>

Die Krisen, in Südostasien die Asienkrise 1997/98 und in Lateinamerika die Brasilienkrise, ließen den Integrationsprozess zunächst stagnieren. Danach zeigte sich, dass es wichtig ist, die Integration weiter voranzutreiben was zu weiterer Institutionalisierung führte.

Ökonomisch betrachtet verlor durch die Asienkrise die gesamte Region an Ansehen. Die hochgepriesenen asiatischen Werte, und damit auch die der ASEAN, wurden stark kritisiert. Anzeichen einer Krise, die sich schon 1996 bemerkbar machten, wurden der „aseanischen“ Philosophie gemäß als nationale Probleme betrachtet und behandelt.<sup>100</sup> Erst als nacheinander der thailändische Baht, der philippinische Peso, der indonesische Rupiah und der malaysische Ringgit abstürzten, versuchte die ASEAN geschlossen auf die Krise zu reagieren. Japan und die ASEAN schlugen einen Asian Fund vor, der jedoch von den USA, den Europäern, dem IWF und der Weltbank abgelehnt wurde. Vorschläge, eine Zollunion zu errichten, wurden ebensowenig realisiert wie eine asiatische Wirtschafts- und Währungsunion. Spätestens ab Mitte 1998 war klar, dass es zu keinen kollektiven Handlungsmaßnahmen kommen würde. Statt dessen nahmen unilaterale Maßnahmen und bilaterale Konflikte zu.<sup>101</sup> Mühsam aufgebautes Vertrauen wurde in kürzester Zeit zerstört. Malaysia verhängte Kapitalverkehrskontrollen, die nicht nur seinen Nachbarn schadeten sondern der gesamten ASEAN.<sup>102</sup> Thailand kritisierte die burmesische Junta ihrer brutalen Maßnahmen gegen die Opposition wegen und Indonesien und Malaysia warfen Singapur ökonomische Sabotage vor.

Das 31. Ministertreffen 1998 spiegelte die Zerrissenheit der Gemeinschaft wider. Statt des gewohnt gemeinsamen Auftretens war das Treffen von Uneinigkeit gekennzeichnet. Den größten Streitpunkt stellte das Prinzip der Nicht-Einmischung dar. Auslöser der

---

<sup>99</sup> Vgl. [Portella:2001] <http://www.lateinamerikanachrichten.de>

<sup>100</sup> Vgl. [Rüland: 2002] S. 144f.

<sup>101</sup> Vgl. Rüland Jürgen [Rüland:1999]: „Lean Cooperation“. Auswirkungen der Asienkrise auf die regionale Staatengemeinschaft ASEAN. In: epd Entwicklungspolitik, 2/3, 1999, S. 44f.

<sup>102</sup> Vgl. [Rüland: 2002] S. 146

Debatte war die Aufnahme Vietnams (1995), Burmas (1997) und Laos' (1997). Burma wurde trotz der Menschenrechtsverletzungen in den Staatenbund aufgenommen, wenn auch mit der Forderung an die Junta, einen Dialog mit der Opposition aufzubauen; gleichzeitig verwehrt die ASEAN Kambodscha den Beitritt. In beiden Fällen handelte es sich um Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten. Vor allem von Thailand und den Philippinen wurde in diesem Kontext das Gebot der Nicht-Einmischung in Frage gestellt.

Durch die Asienkrise wurde außerdem deutlich, dass sich Probleme meist nicht auf einen Staat beschränken, sondern dass diese auf andere Nationalstaaten übergreifen können. Die Notlage in den Ländern führte zu internationaler Migration, Währungskrisen weiteten sich auf andere Staaten aus und auch Umweltprobleme nahmen zu. All diese Probleme ließen sich nicht mehr rein auf nationaler Ebene lösen. „Mehr und mehr wurde die Antiquiertheit des traditionellen Souveränitätsbegriffs unter Globalisierungsbedingungen deutlich“.<sup>103</sup>

Von außen wurde die Asienkrise zunehmend mit den herrschenden politischen Systemen in Südostasien in Verbindung gebracht. Fehlende demokratische Strukturen, Korruption und mangelnde staatliche Finanzaufsicht ließen die Region für Währungsspekulationen anfällig werden.<sup>104</sup>

Nach der Krise versuchte die Gemeinschaft der südostasiatischen Staaten den Schaden zu begrenzen. Auf Grund der Reaktion der ASEAN auf die Krise wurde sie sowohl von manchen Mitgliedern als auch von Drittstaaten hinterfragt. Auf dem ASEAN-Gipfel 1998 in Hanoi, auf dem Maßnahmen zur Schadensbegrenzung eingeleitet werden sollten, zeigte sich wieder einmal die große Heterogenität der ASEAN. Der Beitritt Kambodschas, der für 1999 geplant war, sorgte für Unstimmigkeit. Singapur, Thailand und die Philippinen waren gegen die Aufnahme Kambodschas, wohingegen Vietnam den Beitritt befürwortete, um damit auch die eigene Aufnahme zu unterstützen.

Das Maßnahmenpaket – der *Hanoi Plan of Action* – das schließlich beschlossen wurde, bestand zum Großteil aus Beschlüssen zur ökonomischen Integration.<sup>105</sup> Neben Plänen zur Finanzkooperation wurde auch das umstrittene Prinzip der Nicht-Einmischung wieder mitaufgenommen. Der im TAC erstmals angeführte *High Council* als Streitsch-

---

<sup>103</sup> [Rüland:1999] S. 45

<sup>104</sup> Vgl. [Rüland:1999] S. 45f.

<sup>105</sup> Vgl. [Manager Magazin] <http://www.manager-magazin.de>

lichtungsorgan sollte nun endlich aktiviert werden, und es sollte sowohl eine Troika zur friedlichen Konfliktbeilegung als auch ein Frühwarnsystem, um auf Finanzkrisen künftig besser reagieren zu können, eingeführt werden. Das Paket, das an sich als sehr positiv zu bewerten ist, wies einige Mängel auf. Es wurde nicht abgeklärt, wie und wo die Troika und der *High Council* ihre Aufgabenbereiche voneinander abgrenzen sollten. Außerdem stellte der High Council keine supranationale Institution dar, wie es einer solchen Instanz zustehen müsste. Das Frühwarnsystem schließlich wurde und wird durch die mangelnde Bereitschaft der Mitglieder, Daten bekannt zu geben in seiner Effektivität stark beeinträchtigt.<sup>106</sup>

Obwohl die Beschlüsse bescheiden ausfielen, gab die erfahrene Verwundbarkeit der ASEAN und dem Integrationsprozess neuen Auftrieb. Zum einen wurde die ASEAN + 3 gegründet, die sich als Konsultativforum etablierte. Zum anderen nahm sich die Gemeinschaft vor, den Kooperations- und Integrationsgrad zu erhöhen. Dazu wurde die *Declaration of ASEAN Concord II* unterzeichnet. Sie sieht die Bildung einer *ASEAN Security Community* (ASC), einer *ASEAN Economic Community* (AEC) und einer *ASEAN Social and Cultural Community* vor (ASCC). Der ehemalige indonesische Außenminister beschrieb auf einer Konferenz 2003 die Deklaration

„(...) as signaling the emergence of a more cohesive regional community in this region, with the accord's three main components as supporting pillars. (...) economic integration was not possible without the forging of a common perception of security issues“.<sup>107</sup>

Spätestens nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und vom 12. Oktober 2002 in Bali erhielt die ASC jedoch neue Bedeutung, da einer ihrer Kernpunkte die Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und transnationale Verbrechen ist.<sup>108</sup>

Der Mercosur hingegen wurde durch die Brasilienkrise auf eine ernsthafte Probe gestellt. Die Abwertung des brasilianischen Real im Jänner 1999 war ein harter Schlag für die Mercosur-Länder.

„Im Gefolge der brasilianischen Währungskrise war es 1999 zu erheblichen Spannung zwischen den MERCOSUR-Staaten gekommen, die ein Auseinan-

---

<sup>106</sup> Vgl. [Rüland: 2002] und vgl. Ha Noi Plan Of Action. <http://www.asean.org>

<sup>107</sup> [The Jakarta Post] <http://old.thejakartapost.com>

<sup>108</sup> Vgl. [Nabers/Ufen:2004] S. 45 und vgl. Declaration of ASEAN Concord II. [www.asean.org](http://www.asean.org)

derbrechen des Integrationsbündnisses befürchten ließen. Negative Auswirkungen der Brasilien-Krise bekam besonders Argentinien zu spüren, dessen beachtliches Wirtschaftswachstum in den Jahren zuvor durch die intensivierten wirtschaftlichen Verflechtungen mit Brasilien begünstigt worden war“.<sup>109</sup>

Die argentinische Wirtschaft fiel in eine Krise, die ihre Fortsetzung in Uruguay im Jahr 2002 fand.<sup>110</sup> Die Mercosur-Länder reagierten darauf mit Handelsbeschränkungen und erschwerten so den weiteren Integrationsprozess und die Etablierung eines Gemeinsamen Marktes. Laut Sangmeister gingen die intra-Mercosur Ausfuhren 1999 um über 25 Prozent zurück.<sup>111</sup> Es fehlten Politiken und Maßnahmen um die Integration zu vertiefen sowie eine gemeinsame makroökonomische Koordination. Der Integrationsprozess in der krisengeschüttelten Region wurde erschwert, die negativen Auswirkungen der Finanzkrisen im Mercosur verschärften sich.<sup>112</sup>

Die Handelsbeschränkungen, welche die Mercosur-Länder als Reaktion auf die Krise einführten, hatten zur Folge, dass Auseinandersetzungen innerhalb des Mercosur zunahmen. Die Existenz der Rechtssicherheit wurde fundamental und notwendig um den Prozess der Integration weiterzuführen. Seit dem *Programa de Acción del Mercosur Hasta El Año 2000* lag die Streitschlichtung beim CCM. 2002 wurde von den Mercosur-Mitgliedsländern das *Tribunal Arbitral de Revisión* als permanentes Revisionsorgan eingeführt. In erster Instanz besteht das Streitschlichtungsverfahren zwar noch immer aus den ad-hoc Schiedsgerichten (tribunal arbitral Ad Hoc), aber die Mitglieder haben die Möglichkeit diese Instanz zu überspringen und sofort das ständige Gericht einzuschalten.<sup>113</sup> Das neue Streitschlichtungsverfahren ist aber bis dato wenig effektiv und zu langwierig. Probleme werden eher zwischen den Staats- und Regierungsoberhäuptern auf informellen Treffen gelöst.

Durch die Krise wurde der Integrationsprozess deutlich abgeschwächt, aber die Bereitschaft der Mercosur-Länder, den Prozess fortzuführen blieb aufrecht. Neben der Öffnung des Mercosur und der Partizipation von sozialen Bewegungen, zeugen neue Institutionen von einer wieder entfachten Integrationsdynamik. 2002 wurde das schon

---

<sup>109</sup> [Sangmeister:2001] S. 9

<sup>110</sup> Vgl. Ospina Aragón Beatriz Elena [Ospina: 2007]: Impacto de las crisis financieras en el proceso de integración del Mercosur. Dissertation, WU Wien, 2007, S. 91

<sup>111</sup> Vgl. [Sangmeister:2001] S. 9

<sup>112</sup> Vgl. [Ospina: 2007] S. 122f.

<sup>113</sup> Vgl. [Ospina: 2007] S. 135ff.

erwähnte neue System zur Streitschlichtung eingeführt, ein Jahr später die *Comisión de Representantes Permanentes del Mercosur* (CRPM), ein Organ des CMC um den Institutionalierungsprozess zu forcieren.<sup>114</sup> 2005 wurde der *Fondo de Convergencia Para La Estructura del Mercosur* (FOCEM) eingerichtet. Die Aufgabe des Fonds ist es Initiativen und Programme aufzuzeigen, die die Wettbewerbsfähigkeit und strukturelle Konvergenz unterstützen.<sup>115</sup> Zu den größten Errungenschaften zählt die Gründung des Mercosur-Parlaments, das 2006 in Kraft trat und 2007 seine erste Sitzung abhielt. Es besteht aus 90 Abgeordneten aus den vier Gründungsmitgliedern und Venezuela, das aber bis jetzt noch kein Stimmrecht hat.<sup>116</sup> Da aber keine Regierung bereit ist, dem Parlament größere Machtbefugnis einzuräumen stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer solchen Institution. Allerdings ist das Parlament für soziale Bewegungen und die Zivilgesellschaft ein wichtiger Schritt, um die Demokratisierung und die Transparenz des Integrationsprozesses zu fördern und darzustellen.

In Bezug auf Institutionalisierung und Integration zeigen die ASEAN und der Mercosur tatsächlich gewisse Ähnlichkeiten. Bei beiden lässt sich eine Abneigung gegen die Einführung supranationaler Institutionen erkennen, die den Verlust Teile nationaler Souveränität mit sich bringen würde und beide beschränkten sich bis jetzt auf intergouvernementale Zusammenarbeit. Allerdings zeigt sich in der Einführung des Mercosur-Parlaments eine Tendenz in Richtung überstaatlicher Ordnung, die bei der ASEAN nach wie vor illusorisch ist – angesichts ihrer Heterogenität und ihrer „aseanischen“ Werte – obwohl von der Zivilgesellschaft und auch von ASEAN-Abgeordneten die Forderung nach einem Parlament gestellt wurde.<sup>117</sup>

Sowohl bei der ASEAN als auch beim Mercosur soll eine wirtschaftliche Kooperation – die Errichtung einer Freihandelszone und beim Mercosur zusätzlich die Schaffung einer Zollunion – zur Integration führen. Im Gegensatz zum Gemeinsamen Markt setzt die Gemeinschaft der südostasiatischen Staaten aber auf eine Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik, was auf den historischen Kontext und aktuelle Konfliktzonen in der Region zurückzuführen ist.

---

<sup>114</sup> Vgl. [CRPM]. <http://www.mercosurpresidencia.org>

<sup>115</sup> Vgl. [FOCEM]. <http://www.mercosur.coop>

<sup>116</sup> Vgl. [Elsner:2007]. <http://www.kas.de>

<sup>117</sup> Die Schaffung eines ASEAN-Parlaments wurde zuletzt von Abgeordneten der ASEAN gefordert. Vgl. [People's Daily Online]. <http://english.peopledaily.com>

Schließlich ist ihnen auch gemeinsam, dass die Überwindung einer konfliktiven Periode, ausgelöst durch Finanzkrisen, der Integration neuen Auftrieb verschaffte, die sich in zunehmender Institutionalisierung und Demokratisierung zeigte.

### 3.5 Normen, Interessen, Identitäten

Alle sozialen Gesellschaften basieren auf Verhaltensnormen. Sie stellen Richtlinien dar, wie sich AkteurInnen verhalten sollten und tragen dadurch zu einer stabilen internationalen Ordnung bei. In Normen drückt sich auch die Identität von Gesellschaften bzw. Organisationen und Institutionen aus. „(...) [N]orms not only establish expectations about how particular actors will behave, they also „teach“ states, which are exposed to norms, new interests and identities“.<sup>118</sup> Aber nicht nur materielle Faktoren wie Macht und Reichtum spielen bei der Formierung von Identität eine Rolle, sondern auch intersubjektive Aspekte, wie etwa Kultur und Wertvorstellungen, nehmen Einfluss. Dabei kann ein „Wir-Gefühl“ entstehen. Wie Normen, können Identitäten die Interessen von Staaten (neu) definieren.

Für Acharya stellen der südostasiatisch Regionalismus und sein „ASEAN Way“ einen permanenten Prozess dar, in dem Identität geformt wird, die auf den modernen Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen beruht und gleichzeitig auch auf einer traditionellen, kulturspezifischen Art der Sozialisierung und Entscheidungsfindung. Obwohl die Gründungsmitglieder der ASEAN zum Zeitpunkt der Gründung noch kein Konzept einer regionalen Identität hatten, hofften sie, dass sich durch Kooperation eine solche entwickeln würde.<sup>119</sup> Da sich die ASEAN-Mitglieder zu Beginn kulturell und politisch stark voneinander unterschieden, konnte nur durch permanente Interaktionen eine gemeinsame Basis geschaffen werden. Dazu wurde ein Set aus Normen kreiert, welches die innerregionalen Beziehungen regeln sollte. Im Gründungsvertrag und später ausführlicher im TAC wurden diese Normen explizit erwähnt; er besteht aus folgenden Prinzipien:

- Gegenseitiger Respekt der Unabhängigkeit und der Souveränität.

---

<sup>118</sup> [Acharya:2001] S. 24

<sup>119</sup> Vgl. [Acharya:2001] S. 24ff.

- Das Recht jedes Staates seine nationale Existenz frei von externer Einmischung, Subversion und Zwang zu führen.
- Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten.
- Friedliche Konfliktbeilegung.
- Verzicht der Bedrohung von Gewalt.<sup>120</sup>

Auf dieser Basis konnte eine gemeinsame Identität aufgebaut und damit die regionale Stabilität in Südostasien gefördert werden.

Die Verhaltensnormen der ASEAN sind jedoch keineswegs auf sie allein beschränkt, sondern sie sind auch ein wichtiger Bestandteil der IB und in der UN-Charta fest verankert. Die Einzigartigkeit liegt darin, wie die südostasiatische Gemeinschaft diese Prinzipien in ihr Regelwerk aufgenommen und umgesetzt hat. Mit dem Ausdruck „the ASEAN Way“ werden die soziokulturellen Normen der ASEAN umschrieben. Es ist ein Prozess der Informalität und Diskretion, des Konsens und der Konfliktvermeidung. „(...) [T]he ASEAN consultative process, including frequent meetings and other forms of multilateral interaction have gradually led to the development of an „institutional culture“ that helps ASEAN to prevent conflicts“.<sup>121</sup>

Die zwei wichtigsten Elemente des *ASEAN Way* sind zum einen die Vorliebe für Informalität und die Abneigung gegenüber institutionalisierter Kooperation, um anderen das Konzept und Praxis der Konsensfindung. Das Prinzip der Informalität zeigt sich darin, dass das erste Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter erst acht Jahre nach der Einführung stattfand und dass es in den ersten 25 Jahren nur vier Gipfeltreffen gab. Dass es bis heute noch keine supranationale Institution gibt, entspricht ebenfalls dem ASEAN Way. Das Prinzip der Konsensfindung basiert auf den zwei Komponenten „musyawarah (Beratung) und mufakat (Übereinstimmung). Musyawarah drückt sich in intensiven informellen Diskussionen aus, die eine allgemeine Übereinstimmung zum Ergebnis haben.<sup>122</sup> Mit der Zeit wurden die Normen, die zu Beginn nur als regulative Mechanismen wirkten, zu Standards der Gemeinschaft und somit zu einem Teil der gemeinsamen Identität.<sup>123</sup>

---

<sup>120</sup> Vgl. Treaty Of Amity And Cooperation. [www.asean.org](http://www.asean.org)

<sup>121</sup> Leifer: ASEAN: Now for the Next 25 Years, zitiert nach: [Batabyal:2004] S. 356f.

<sup>122</sup> Vgl. [Acharya:2001] S. 63ff.

<sup>123</sup> Vgl. [Batabyal:2004] S. 354ff.

Seinen Höhepunkt findet der Ausdruck der gemeinsamen Identität in der ASEAN Charta von 2007. Ihr Ziel ist es eine ASEAN Community zu schaffen, die aus einer Sicherheits-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft besteht. Es wurden die schon in älteren Deklarationen erwähnten Prinzipien wieder mitaufgenommen. Neu ist diesmal, dass demokratische Prozesse und *Good Governance* gestärkt und Menschenrechte geschützt werden sollen. Erstmals wurde auch erwähnt, eine ASEAN-Identität zu fördern mit Rücksicht auf die kulturellen Unterschiede innerhalb der Gemeinschaft.

Aber auch die ASEAN-Charta stellt kein Abrücken vom ASEAN-Way dar. Das Prinzip der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Mitglieder wird angeführt und sogar noch ausgebaut. Jedes Mitgliedsland hat das Recht, frei von äußeren Eingriffen, Subversion und Zwang zu existieren. Andererseits ist gleichzeitig das Prinzip der Demokratie und der rechtsstaatlichen Regierung mitaufgenommen. Es stellt sich dann die Frage, inwieweit diese Ziele und Prinzipien gültig sind und Sinn machen, angesichts der Tatsache, dass Staaten sich nicht einmischen dürfen und damit kein Recht haben, ein Mitgliedsland, das z.B. Menschenrechte verletzt und keine demokratische Regierung aufweist, zu sanktionieren.

Die Besonderheit der Charta liegt darin, dass erstmals erwähnt wurde, eine ASEAN-Identität zu fördern. Die Gemeinschaft erhielt eine Flagge und ein Emblem, es wurde ein ASEAN-Day eingeführt und auch eine Gemeinschaftshymne. Das ASEAN-Motto lautet: „*One Vision, One Identity, One Community*“.<sup>124</sup>

Die Gemeinschaft hat im Laufe der Jahre trotz der Heterogenität der Mitglieder zueinander gefunden und ist bemüht, eine gemeinsame Identität und gemeinsame Interessen zu finden. Durch den Prozess ständiger Interaktion und Sozialisierung, der eine gemeinsame Identität mit sich brachte, wurde das gegenseitige Misstrauen abgebaut und die ASEAN entwickelte sich zu einer Security Community, die durch Abwesenheit von Krieg und Kriegsvorbereitungen gekennzeichnet ist und von einem „Wir-Gefühl“ geleitet wird. Die südostasiatische Sicherheitsgemeinschaft

„has become integrated, where integration is defined as the attainment of a sense of community accompanied by formal and informal institutions and

---

<sup>124</sup> Vgl. Charta Of The Association Of Southeast Asian Nations. <http://www.asean.org>

practices, sufficiently strong and widespread to assure peaceful change among members of a group with reasonable certainty over a long period of time“.<sup>125</sup>

Auch der Mercosur verschrieb sich im Vertrag von Asunción den allgemeinen Normen der Nicht-Einmischung, friedlichen Konfliktbeilegung und Anerkennung der nationalen Souveränität. Darüber hinaus verpflichteten sich die Mitglieder, Maßnahmen und Entscheidungen nur über Konsens und bei Anwesenheit aller Mitglieder zu treffen. Dabei hat jeder Staat, unabhängig von seiner Größe, eine Stimme. Durch eine Demokratieklausele verpflichten sich die Mercosur-Länder zu demokratisch geführten Institutionen. Im Fall einer Verletzung der Demokratie, kann der betroffene Staat vom Integrationsprozess suspendiert werden.

Eine Besonderheit stellt das Prinzip der Reziprozität der Rechten und Pflichten dar. Obwohl es im völkerrechtlichen Vertragsrecht ein geläufiges Prinzip darstellt, ist es für Lateinamerika eine Neuerung. In den Integrationsprojekten, die vor der Gründung des Mercosur zustande gekommen waren, bekamen benachteiligte Staaten eine Sonderbehandlung. Der Mercosur kehrte davon ab, indem er den kleinen Ländern Paraguay und Uruguay nur einen leicht modifizierten Zeitplan zur Anpassung zugestand.<sup>126</sup>

Die Frage, ob aus der Zusammenarbeit und den Interaktionen eine gemeinsame Identität mit gemeinsamen Interessen hervorgegangen ist, lässt sich nicht einfach beantworten. Auch gibt es bis heute nur wenig Literatur darüber. Andrés Malamud negiert eine kollektive Identität: „And there is nothing like an emergent collective identity“.<sup>127</sup> Auch wenn dieses Statement in gewisser Weise zutreffen mag, so kann doch davon ausgegangen werden, dass die Mercosur-Länder bemüht sind, eine kollektive Identität zu formen. Schon 1996 wurde auf einem Treffen des CMC das Symbol des Mercosur entworfen. Ausgehend vom Forschungsprojekt von Michael Radseck, der feststellte, dass beim Gemeinsamen Markt von einer losen Sicherheitsgemeinschaft gesprochen werden kann, kann die Behauptung aufgestellt werden, dass es sich hier wenigstens um eine Minimum an gemeinsamer Identität handeln muss. Denn in Deutsch' Konzept einer Sicherheitsge-

---

<sup>125</sup> Deutsch Karl W. [Deutsch:1969].: Security Communities. In: Rosenau James N. (Hrsg.): International Politics and Foreign Policy: A Reader in research and Theory. New York: The Free Press, 1969, S. 98

<sup>126</sup> Vgl. [Wehner:1999] S. 79f.

<sup>127</sup> Malamud Andrés [Malamud:2005]: Mercosur Turns 15: Between Rising Rhetoric And Declining Achievement. In: Cambridge Review Of International Affairs, Volume 18, Number 3, October 2005, S. 428

meinschaft entsteht diese durch Transaktionen, die wiederum ein System bilden, zu dem sich die einzelnen AkteurInnen zugehörig fühlen. Sie besitzen gemeinsame Interessen und Identitäten, ansonsten würden sie sich nicht in das System integrieren.

# Kapitel 4

## Schlusswort

Nach eingehender Betrachtung und Vergleich der ASEAN und des Mercosur lassen sich in ihrer Entwicklung sowohl Gemeinsamkeiten, Parallelen als auch Unterschiede erkennen.

Gemeinsam ist ihnen zunächst einmal ganz allgemein das Entstehungsmuster. Der Zeitpunkt der Gründung und die globalen Rahmenbedingungen unterscheiden sich. Die südostasiatischen Staaten fühlten sich vom Kommunismus bedroht und schlossen sich zusammen um gemeinsam gegen diese Macht vorzugehen. Zur Gründungszeit des Mercosur war die Bedrohung des Kommunismus schon vorüber, für sie stellte der amerikanische Staat und die bevorstehende Gründung der NAFTA eine Gefahr dar, nämlich diejenige, wirtschaftlich und politisch in den Hintergrund gedrängt zu werden. In beiden Fällen wurde versucht, ein Machtungleichgewicht im internationalen System auszugleichen.

Auf Grund der divergenten Ausgangsposition verlief auch die Entwicklung anders und verfolgte verschiedene Ziele. In der ersten Zeit war die ASEAN vorwiegend mit sicherheitspolitischen Aspekten beschäftigt. Sie versuchte, den Einfluss des Kommunismus in der Region aufzuhalten und musste gleichzeitig versuchen, zwischenstaatliche Konflikte nicht eskalieren zu lassen. Obwohl von Anfang an Einigkeit darüber herrschte, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit die Stabilität in der Region und die Integration fördern würde, unternahm die südostasiatische Gemeinschaft erst ab den 1990er Jahren Anstrengungen in dieser Hinsicht. Die Einführung der AFTA war der Beginn zahlreicher Maßnahmen, deren Auswirkungen aber eher bescheiden blieben.

Im Gegensatz dazu sah schon das Gründungsdokument des Mercosur die Errichtung eines gemeinsamen Marktes, mit Freihandelszone und einer Zollunion, vor. Dafür hatte er sich weniger um sicherheitspolitische Faktoren zu kümmern.

Hinsichtlich Institutionalisierung sind beide Organisationen durch Minimalismus gekennzeichnet. Die Institutionen haben keinen Einfluss, der die Gestaltungsmöglichkeiten der Mitglieder einschränken würde (wie z.B. die EU-Kommission oder der Europäische Gerichtshof) Es gibt in beiden Fällen keine supranationale Institution. Im Fall des Mercosur liegt es vor allem an Brasilien, das sich in seiner Souveränität nicht einschränken lassen will und auch das Mitgliedsland ist, das die Mercosur-Resolutionen im geringsten Ausmaß ratifiziert. Bei der ASEAN weigern sich alle Mitglieder Teile ihrer Souveränität abzugeben. Es entspricht nicht ihren Normen. Zu den Normen und zum „ASEAN-Way“ gehören dafür die informellen Treffen der MinisterInnen und Regierungsoberhäupter. Oft werden dabei Probleme gelöst, oder aber unter den Teppich gekehrt, wenn keine Lösung gefunden werden kann, anstatt den High Council oder die Troika einzuberufen. Das gleiche gilt für den Mercosur. Die geringe Institutionalisierung wird dabei oft gut heißen, denn damit geht geringe Bürokratie einher. In Zukunft wird sich jedoch genau dieser minimalistische Institutionalismus als Herausforderung erweisen, wenn es darum geht der wachsenden Integration gerecht zu werden und spätestens wenn sich die Zusammenarbeit nicht mehr nur auf handels- und sicherheitspolitische Aspekte beschränken soll, sondern auch etwa eine gemeinsame Währung oder freier Verkehr für Güter, Dienstleistungen und Personen gefordert ist.

Beide Regionen, Südostasien und der Cono Sur, wurden Ende der 1990er Jahre von einer Finanz- und Währungskrise erfasst und bei beiden bewirkte dieser Umstand eine beschleunigte Integrationsdynamik. Asien wurde 1997/98 von einer Finanzkrise schwer getroffen und was die ASEAN beinahe auseinander brechen ließ. Die Mitgliedsstaaten reagierten auf die Krise mit nationalstaatlichen Maßnahmen, anstatt sich gemeinsam zu beraten und vorzugehen. Die Situation verschlimmerte sich dadurch und auch innerhalb der südostasiatischen Gemeinschaft war die Stimmung prekär. Nach der Krise einigten sie sich auf ein gemeinsames Maßnahmenpaket, was zunehmende Integration mit

sich brachte. Die Krise am Cono Sur hatte ähnliche Auswirkungen. Auch der Mercosur stand kurz vor dem Auseinanderbrechen. Die Empfindlichkeit der Kooperation, die sich dabei zeigte, veranlasste die Mitglieder, ihre Integrationsbemühungen anzuheben. Zur größten Errungenschaft zählt das 2007 eingeführte Mercosur-Parlament. Es zeigt zumindest theoretisch die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, Teile ihrer Souveränität an eine übergeordnete Instanz abzugeben.

Sowohl die ASEAN als auch der Mercosur zeichnen sich durch Heterogenität aus. Nicht nur hinsichtlich des unterschiedlichen Entwicklungsniveaus, sondern auch in Interessen und Zielvorstellungen der Mitglieder.<sup>1</sup> Dennoch haben zumindest in der ASEAN die Staaten einen gemeinsamen Nenner gefunden, Ihre Interessen koordiniert und zu einer gemeinsamen Identität gefunden, die sich lt. Acharya in einer Sicherheitsgemeinschaft ausdrückt. Beim Mercosur kann nur von einer losen Sicherheitsgemeinschaft gesprochen werden, dennoch ist erkennbar, dass die Staaten bemüht sind, eine gemeinsame Identität aufzubauen.

Die HauptakteurInnen werden bei der ASEAN und beim Mercosur von den Staaten gebildet. Bei letzterem ist eine Öffnung erkennbar, die es auch gesellschaftlichen Gruppen möglich macht, teilzunehmen und Einfluss auf die Politik auszuüben.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass sowohl bei der ASEAN als auch beim Mercosur dringender Reformbedarf herrscht. Die neuen Integrationsdynamiken erfordern die Weiterentwicklung und den Ausbau der Institutionalisierung. Beide treten mittlerweile als *global player* auf dem Weltmarkt auf. Was die zukünftige Entwicklung anbelangt, so erkennt Gratius für den Mercosur drei mögliche Szenarien. Es könnte erstens zu einer Harmonisierung der bestehenden Integrationsinitiativen auf dem lateinamerikanischen Kontinent kommen und damit das Ziel einer gesamtamerikanischen Freihandelszone näher rücken. Zweitens könnte es zu einer Zweiteilung bzw. zu einer Nord-Süd-Teilung kommen. Auf der einen Seite steht die Allianz Mercosur/EU, auf der anderen Seite NAFTA/Großkaribik. Als letzte Option sieht Gratius die Fortsetzung der derzeitigen Situation. Also Mercosur, NAFTA und die restlichen Integrationsabkommen

---

<sup>1</sup> Vgl. Gratius Susanne [Gratius:2003]: Mercosur – Gravitationszentrum in Südamerika. In: Bodemer Klaus, Gratius Susanne (Hrsg.): Lateinamerika im internationalen System. Zwischen Regionalismus und Globalisierung. Opladen: Leske + Budrich, 2003, S. 83 - 86 und vgl.[Lau:1990] S. 115ff.

wie die CARICOM und die Andengemeinschaft.<sup>2</sup>

Bei der ASEAN lassen sich schon jetzt Tendenzen erkennen, den Einfluss auf globaler Ebene ausbauen zu wollen. Mit dem Abkommen ASEAN + 3 – mittlerweile kann mit Blick auf Australien auch schon von ASEAN + 4 gesprochen werden – zeigt die ASEAN, dass sie bemüht ist, nicht im Alleingang zu handeln, sondern mit anderen Regionen zusammenzuarbeiten. Mit der Gründung des ARF unternahm sie einen großen Schritt und brachte zehn Staaten bzw. Regionen unter ein Verhandlungsdach.

Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung von regionalen Kooperationen kann die eingangs erwähnte Debatte um den Regionalismus als *stepping stone* oder *stumbling block* wieder aufgenommen werden. Ich schließe mich den BefürworterInnen von regionaler Kooperationen als *stepping stone* an. Angesichts der Tatsache, dass bei den in dieser Arbeit erwähnten Integrationsabkommen eindeutig erkennbar ist, dass sie nicht abgeschlossen und ohne Rücksicht auf andere agieren wollen und statt dessen versuchen, ihr Abkommen auszuweiten und Dialogtreffen mit anderen Ländern abzuhalten, stellen sie für mich keine Gefahr für den internationalen Welthandel dar.

---

<sup>2</sup> [Gratius:2003] S. 97

# Literaturverzeichnis

- [A/B: 2003] AAREBROT Frank H., BAKKA Pal H.: Die vergleichende Methode in der Politikwissenschaft. In: Berg-Schlosser Dirk, Müller-Rommel Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2003, S. 57 – 76
- [Acharya:2001] ACHARYA Amitav: Constructing A Security Community in Southeast Asia. ASEAN And The Problem Of Regional Order. London: Routledge, 2001
- [A/K:1993] AXELROD Robert, KEOHANE Robert O.: Achieving Cooperation Under Anarchy. Strategies And Institutions. In: Baldwin, David A.: Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate. New York: Columbia University Press, 1993, S. 85 – 115
- [ARF] ASEAN Regional Forum. <http://www.aseanregionalforum.org/AboutUs/tabid/57/Default.aspx>. [Zugriff: 30.05.2008]
- [Batabyal:2004] BATABYAL Anindya: ASEAN'Quest for Security: A Theoretical Explanation. In: International Studies 41, 4, 2004, S. 350 - 369
- [Becker:1998] BECKER Joachim: Regionale Integration und Regulation: EU und Mercosur im Vergleich. In: Journal für Entwicklungspolitik. Jg. XIV, Heft 2, 1998, S. 119 - 138
- [Brand:2004] BRAND Alexander: Herausforderung Entwicklung: neuere Beiträge zur theoretischen und praxisorientierten Entwicklungsforschung. Münster, Westfalen: LIT, 2004
- [C/J/W:1999] CHRISTIANSEN Thomas, JORGENSEN Knud Eric, WIENER Antje: The Social Construction Of Europe. In: Journal Of European Public Policy, Volume 6, Number 4, 1999, S. 528 – 544
- [Conzelmann:2003] CONZELMANN Thomas: Die neofunktionalistische Theorie regionaler Integration von Ernst B. Haas. In: Schieder Siegfried, Spindler, Manuela: Theorien der internationalen Beziehungen. Opladen: Leske + Budrich, 2003, S. 141 – 168

- [Cristini:2003] CRISTINI Marcela: Mercosur – Europäische Union. Grundlagen und Perspektiven der Verhandlungen. In: Europa América Latina: Analysen und Berichte, Nr. 12. Rio de Janeiro: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2003. [http://www.weltpolitik.net/attachment/0644a930ba1074b5cca2acd4809cbcd5/03b4acaaa05f1b84bf0598ceeb623a5e/EUAL-12-MERCOSUR\\_EU.pdf](http://www.weltpolitik.net/attachment/0644a930ba1074b5cca2acd4809cbcd5/03b4acaaa05f1b84bf0598ceeb623a5e/EUAL-12-MERCOSUR_EU.pdf). [Zugriff: 27.07.2008]
- [Croissant:2002] CROISSANT Aurel: Staatlichkeit und liberale Demokratie im pazifischen Asien. In: Birle Peter u.a. (Hrsg.): Globalisierung und Regionalismus. Bewährungsproben für Staat und Demokratie in Asien und Lateinamerika. Opladen: Leske + Budrich, 2002, S. 79 – 112
- [CRPM] La Comisión de Representantes Permanentes del Mercosur. <http://www.mercosurpresidencia.org/crpm.php>. [Zugriff: 16.07.2008]
- [Dahm:1999] DAHM Bernhard: Der Dekolonisierungsprozeß und die Entwicklung moderner Staaten. In: Dahm Bernhard, Ptak Roderich (Hrsg.): Südostasien-Handbuch. Geschichte, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. München: Verlag C.H.Beck, 1999, S. 168 202
- [Dahm/Ptak:1999] DAHM Bernhard, PTAK Roderich (Hrsg.): Südostasien-Handbuch. Geschichte, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. München: Verlag C.H.Beck, 1999
- [Der Spiegel] Panamerikanismus. <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/49/99/dokument.html?titel=Panamerikanismus&id=54309994&top=Lexikon&suchbegriff=panamerikanismus&quellen=&v1=0>. [Zugriff: 08.09.2008]
- [Der Spiegel II] Nixon-Doktrin. 02.03.1970. <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=45202456&top=SPIEGEL>. [Zugriff: 08.09.2008]
- [Deutsch:1968] DEUTSCH Karl W.: Analyse internationaler Beziehungen. Konzeptionen und Probleme der Friedensforschung. Kritische Studien zur Politikwissenschaft. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, 1968
- [Deutsch:1969] DEUTSCH Karl W.: Security Communities. In: Rosenau James N. (Hrsg.): International Politics and Foreign Policy: A Reader in research and Theory. New York: The Free Press, 1969, S. 98 – 105
- [Dosch:1997] DOSCH Jörn: Die ASEAN: Bilanz eines Erfolges. Akteure, Interessenlagen, Kooperationsbeziehungen. Hamburg: Abera Verlag, 1997

- [Dreis:1994] DREIS Barbara: Die Zukunft der Assoziation südostasiatischer Staaten (ASEAN) aus europäischer Sicht. In: ASIEN 53, Oktober 1994, S. 7 – 20
- [Elsner:2007] ELSNER Gisela: Das neue Mercosur-Parlament. 11.05.2007. [http://www.kas.de/proj/home/pub/61/1/year-2007/dokument\\_id-10872/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/61/1/year-2007/dokument_id-10872/index.html). [Zugriff: 16.07.2006]
- [Emmes/Mols:1993] EMMES Manfred, MOLS Manfred: Integration, Kooperation und Konzertation in Lateinamerika. In: Mols Manfred u.a.: Regionalismus und Kooperation in Lateinamerika und Südostasien. Ein politikwissenschaftlicher Vergleich. Politikwissenschaftliche Perspektiven Bd.7. Münster, Hamburg: Lit, 1993, S. 47 – 86
- [Etzersdorfer:2007] ETZERSDORFER Irene: Krieg. Eine Einführung in die Theorien bewaffneter Konflikte. Wien u.a.: Böhlau Verlag, 2007
- [Feske:1991] FESKE Susanne: ASEAN: Ein Modell für regionale Sicherheit. Ursprung, Entwicklung und Bilanz sicherheitspolitischer Zusammenarbeit in Südostasien. Militär, Rüstung, Sicherheit, Bd. 68. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1991
- [Fischer:1999] FISCHER Thomas: MERCOSUR – Eine Zwischenbilanz. In: Bendel Petra, Fischer Thomas (Hrsg.): Wie erfolgreich ist der MERCOSUR? Das südamerikanische Bündnis aus interdisziplinärer Sicht. Forschungen zu Lateinamerika, Band 36. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik, 1999, S. 11 – 31
- [FOCEM] Fondo de Convergencia Estructural del Mercosur. <http://www.mercosur.coop/recm/spip.php?article264>. [Zugriff: 16.07.2008]
- [Franz.Außenmin.] Französisches Außenministerium. [http://www.diplomatie.gouv.fr/de/landerinformationen\\_1/lateinamerika\\_338/die-andengemeinschaft-can\\_1591/die-andengemeinschaft-can\\_3164.html](http://www.diplomatie.gouv.fr/de/landerinformationen_1/lateinamerika_338/die-andengemeinschaft-can_1591/die-andengemeinschaft-can_3164.html). [Zugriff: 30.06.2008]
- [Gaer:1999] GAER Jurien van: Unter Europas Herrschaft. In: Dahm Bernhard, Ptak Roderich (Hrsg.): Südostasien-Handbuch. Geschichte, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. München: Verlag C.H.Beck, 1999, S. 141 – 167
- [Grasser:2004] GRASSER Sebastian: EU-Mercosur: Ring frei zur nächsten Verhandlungsrunde. 05.03.2004. <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/aussenhandel/mercusor.shtml>. [Zugriff: 14.07.2008]
- [Grasser:2004a] GRASSER Sebastian: EU-Mercosur: Ring frei zur nächsten Verhandlungsrunde II. 05.03.2004. <http://>

[www.europa-digital.de/aktuell/dossier/aussenhandel/mercusor2.shtml](http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/aussenhandel/mercusor2.shtml). [Zugriff: 14.07.2008]

- [Gratius:2001] GRATIUS Susanne (in Zusammenarbeit mit Horacio Coronado): Zehn Jahre Mercosur: Der Anfang vom Ende der Erfolgsgeschichte? In: Brennpunkt Lateinamerika. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft. Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg, Nr. 4, März 2001, S. 41 – 52
- [Gratius:2002] GRATIUS Susanne: Warum stagniert der Mercosur? Die politisch-institutionelle Dimension der Krise. In: Lateinamerika Analysen 1, Februar 2002, S. 137 – 158
- [Gratius:2003] GRATIUS Susanne: Mercosur – Gravitationszentrum in Südamerika. In: Bodemer Klaus, Gratius Susanne (Hrsg.): Lateinamerika im internationalen System Zwischen Regionalismus und Globalisierung. Opladen: Leske + Budrich, 2003, S. 75 – 104
- [Gratius:2008] GRATIUS Susanne: Mercosur y NAFTA. Dos Modelos Diferentes de Integración. 01.07.2008. <http://www.ojosdepapel.com/Index.aspx?article=2882>. [Zugriff: 16.07.2008]. Auszug aus der Einleitung von Gratius Susanne (Hrsg.): Mercosur y NAFTA. Instituciones y Mecanismos de Decisión en Procesos de Integración Asimétricos.
- [Haas:1963] HAAS Ernst B.: International Integration. The European and the Universal Process. In: Haas Ernst B. et al.: Limits And Problems of European Integration. The conference of May 30 – June 2 1961. Stichting Grotius Seminarium. Papers by Ernst Haas et al. The Hague: Nijhoff, 1963, S. 6 – 36
- [Hurrell:1995] HURRELL Andrew: Regionalism in Theoretical Perspective. In: Fawcett Louise, Hurrell Andrew: Regionalism in World Politics. Regional Organization and International Order. New York: Oxford University Press, 1995, S. 37 – 73
- [Keohane:1984] KEOHANE Robert O.: After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy. New Jersey, Oxfordshire: Princeton University Press, 1984
- [Keohane:1989] KEOHANE Robert O.: International Institutions and State Power. Essay in International Relations Theory. Boulder, San Francisco, London: Westview Press, 1989
- [Keohane:1993] KEOHANE Robert O.: Institutional Theory and the Realist Challenge After the Cold War. In: Baldwin David A.: Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate. New York: Columbia University Press, 1993, S. 269 – 300

- [K/L:2007] KEVENHÖRSTER Paul, LOEWEN Howard: Japan und die EU. In: Ehrhart Hans-Georg u.a. (Hrsg.): Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S. 214 – 223
- [Klein:1991] KLEIN Wolfram: Lernprozeß Integration: Unternehmer und Gewerkschaften im Mercosur. In: Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation. Sechs Jahre Mercosur - Zwischenbilanz und Zukunft. Nr. 34/35, August 1997, S. 73 – 88
- [Klein/Dreis:1993] KLEIN Susanne Nicolette, DREIS Barbara: Regionalismus und Kooperation im Südostasien der ASEAN. In: Mols Manfred u.a.: Regionalismus und Kooperation in Lateinamerika und Südostasien. Ein politikwissenschaftlicher Vergleich. Politikwissenschaftliche Perspektiven Bd. 7. Münster, Hamburg: Lit, 1993, S. 87 – 151
- [Lau:1990] LAU Teik Soon: ASEAN Diplomacy: National Interest and Regionalism. In: Journal of Asian and African Studies XXXV, 1 - 2, 1990, S. 114 – 127
- [Le Monde] LE MONDE diplomatique: Sechs gegen die Weltbank. 08.06.2007. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2007/06/08.mondeText.artikel,a0012.idx,6>. [Zugriff: 09.10.2008]
- [Ma/Mi:1999] MANSFIELD Edward D., MILNER Helen V.: The New Wave of Regionalism. In: International Organization, Vol. 53, No. 3, 1999, S. 589 – 627
- [Malamud:2005] MALAMUD Andrés: Mercosur Turns 15: Between Rising Rhetoric And Declining Achievement. In: Cambridge Review Of International Affairs, Volume 18, Number 3, October 2005
- [Manager-Magazin] ASEAN-Gipfel: Aktionsplan verabschiedet. 16.16.1998. <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,1474,00.html>. [Zugriff: 09.06.2008]
- [Mercosur] Arancel Externo Común. <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm>. [Zugriff: 25.05.2008]
- [Milner:1993] MILNER Helen: The Assumption of Anarchy in International Relations Theory: A Critique. In: Baldwin, David A.: Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate. New York: Columbia University Press, 1993, S. 143 – 169
- [Mitrany:1963] MITRANY David: Delusion of regional unity. In: Haas Ernst B. et al.: Limits And Problems of European Integration. The

- conference of May 30 – June 2 1961. Stichting Grotius Seminarium. Papers by Ernst Haas et al. The Hague: Nijhoff, 1963, S. 37 – 46
- [M/S:1976] MOKKEN R.J., STOKMAN F.N: Power And Influence As Political Phenomena. In: Barry Brian: Power And Political Theory. Some European Perspectives. London u.a.: John Wiley, 1976, S. 33 – 66
- [Mols:1993] MOLS Manfred: An Stelle einer Einleitung: Zur Genese und Begründungslogik des modernen, internationalen Regionalismus in Lateinamerika und Südostasien. In: Mols Manfred u.a.: Regionalismus und Kooperation in Lateinamerika und Südostasien. Ein politikwissenschaftlicher Vergleich. Politikwissenschaftliche Perspektiven Bd. 7. Münster, Hamburg: Lit, 1993, S. 1 – 46
- [Nabers/Ufen:2004] NABERS Dirk, UFEN Andreas: Der neue asiatische Regionalismus. In: ASIEN, Nr. 90, 2004, S. 38 – 52
- [OSCE] Activities. Human Dimension. <http://www.osce.org/activities/18805.html>. [Zugriff: 27.08.2008]
- [Ospina: 2007] OSPINA Aragón Beatriz Elena: Impacto De Las Crisis Financieras En El Proceso de Integración Del Mercosur. Dissertation, WU Wien, 2007
- [People's Daily Online] ASEAN Parliamentarians Calls For Establishment Of ASEAN Parliament. 24.08.2007. <http://english.peopledaily.com.cn/90001/6246761.html>. [Zugriff: 26.08.2008]
- [Portella:2001] PORTELLA DE CASTRO Maria Silvia: Einfluss der Gewerkschaften im Mercosur. In: Lateinamerika Nachrichten. Ausgabe 323, Mai 2001. <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/1561.html>. [Zugriff: 16.07.2008]
- [Preusse:2004] PREUSSE Heinz G.: The New American Regionalism. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar Publishing, 2004
- [Puhle:2007] PUHLE Hans-Jürgen: Zwischen Diktatur und Demokratie. Stufen der politischen Entwicklung in Lateinamerika im 20. Jahrhundert. In: Bernecker Walther L. u.a. (Hrsg.): Lateinamerika 1870 – 2000. Geschichte und Gesellschaft. Wien: Promedia, 2007
- [Risse:2004] RISSE Thomas: Social Constructivism and European Integration. In: Wiener Anjete, Diez Thomas: European Integration Theory. Oxford, New York: Oxford University Press, 2004, S. 159 – 176

- [Roloff:2001] ROLOFF Ralf: Europa, Amerika und Asien zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Das interregionale Konzert und die ökonomische Dimension internationaler Politik. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2001
- [Rosenbusch:2003] ROSENBUSCH Bernd: Die Bedeutung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte für die Kooperation und Integration der ASEAN-Staaten. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 10. Münster (u.a.): Lit Verlag, 2003
- [Roßler:2008] ROSSLER Peter: Der unerfüllte Traum – zollfrei bis Alaska. In: Das Parlament, Nr. 3/14.01.2008. <http://www.das-parlament.de/2008/03/Thema/19268183.html>. [Zugriff: 14.07.2008]
- [Rüland:1995] RÜLAND Jürgen: Die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (ASEAN): Vom Antikommunismus zum regionalen Ordnungsfaktor. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13 – 14/95, 24. März 1995, S. 3 – 12
- [Rüland:1999] RÜLAND Jürgen: „Lean Cooperation“. Auswirkungen der Asienkrise auf die regionale Staatengemeinschaft ASEAN. In: epd Entwicklungspolitik, 2/3, 1999, S. 43 – 47
- [Rüland: 2002] RÜLAND Jürgen: Regionalismus in Asien - Quo Vadis? In: Birle Peter u.a. (Hrsg.): Globalisierung und Regionalismus. Bewährungsproben für Staat und Demokratie in Asien und Lateinamerika. Opladen: Leske + Budrich, 2002, S. 139 – 158
- [Sangmeister:2001] SANGMEISTER Hartmut: Zehn Jahre Mercosur. Eine Zwischenbilanz. In: Ibero-Analysen. Dokumente, Berichte, Analysen aus dem Ibero-Amerikanischen Institut. Heft 9, März 2001. <http://www.iai.spk-berlin.de/fileadmin/dokumentenbibliothek/Ibero-Analysen/Ibero-Analysen%20Heft%209.pdf>. [Zugriff: 14.07.2008]
- [Schirm:1997] SCHIRM Stefan A.: Kooperation in den Amerikas. NAFTA, MERCOSUR und die neue Dynamik regionaler Zusammenarbeit. Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, Bd. 46. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1997
- [Schonebohm:1997] SCHONEBOHM Dieter: Auf dem Weg zu einem Gemeinsamen Markt? Der Mercosur und seine Institutionen. In: Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation. Sechs Jahre Mercosur - Zwischenbilanz und Zukunft. Nr. 34/35, August 1997, S. 11 – 28
- [Schörnig:2003] SCHÖRNIG Niklas: Neorealismus. In: Schieder Siegfried, Spindler, Manuela: Theorien der internationalen Beziehungen. Opladen: Leske + Budrich, 2003, S. 61 – 88

- [Schuster:2008] SCHUSTER Sandra: Mercosur – Vom Wandel erfasst? In: Lateinamerika Nachrichten. Ausgabe 405, März 2008. <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/2723.html>. [Zugriff: 16.07.2008]
- [Seidelmann:2000] Seidelmann Reimund: Weltsystem, Weltgesellschaft, Weltstaat – Zugänge zur Theorie internationaler Politik. In: Neumann Franz: Handbuch Politische Theorien und Ideologien 2. Opladen: Leske + Budrich, 2000, S. 455 – 490
- [Siedschlag:1997] SIEDSCHLAG Alexander: Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik. Beispiel internationale Sicherheit – Theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation. Studien zur Sozialwissenschaft. Band 169. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997
- [Skala:2004] SKALA Martin: Südostasien im Globalisierungsprozess. Entwicklung und Perspektiven der regionalen Integration der ASEAN-Länder. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag, 2004
- [Söderbaum:2003] SÖDERBAUM Fredrik: Introduction: Theories of New Regionalism. In: Söderbaum Frederik, Shaw Timothy (Hrsg.): Theories of New Regionalism. Hampshire, New York: Palgrave MacMillan, 2003, S. 1 – 21
- [Spindler:2005] SPINDLER Manuela: Regionalismus im Wandel. Die neue Logik der Region in einer globalen Ökonomie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005
- [The Jakarta Post] ASEAN Security Community. 09.10.2003. <http://old.thejakartapost.com/Archives/ArchivesDet2.asp?FileID=20031009.E01>. [Zugriff: 09.06.2008]
- [Ulbert:2003] ULBERT Cornelia: Sozialkonstruktivismus. In: Schieder Siegfried, Spindler, Manuela: Theorien der internationalen Beziehungen. Opladen: Leske + Budrich, 2003, S. 391 – 420
- [Waltz:1979] WALTZ Kenneth N.: Theory Of International Politics. Boston u.a.: Mc Graw-Hill, 1979
- [Waltz:1986] WALTZ Kenneth N.: Anarchic Orders And Balances Of Power. In: Keohane Robert O. (Hrsg.): Neorealism And Its Critics. New York: Columbia University Press, 1986, S. 98 – 130
- [Waltz:1986a] WALTZ Kenneth N.: Political Structure. In: Keohane Robert O. (Hrsg.): Neorealism and Its Critics. New York: Columbia University Press, 1986, S. 70 – 97
- [Waltz:1986b] WALTZ Kenneth N.: Reductionist and Systemic Theories. In: Keohane Robert O. (Hrsg.): Neorealism And Its Critics. New York: Columbia University Press, 1986, S. 47 – 69

- [Wehner:1999] WEHNER Ulrich: Der Mercosur. Rechtsfragen und Funktionsfähigkeit eines neuartigen Integrationsprojektes und die Erfolgsaussichten der interregionalen Kooperation mit der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1999
- [Wendt:1992] WENDT Alexander: Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics. In: International Organization 46, 2, Spring 1992, S. 391 – 425
- [Wendt:1994] WENDT Alexander: Collective Identity Formation and the International State. In: American Political Science Review, Vol. 88, No. 2, 1994, S. 384 – 396
- [Werz:2005] WERZ Nikolaus: Lateinamerika. Eine Einführung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2005
- [World Factbook] WORLD FACTBOOK. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>. [Zugriff: 20.05.2008]
- [Yu:2008] YU Yake: Theorie und Praxis regionaler Integration: Eine vergleichende Studie des Gulf Cooperation Councils und der ASEAN Staatengemeinschaft. In: Südostasien aktuell 2/2008, S. 41 – 73

## Dokumentenverzeichnis

- [Radseck:2004] RADSECK Michael u.a.: Auf dem Weg zu einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft? Eine vergleichende Untersuchung der nationalen Sicherheitspolitiken im südlichen Lateinamerika. Vorläufiger Arbeits- und Forschungsbericht zu einem DFG-geförderten Forschungsprojekt. April 2003 – November 2004. <http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/ilas/pdf/sicherheitspolitikbericht.pdf>. [Zugriff: 27.08.2008]

ASEAN. Agreement on the Common Effective Preferential Tariff Scheme for the ASEAN Free Trade Area. 28.01.1992. <http://www.asean.org/12375.htm>. [Zugriff: 30.05.2008]

ASEAN. Annual Report 1992 – 1993. The Restructuring of the ASEAN Machinery and the ASEAN Secretariat. <http://www.asean.org/11389.htm>. [Zugriff: 30.05.2008]

ASEAN. Bangkok Summit Declaration of 1995. 15.12.1995. <http://www.asean.org/2081.htm>. [Zugriff: 03.06.2008]

ASEAN. Charta of the Association of Southeast Asian Nations. 20.11.2007. <http://www.asean.org/21069.pdf>. [Zugriff: 19.06.2007]

ASEAN. Declaration of ASEAN Concord. 24.02.1976. <http://www.asean.org/1216.htm>. [Zugriff: 27.05.2008]

ASEAN. Declaration of ASEAN Concord II. 07.10.2003. <http://www.asean.org/15159.htm>. [Zugriff: 09.06.2008]

ASEAN. ASEAN Declaration On The South China Sea. 22.07.1992. <http://www.asean.org/3634.htm>. [Zugriff: 30.05.2008]

ASEAN. Framework Agreements On Enhancing ASEAN Economic Cooperation. 28.01.1992. <http://www.asean.org/12374.htm>. [Zugriff: 30.05.2008]

ASEAN. Ha Noi Plan of Action. 15.12.1998. <http://www.asean.org/687.htm>. [Zugriff: 09.06.2008]

ASEAN. Overview. Association of Southeast Asian Nations. <http://www.asean.org/64.htm>. [Zugriff: 09.06.2008]

ASEAN. Singapore Declaration of 1992. 28.01.1992. <http://www.asean.org/1163.htm>. [Zugriff: 03.06.2008]

ASEAN. The ASEAN Declaration (Bangkok Declaration). 08.08.1976. <http://www.aseansec.org/1212.htm>. [Zugriff: 26.05.2008]

ASEAN. Treaty of Amity and Cooperation. 24.02.1976. <http://www.asean.org/1217.htm>. [Zugriff: 27.05.2008]

Mercosur. Declaración Presidencial Sobre Compromiso Democrático En El Mercosur. 25.06.1996. <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm>. [Zugriff: 14.07.2008]

Mercosur. Programa de Acción del Mercosur Hasta El Año 2000. Documentos Oficiales – Normativa – Decisiones del CMC. 09.12.1995. <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm>. [Zugriff: 08.07.2008]

Mercosur. Protocolo de Brasilia Para La Solución De Controversias. 16.12.1991. <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm>. [Zugriff: 04.07.2008]

Mercosur. Protocolo de Olivos Para La Solución De Controversias En El Mercosur. 18.02.2002. <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm>. [Zugriff: 15.07.2008]

Mercosur. Protocolo de Ouro Preto. Protocolo Adicional Al Tratado De Asunción Sobre La Estructura Institucional del Mercosur. <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm>. [Zugriff: 03.07.2008]

Mercosur. Tratado de Asunción. Tratado para la constitución de un mercado común. <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm>. [Zugriff: 02.07.2008]

Parliament of Australia. Joint Standing Committee on Foreign Affairs, Defence and Trade. Australia and ASEAN: Managing Change. <http://www.aph.gov.au/house/committee/jfadt/asean/aseanch1.pdf>. [Zugriff: 23.05.2008]

## Abbildungs- und Tabellennachweis

Abb. 2.1.: Südostasien. CIA – The World Factbook. [https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/reference\\_maps/southeast\\_asia.html](https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/reference_maps/southeast_asia.html). [Zugriff: 20.05.2008]

Abb.2.2.: Organisationsstruktur. ASEAN Structure. <http://www.asean.org/13103.htm>. [Zugriff: 29.07.2008]

Abb. 3.1.: Südamerika. CIA – The World Factbook. [https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/reference\\_maps/south\\_america.html](https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/reference_maps/south_america.html). [Zugriff: 24.06.2008]

Abb.3.2.: Organisationsstruktur. Mercosur. <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Mercosur.png>. [Zugriff: 29.07.2008]

Tabelle 1: CIA – World Factbook. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html>. [Zugriff: 20.05.2008]

Tabelle 2: Human Development Report 2007/08. <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2007-2008/>. [Zugriff: 21.05.2008]

Tabelle 3: CIA -. World Factbook. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html>. [Zugriff: 24.06.2008]

Tabelle 4: Human Development Report 2007/08. <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2007-2008/>. [Zugriff: 24.06.2008]



## Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit regionalen Kooperationen und Integrationsprozessen. Dazu werden die Organisationen ASEAN in Südostasien und Mercosur in Südamerika miteinander verglichen. Es wird der Frage nachgegangen, ob im Integrationsprozess der beiden Organisationen Parallelen und Gemeinsamkeiten bestehen, wenn ja, welche diese sind, und welche Unterschiede zwischen den beiden Kooperationen auszumachen sind. Dabei soll im Besonderen hinterfragt werden, was zur Entstehung der regionalen Kooperationen führte und welche AkteurInnen und Motive dahinter steckten. Weiters wird untersucht, ob die HauptakteurInnen dieselben geblieben sind, ob neue dazugekommen sind oder sogar ersetzt wurden. Daraus ergibt sich die Frage, ob mit neuen AkteurInnen oder veränderten Rahmenbedingungen die Ziele der Kooperation umformuliert wurden und wie hoch aus heutiger Sicht die Integration an sich ist.

Die zentrale Hypothese, die in dieser Arbeit vertreten wird, ist, dass es sich in beiden Fällen – ASEAN und Mercosur – um einen integrationsgerichteten Prozess handelt, der von den Regierungen bzw. den Staatsführungen ausging; der Einfluss und die Partizipation anderer AkteurInnen sind bis heute immer noch gering. Obwohl es sowohl in der ASEAN als auch im Mercosur zu zunehmender Verflechtung und Integration gekommen ist, gibt es aufgrund von noch immer bestehenden Konflikten und Rivalitäten zwischen den Mitgliedsländern und aufgrund von unterschiedlichen Interessen keine supranationale Institution. Unterschiede zwischen den Organisationen zeigen sich vor allem im institutionellen Aufbau und ihrer Umsetzung und im Umgang mit der Kooperation.

Das Ziel dieser Arbeit ist es Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede dieser zwei von einander unabhängigen Organisationen aufzuzeigen. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Faktoren, die zur Gründung führten, gelegt, wie auch auf die Integration und die damit verbundene Institutionalisierung. Schließlich wird auf in den jeweiligen Gemeinschaften eventuell entstandene gemeinsame Identitäten und Interessen eingegangen.

Das erste Kapitel erklärt, worum es sich bei "Regionalismus" handelt und geht danach auf sechs verschiedene Integrationstheorien der Internationalen Beziehungen (IB) ein. Aus den Theorien ergeben sich Thesen mit Variablen, welche sich konkretisieren in AkteurInnen und ihren Zielen, Anarchie und Macht(un)gleichgewicht, Institutionali-

sierung und Normen - Interessen - Identitäten. Im zweiten Kapitel werden die beiden Organisationen ASEAN und Mercosur kurz vorgestellt, und in weiterer Folge im dritten Kapitel anhand der im ersten Kapitel vorgestellten Theorien/Thesen miteinander verglichen. Das vierte und letzte Kapitel fasst die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der ASEAN und des Mercosur zusammen und geht auf mögliche zukünftige Entwicklungsrichtungen ein.

## Abstract

The present thesis deals with regional cooperations and integrations processes, comparing the ASEAN in South-East Asia and the Mercosur in South America. The thesis addresses the issue of similarities and differences of integration processes in both organizations, raising the questions which factors led to the foundation of the regional cooperation, who were the actors and which were the driving motives. At the same time it is investigated whether new actors joined and/or even replaced others, and whether - along with new general conditions - the objects of the integration process have changed. Therefore the degree and extent of development of both integration processes of the ASEAN and the Mercosur today is analysed.

The essential hypothesis of the thesis is that both ASEAN and Mercosur are integrating processes which were initiated by the executive governments. The influence and participation of other actors is to this day still very low. Even though the ASEAN and the Mercosur have become strongly intertwined by now, there is no supranational institution. This is due to still existing conflicts and rivalries between the members of the organizations and due to diverging interests. Differences between the two organizations can be identified mainly in the institutional build-up and in the implementation and handling of the cooperation.

The objective of this thesis is to show similarities of and differences between two organizations which are independent from each other. For this reason, particular attention is paid to factors that led to the foundation of the organizations but also on the integration and the institutionalization. It also addresses the issue of possible common identities and interests, which might have developed, is addressed.

The first chapter explains the phenomenon of "regionalism" and discusses six different integration(s) theories which are commonly used within the field of International Relations. From these theories hypotheses with particular variables are derived. Variables in this case are the actors and their objectives, anarchy and (im)balance of power, institutionalization and norms - interests - identities. The second chapter gives an overview of the organizations ASEAN and Mercosur, whereas the third chapter gives an in-depth comparison of both organizations based on the hypotheses according to in chapter one.

The final chapter summarizes the similarities of and differences between ASEAN and Mercosur and gives an outlook as to possible developments in the future.

# Lebenslauf

## Persönliche Angaben:

Name: Michaela Derntl  
Geburtsdatum: 16. Oktober 1981  
Geburtsort: Linz

## Bildungsgang:

1988 - 1992: Volksschule  
1992 - 1996: Gymnasium  
1996 - 2001: Höhere Lehranstalt für Tourismus  
2003 - 2008: Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien  
09.2006 - 02.2007: Auslandssemester in Valladolid, Spanien